

Soziologie

Aus dem Inhalt

- **Symposion:**
Plan S für Open Access
- **Wolfgang Glatzer:**
*Traditionslinien der Frankfurter Soziologie –
100 Jahre und mehr*
- **Isabell Stamm, Michael Weinhardt, Marie Gutzeit,
Matthias Bottel, Johannes Lindenau, Steffen Heth:**
Die Verbindung von Crowd Science und Online-Lehre

SOZIOLOGIE

FORUM

DER DEUTSCHEN GESELLSCHAFT FÜR SOZIOLOGIE

Heft 2 • 2020

Herausgeberin im Auftrag von Konzil und Vorstand der Deutschen Gesellschaft für Soziologie:

Prof. Dr. Sina Farzin (verantwortlich im Sinne des Presserechts)

Redaktion: Prof. Dr. Sylke Nissen und Dipl. Pol. Karin Lange, Universität Leipzig, Institut für Soziologie, Beethovenstraße 15, D-04107 Leipzig, E-Mail: soz-red@sozio.uni-leipzig.de, Tel.: 0341/97 35 648 (Redaktion) oder 040/42 83 82 549 (Sina Farzin)

Vorsitzende der Deutschen Gesellschaft für Soziologie:

Prof. Dr. Birgit Blättel-Mink, Goethe-Universität Frankfurt am Main, Institut für Soziologie, Theodor-W.-Adorno-Platz 6, D-60323 Frankfurt am Main,

E-Mail: b.blaettel-mink@soz.uni-frankfurt.de, Tel.: 069/798 36660

Geschäftsstelle der Deutschen Gesellschaft für Soziologie:

Dr. Sonja Schnitzler (Leitung), DGS c/o Kulturwissenschaftliches Institut Essen, Goethestraße 31, D-45128 Essen, E-Mail: sonja.schnitzler@kwi-nrw.de, Tel.: 0201/1838 138, Fax: 0201/1838 232

Schatzmeisterin der Deutschen Gesellschaft für Soziologie:

Dr. Larissa Schindler, Johannes Gutenberg-Universität Mainz, Institut für Soziologie, Jakob-Welder-Weg 12, D-55128 Mainz, E-Mail: larissa.schindler@uni-mainz.de, Tel.: 06131/39 29425

Aufnahmeanträge für die DGS-Mitgliedschaft und weitere Informationen unter www.soziologie.de

Die Zeitschrift *Soziologie* erscheint viermal im Jahr zu Beginn eines Quartals.

Redaktionsschluss ist jeweils sechs Wochen vorher. Für Mitglieder der DGS ist der Bezug der Zeitschrift im Mitgliedsbeitrag enthalten. Beiträge in der *Soziologie* werden erfasst über EBSCO Sociology Source Ultimate sowie in den CSA Sociological Abstracts und dem Sozialwissenschaftlichen Literaturinformationssystem SOLIS, beide erreichbar über Gesis – Sowiport (sowiport.gesis.org).

Campus Verlag GmbH, Kurfürstenstraße 49, D-60486 Frankfurt am Main, www.campus.de

Geschäftsführung: Marianne Rübelmann

Programmleitung: Dr. Judith Wilke-Primavesi

Anzeigenbetreuung: Stefan Schöpfer, Tel.: 069/97 65 16 32, E-Mail: schoepper@campus.de

Abonnementbetreuung: HGV Hanseatische Gesellschaft für Verlagsservice, Holzwiesenstraße 2, D-72127 Kusterdingen, E-Mail: journals@hgv-online.de, Tel.: 07071/93 53 16, Fax: -30 30

Bezugsmöglichkeiten für Nichtmitglieder der DGS:

Jahresabonnement privat 70 €, Studierende / Emeriti 30 €

Jahresabonnement Bibliotheken / Institutionen 110 € print / 177 € digital (nach FTE-Staffel)

Alle Preise zuzüglich Versandkosten. Alle Preise und Versandkosten unterliegen der Preisbindung. Kündigungen des Abonnements müssen spätestens sechs Wochen vor Ablauf des Bezugszeitraums schriftlich mit Nennung der Kundennummer erfolgen.

© Campus Verlag GmbH, Frankfurt am Main 2020

Alle Rechte vorbehalten. Kein Teil dieser Zeitschrift darf ohne schriftliche Genehmigung des Verlages vervielfältigt oder verbreitet werden. Unter dieses Verbot fällt insbesondere die gewerbliche Vervielfältigung per Kopie, die Aufnahme in elektronische Datenbanken und die Vervielfältigung auf CD-Rom und allen anderen elektronischen Datenträgern.

Druck: Beltz Bad Langensalza GmbH

ISSN 0340-918X

Inhalt

Editorial 133

Soziologie in der Öffentlichkeit

Symposium

Plan S für Open Access 135

Identität und Interdisziplinarität

Wolfgang Glatzer

Traditionslinien der Frankfurter Soziologie –
100 Jahre und mehr 177

Forschen, Lehren, Lernen

Isabell Stamm, Michael Weinhardt, Marie Gutzeit, Matthias Bottel, Johannes Lindenau, Steffen Heth

Die Verbindung von Crowd Science und Online-Lehre 190

DGS-Nachrichten

Nominierungsfristen DGS-Wahl 2021 211

German Sociological Journal 212

Gründung der Sektion »Soziologiegeschichte« 214

Veränderungen in der Mitgliedschaft 220

Berichte aus den Sektionen und Arbeitsgruppen

Sektion Biographieforschung 223

Sektion Familiensoziologie 226

Sektion Medizin- und Gesundheitssoziologie 229

<i>Sektion Organisationssoziologie</i>	232
<i>Sektion Politische Soziologie</i>	235
<i>Sektion Religionssoziologie</i>	238

Nachrichten aus der Soziologie

Global Center of Spatial Methods for Urban Sustainability (GCSMUS)	241
Habilitationen	242
Arno Bammé Die Rudolf-Goldscheid-Werkausgabe	243
Walther Müller-Jentsch In memoriam Joachim Bergmann	245
Gregor Fitzi In memoriam Otthein Rammstedt	248
Call for Papers	251
Neue Buchreihe: Soziale Probleme. Konstruieren und Verwalten • Solidarity at the Crossroads • ESA-Con- ference Bids 2023	
Tagungen	258
Kritik des Eigentums? • Populism, Gender and Feminist Politics	
Autorinnen und Autoren	262
Abstracts	265

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

Kennen Sie den schon?

Two academics walk into a bar. They bring their own drinks, pay \$ 5.000, and leave feeling both proud and ashamed. It's a publishing metaphor.

Der kurze Witz wurde irgendwann vor einiger Zeit über den Account @academicssay in meine Twittertimeline gespült. Der Account hat sich seit einigen Jahren zu einer festen Online-Größe entwickelt, wenn es darum geht, die mal lustigen, mal kuriosen und mal problematischen Neben- und Hauptwirkungen des Wissenschaftlerinnenalltags zwischen Forschung, Lehre, Verwaltung, Drittmiteleinwerbung, Publikationsdruck, Evaluation und Begutachtung in 280 Zeichen einzufangen. Besonders wenn es um den Bereich des wissenschaftlichen Publizierens geht, wird deutlich, welche Gräben sich zwischen den internen Spielregeln und Produktionsbedingungen in der Wissenschaft und vermutlich ziemlich allen anderen Bereichen des Publizierens auftun. Allein der Umstand, dass der mit Abstand größte Teil der weltweit erbrachten Forschungsleistung durch öffentliche Gelder ermöglicht wird, die Publikation der Erkenntnisse dann aber über privatwirtschaftliche Anbieter erfolgt, die ihre Produkte über Abonnements oder Publikationsgebühren wiederum in großen Teilen an öffentliche Akteure absetzen, lässt sich Außenstehenden kaum Vermitteln – auch wenn zirkuläre Flussdiagramme hier sicher einiges zur Klärung beitragen können. Im Verlauf dieses Prozesses verschwinden so mehr und mehr Erkenntnisse hinter paywalls und sind weder der Öffentlichkeit noch Forschungsinstitutionen ohne erworbene Berechtigung zugänglich. Dass das nicht zwangsläufig der effektivste Einsatz von Steuergeldern sein muss, hat sich auch bei den beteiligten Institutionen und in der EU herumgesprochen. Mehrere nationale Förderinstitutionen haben gemeinsam mit der Europäischen Kommission und dem Europäischen Forschungsrat Ende 2018 den *Plan S* veröffentlicht, der eine weitreichende Umstellung des wissenschaftlichen Publizierens auf Open Access Formate vorsieht.

Seitdem wird über die intendierten und mehr noch die nicht intendierten Folgen für das wissenschaftliche Publizieren diskutiert, die je nach disziplinärer oder auch nationaler Besonderheit sehr unterschiedlich ausfallen können. Einen fokussierten Blick auf die Soziologie werfen in diesem Heft die Beiträge des Symposions »Plan S für Open Access«, die aus Anlass einer Diskussionsveranstaltung auf der DGS Regionalkonferenz »Great Transformation: Die Zukunft moderner Gesellschaften« im Herbst 2019 in Jena entstanden sind. Sie vermitteln einen guten Einstieg in die komplexe Thematik, die, soviel Prognose sei gewagt, uns auch in den kommenden Jahren als forschende, reviewende und publizierende Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler beschäftigen wird.

Herzlich, Ihre
Sina Farzin

Symposion

Plan S für Open Access*

»Great Transformation« im Publikationswesen.

Ein Schwerpunkt zur Orientierung in bewegten Zeiten

Gegen Ende des Jenenser Mid-Term-Soziologie-Kongresses »Great Transformation: Die Zukunft moderner Gesellschaften« fand unter dem Titel »Plan S *ante portas*« eine kleine Podiumsdiskussion mit interessanter Besetzung statt. Am Ende einer langen Woche war verständlicher- wie bedauerlicherweise die Beteiligung überschaubar. Dafür gestaltete sich der Austausch unter den Anwesenden umso intensiver und fruchtbarer. Gerade weil so wenige vor Ort waren, die Thematik jedoch von großer Bedeutung für die Wissenschaft und unsere Disziplin ist, haben wir uns dazu entschlossen, die Wissen und Meinungsbilder versammelnden Beiträge einem breiteren Publikum zugänglich zu machen. Die hier gebündelten Informationen sollen eine solide Grundlage zur breitenwirksamen Diskussion dieser Thematik in unserem Fach bilden.

Zunächst einige begriffliche Erläuterungen: Bei *Plan S* handelt es sich um ein wissenschaftspolitisches Projekt, das das Ziel verfolgt, ab dem Jahr 2021 alle Resultate wissenschaftlicher Studien, die mithilfe öffentlicher Gelder durchgeführt wurden, unmittelbar Open Access, also für alle Interessierten frei zugänglich, zu publizieren. Bereits die Annahme einer finanziellen Förderung durch die öffentliche Hand soll die geförderten Wissenschaftler*innen auf diese Publikationsart verpflichten. Eine wichtige Änderung in diesem Zusammenhang ist die Verlagerung der Kosten. Es werden beim

* *Anm. der Redaktion:* Die Texte für dieses Symposion beruhen auf einer Veranstaltung auf der DGS-Regionalkonferenz am 27. September 2019 in Jena. In Kooperation mit dem Online-Portal Soziopolis werden die Beiträge gleichzeitig in diesem Heft und auf www.sozopolis.de publiziert.

Open-Access-Modell – sofern überhaupt Gebühren erhoben werden – für die Publikation einmalige Gebühren entrichtet und nicht mehr für den Zugang mehrfache Lizenzzahlungen an unterschiedlichen Stellen.

Es ist vorgesehen, die im Rahmen der Publikation von Artikeln in Zeitschriften anfallenden Kosten durch transparent aufgeschlüsselte und gedeckelte Gebühren zu finanzieren, die in erster Linie von den Förderinstitutionen getragen werden sollen. Mischmodelle aus Zugangs- und Publikationsgebühren, sogenannte Hybridlösungen bestehend aus freien und gegen Zahlung zugänglichen Artikeln, werden nur noch übergangsweise unterstützt, sollen also mittelfristig gänzlich wegfallen. Der Plan S verfolgt damit deutlich radikalere Ziele als etwa die laufenden »DEAL«-Verhandlungen² zwischen der Allianz deutscher Forschungsinstitutionen und den marktbeherrschenden Wissenschaftsverlagen, in denen vor allem Kombinationen von Open Access und Zugangsgebühren vereinbart werden sollen.

Allen Interessierten direkten und umfassenden Zugang zu Forschungsergebnissen zu gewährleisten, ist eine schöne Idee. Wie immer bei guten Ideen, die allen sofort einleuchten, kommt es entscheidend auf deren Umsetzung an. Auf dem Weg von der Idee zur Praxis gilt es, zahlreiche Aspekte und etwaige Probleme zu beachten, um der bei Projekten stets ernüchternden Erfahrung zu entgehen: »Gut gemeint ist nicht gleich gut!« Schließlich ist oft das Gegenteil der Fall, stellen sich bei der Umsetzung neben den gewollten doch häufig auch ungeplante, womöglich negative Effekte ein. Da dem Geschäft der Soziologie auch die Kritik inhärent ist, soll die kühne Idee des Open Access auf mögliche Folgen und Nebenwirkungen hin sorgfältig durchleuchtet werden. Genau das wollen die nachfolgenden Beiträge leisten, indem sie das Projekt aus der jeweiligen Perspektive der involvierten Träger und Organisationen innerhalb des Forschungs(förder)prozesses betrachten.

Cori Antonia Mackrodt vom Springer VS Verlag umreißt die Situation aus der Perspektive eines Großkonzerns und dem wohl wichtigsten Buchverlag in den Sozialwissenschaften. Eingangs zeigt sie, wie weit »Open-Access-Publizieren« (OAP) bereits gediehen ist, in den Naturwissenschaften weiter als in den Sozialwissenschaften. Sodann diskutiert sie, wie das ausschließliche OAP die gesamte Publikationskultur verändern wird. Auf diese Weise macht sie auf einige ungelöste Probleme aufmerksam, etwa auf die Erfahrung, dass OA zwar »open available but not accessible« bedeuten kann, oder

² Projekt DEAL – Bundesweite Lizenzierung von Angeboten großer Wissenschaftsverlage. www.projekt-deal.de/, letzter Aufruf 7. Februar 2020.

die Frage, wer in Zukunft eigentlich das oft gepriesene »Peer-Review« übernehmen soll. Abschließend listet die Verlagslektorin eine ganze Reihe wichtiger Fragen auf, der sich alle, die (weiterhin) wissenschaftlich publizieren wollen, stellen und die sie beantworten sollten, beinhalten die im Rahmen von Open Access auf uns zukommenden Entwicklungen doch auch eine ernsthafte Herausforderung für die »Freiheit der Wissenschaft«.

Kathrin Ganz von der »Open Gender Platform« gibt eine informative Einführung in die Thematik, leuchtet den historischen Hintergrund des »Open Access Publizieren« (OAP) aus und skizziert die intensiven Bemühungen der cOAlition S, dem Zusammenschluss europäischer Forschungsorganisationen, die Transformation zu OAP zu beschleunigen, um bis 2021 dieses Ziel zu erreichen. Zudem stellt der Beitrag alternative Geschäfts- und Finanzierungsmodelle für OAP vor, über die angesichts der Dominanz der Publikationsgebühren derzeit in der Open-Access-Community diskutiert wird.

Angela Holzer schildert als Vertreterin der DFG Maßnahmen hinsichtlich der Förderung von Open Access (etwa die Bereitstellung von Fördermitteln für die Entwicklung und den Ausbau von Infrastrukturen, strukturbildende Programme für Hochschulen zur Begleichung von Gebühren, und die geplante Ausweitung der Förderung auf Monografien). In ihrem Beitrag hebt Holzer die entscheidende Rolle der Bibliotheken hervor, die ihnen zum einen bei der Organisation von Zahlungen und der Einrichtung von integrierten Budgets für aber auch bei der Marktbeobachtung und bei der Beratung der Wissenschaft und der Bewertung der Seriosität unterschiedlicher OAP-Formate zukommt, denn schon jetzt tummeln sich auf dem »Markt« unseriöse Anbieter, die gegen in ihrer Höhe nicht gerechtfertigte Gebühren den Abdruck eines angeblich »peer-reviewed«-Artikels binnen einer Woche versprechen. Zudem sind bedauerlicherweise überwiegend quantitative Metriken wie Zeitschriften-»Impact« und die Zitierzahlen einzelner Artikel zentral für die Bewertung von Publikationen und Strategien der Publizierenden geworden. Die DFG möchte dem schon lange mit Maßnahmen zu »Qualität vor Quantität« entgegenwirken. Aus ihrer Sicht soll grundsätzlich nicht mehr der quantitativ in diversen Metriken gemessene Erfolg, sondern die Qualität und der wissenschaftliche Erkenntniswert einer Publikation zählen.

Tilman Reitz von der Universität Jena fordert aus Sicht der Wissenschaft den »freien Zugang ohne Prestigerenten«. In seinem Beitrag verweist er einerseits auf die prohibitiv hohen Kosten für Zeitschriften durch große Verlagshäuser und andererseits auf die mächtige Stellung der Wissenschaftsorganisationen. Diese beiden Akteure stehen sich gegenüber, um die Details

der DEAL-Verträge und ggf. auch die Umsetzung der in Plan S niedergelegten Richtlinien auszuhandeln. In diesen Auseinandersetzungen wird ein entscheidender und bisher strittiger Faktor die Deckelung der für die Publikation eines Wissenschaftsartikels anfallenden Kosten (cost cap) sein, die Autor*innen beziehungsweise deren wissenschaftliche Institutionen im Falle einer Publikation zu entrichten haben. Erste im Rahmen der DEAL-Verhandlungen fixierte Gebühren belaufen sich auf 2.750 € je Artikel, wobei gewisse Stimmen noch deutlich höhere Summen fordern. Gegenwärtig steuert etwa die DFG einen Betrag in Höhe von maximal 2.000 € pro Veröffentlichung bei; Reitz weist unter Bezugnahme auf zahlreiche Quellen nach, dass deutlich niedrigere Beträge von rund 1.000 € mehr als kostendeckend wären. Freilich ist eine Reihe von Mischlösungen denkbar, die unter Umständen auch auf den Markt der Monografien ausgeweitet werden könnte. Die Digitalisierung hat hier zu einem Konzentrationsprozess auf dem Verlagsmarkt geführt. Es gilt aber wie an anderer Stelle für Pluralismus und Vielfalt einzutreten, damit der Geist nicht durch das Geld gehemmt wird.

Enorm wichtig wird sein, dass sich unsere Disziplin an diesem Kampf mit eigenen Ideen und Lösungen beteiligt. Sollten die vier informativen Artikel dazu beitragen, hätte sich der Aufwand gelohnt. An dieser Stelle sei allen Beitragenden gedankt, insbesondere Tilman Reitz, der neben seiner eigenen Stellungnahme die Koordination dieses Schwerpunkts übernommen hat.

Hans-Peter Müller

Wie verändert Open Access die Publikationskultur?

DEAL, Open Access, Plan S – Autoren, Verlage und die Zukunft des wissenschaftlichen Publizierens

Seit der Jenaer Podiumsdiskussion am 27. September 2019 hat sich hinsichtlich der Open-Access-Entwicklung einiges getan. So wird etwa mit Blick auf die DEAL-Verhandlungen an der konkreten Umsetzung der vereinbarten Grundlagen weiter gearbeitet und es gibt auch andernorts Diskussionen zum

Thema.¹ Vor diesem Hintergrund ist der folgende Beitrag weniger eine Rekonstruktion, sondern eher der Versuch, die verschiedenen Begriffe und Modelle aus Sicht des Springer VS-Verlags zu erläutern und in einen größeren Zusammenhang einzuordnen.

1. Springer, DEAL, Open Access, Plan S

Da viele verschiedene Modelle und Begriffe im Raum stehen und die Situation höchst dynamisch ist – und wohl auch bleiben wird – zunächst ein paar begriffliche Erläuterungen.

Open Access bei Springer – grüner Weg, goldener Weg

Als Publikationsform ist Open Access bei Springer Nature längst fest etabliert, denn schon seit 2004 bieten wir Open-Access-Modelle an: Zunächst waren es nur einzelne Artikel als sogenannte Open Choice-Artikel in den Subskriptionszeitschriften, 2008 kamen durch den Erwerb von BioMed Central etwa 200 reine Open Access-Zeitschriften aus dem Bereich der Biomedizin in das Springer-Portfolio hinzu. 2010 startete der Verlag unter dem Namen SpringerOpen weitere Open-Access-Journale. Springer Nature hat derzeit etwa 600 reine Open-Access-Zeitschriften im Programm, zudem etwa 2.000 sogenannte Hybrid-Zeitschriften, in denen Open Access-Artikel wie auch Beiträge nach dem traditionellen Publikationsmodell veröffentlicht werden können.

Im Vergleich hierzu sind die Zahlen bei Springer VS freilich niedriger, aber auch in unserem Bereich wächst der Anteil: Seit 2015 sind 14 Dissertationen und 15 Sammelbände als Open-Access-Publikation erschienen, die Tendenz ist steigend. Durch Vereinbarungen wie die sogenannten Compact-Deals, also Read-and-Publish-Agreements, mit Österreich und anderen europäischen Ländern können Zeitschriftenartikel sowie Beiträge zu Sammelbänden und Handbüchern von Autor*innen, die einer der assoziierten Einrichtungen angehören, ebenfalls Open Access publiziert werden.

¹ Unter anderem war ich am 22. Oktober 2019 zu einer weiteren Podiumsdiskussion an der TU Berlin eingeladen. Die Veranstaltung wurde aufgezeichnet und im Open Science Radio veröffentlicht unter: www.openscienceradio.org/2019/11/13/osr176-podiumsdiskussion-wie-wird-das-wissenschaftliche-publizieren-der-zukunft-aussehen-de/, letzter Aufruf 14. November 2019.

Open-Access-Publikationen erscheinen bei Springer Nature in erster Linie unter einer CC-BY-4.0-Lizenz. Das bedeutet, dass das Material in jedwedem Format oder Medium geteilt, vervielfältigt und weiterverbreitet sowie für beliebige Zwecke bearbeitet werden darf. Einzige Bedingung für diese weitreichende Nutzung ist allein die korrekte Nennung der Urheber*innen und die Offenlegung der Lizenz, zum Beispiel durch Verlinkung.² Neben diesem auch als Gold Open Access bezeichneten Modell gibt es bei Springer Nature auch Green Open Access. In diesem Fall dürfen Autor*innen die Manuskriptversion ihrer Beiträge in Büchern nach 24 und bei Zeitschriften nach 12 Monaten in ihren institutionellen Repositorien ablegen und auf diese Weise verzögert via Open Access zugänglich machen.³

DEAL

Die Hochschulrektorenkonferenz (HRK) wurde von der Allianz der deutschen Wissenschaftsorganisationen damit beauftragt, das Projekt DEAL zu initiieren, um bundesweit Lizenzverträge für das gesamte Portfolio elektronischer Zeitschriften aus großen Wissenschaftsverlagen abzuschließen. DEAL (ver)handelt also im Auftrag nahezu aller deutschen akademischen Einrichtungen wie Universitäten, Fachhochschulen, Forschungseinrichtungen, Staats- und Regionalbibliotheken mit den Verlagen. Somit kommen für eine DEAL-Lizenz potenziell mehrere hundert Einrichtungen in Betracht. Teilnahmeberechtigt sind alle wissenschaftlichen Einrichtungen in Deutschland, die auch zur Teilnahme an den von der DFG geförderten Allianz- und Nationallizenzen berechtigt sind.

Der DEAL-Vertrag mit der HRK ist zunächst bis 2022 angesetzt, es existiert jedoch die Möglichkeit, die Vertragslaufzeit um ein Jahr zu verlängern. Diese Klausel trägt insbesondere der Tatsache Rechnung, dass es sich um ein hochdynamisches Feld handelt, das als Teil eines größeren Transformationsprozesses wahrgenommen wird. Das zwischen HRK und Springer geschlossene Rahmenwerk legt fest, dass die DEAL-fähigen Beiträge⁴ von

² Siehe auch <https://creativecommons.org/licenses/by/4.0/deed.de>.

³ Die gesammelten Informationen zu den Modellen und Konditionen gibt es hier: www.springeropen.com/.

⁴ DEAL-fähige Artikel sind Aufsätze und Abhandlungen, also so genannte *original papers*. Derzeit zählen auch Übersichtsartikel und Rezensionen dazu.

DEAL-fähigen Autor*innen⁵ in Springer-Zeitschriften ohne Kosten für die Herausgeber*innen oder Autor*innen Open Access publiziert werden können. Die anfallenden Gebühren werden von der zu diesem Zweck eigens gegründeten MPDL Services GmbH (Max Planck Digital Library) übernommen. Hierbei handelt es sich jedoch nicht um die klassischen APCs,⁶ sondern um eine »Publish-and-Read«-Gebühr, die neben der Open-Access-Veröffentlichung ebenso freien Zugang zu den Artikeln älterer Ausgaben ermöglicht, die unter dem Abo-Modell erschienen sind.

Die Beiträge von nicht DEAL-fähigen Autor*innen sowie ebenso nicht DEAL-fähige Artikel werden wie gehabt »Closed Access« publiziert – es sei denn deren Verfasser*innen bringen die Gebühren selbst auf. Die Zeitschriften bleiben also bei einem hybriden Modell.⁷ Der zwischen der HRK und Springer Nature am 8. Januar 2020 geschlossene Transformationsvertrag ist online verfügbar.⁸

Plan S

Plan S ist ein wissenschaftspolitisches Projekt der EU mit der Maßgabe, dass alle im Rahmen öffentlicher Förderung entstandenen wissenschaftlichen Arbeiten Open Access publiziert werden müssen. Die verbindliche Einführung beziehungsweise der Abschluss des EU-Gesetzgebungsprozesses war zunächst für den 1. Januar 2020 geplant, wurde dann aber auf den Jahresbeginn 2021 verschoben. Von der Regelung sind alle wissenschaftlichen Publikationen bis auf die explizit ausgeschlossenen Hybrid-Modelle umfasst. Da auch dieses Publikationsmodell Kosten verursacht, soll die Förderung auf Basis einer umfassenden Kostentransparenz stattfinden, um eine Zusammenarbeit der verschiedenen Akteure auf Augenhöhe zu ermöglichen und Schief-lagen zu vermeiden. Auch Springer Nature bekennt sich in Grundzügen zu Plan S,⁹ gehört jedoch nicht zu dessen Unterzeichnern.

5 Durch ihre Zugehörigkeit zu einer der 700 Institutionen, die dem Verhandlungsgremium der HRK angehören, werden Autor*innen DEAL-fähig. Institutionell ungebundene Autor*innen fallen demnach nicht unter die DEAL-Vereinbarung.

6 APC = Article Processing Charge; BPC = Book Processing Charge.

7 Weitere Informationen finden Sie hier: www.projekt-deal.de/pressekonferenz-zur-unterzeichnung-des-memorandum-of-understanding-mit-sn/, letzter Aufruf 14. November 2019.

8 www.projekt-deal.de/springer-nature-vertrag/.

9 www.sueddeutsche.de/wissen/wissenschaftsverlage-ohne-open-access-gibt-es-keine-zukunft-1.4241805 (14. November 2019). Wenngleich sich das Management mittlerweile geändert hat, ist die Haltung des neuen Springer Nature CEO Frank Vrancken Peters

Allerdings sind auch einige im Plan S enthaltenen Aspekte kritisch zu sehen, und es ist fraglich, ob alle Maßgaben überhaupt mit deutschem Recht vereinbar sind. So steht die vollständige Kostentransparenz dem europäischen Wettbewerbsgesetz entgegen, und die Verpflichtung, Open Access zu publizieren und den jeweils kostengünstigsten Anbieter auszuwählen, stößt sich am Recht auf die freie Publikationsform und freie Verlagswahl. In diesem Sinne haben sich mittlerweile auch verschiedene Fachvertreter*innen kritisch zu Plan S in seiner Reinform geäußert.¹⁰

Aber auch hier gilt: An Open Access führt kein Weg vorbei. Da es hierbei jedoch nicht nur um neue Publikationsmodelle beziehungsweise -formen geht, sondern um einen umfassenden Paradigmenwechsel, sollten die folgenden Aspekte und Fragen Gegenstand einer gemeinsamen, von allen in der Wissenschafts- und Publikationslandschaft vertretenen Akteur*innen geführten Diskussion sein.

2. Wie verändert Open Access die Publikationskultur?

Medien sind nicht neutral. Das gilt schon auf rein technischer Ebene, wenn Zeichen und Buchstaben als digitales Geflimmer durch das Internet gejagt werden. Die bloße Sichtbarmachung der digitalen Signale erfordert Energie und technische Ausrüstung. War das World Wide Web zu Beginn der Open-Access-Bewegung Anfang der 1990er Jahre¹¹ womöglich wirklich noch ein »freier« Raum und konnte man das mit einigem Optimismus auch im Jahr 2003 noch annehmen, als die Berliner Erklärung unterzeichnet wurde, so ist

ähnlich. An dieser Stelle sei noch eine Erläuterung gestattet, weil es – wie in dem hier angeführten Artikel – immer wieder durcheinandergeht: Nach deutschem Verlagsrecht sind die Urheberrechte unveräußerlich, sie verbleiben immer bei den Autor*innen. Was mit den (klassischen) Verlagsverträgen abgetreten wird, sind die Verwertungsrechte.

10 Besonders deutlich wird das in einer gemeinsamen Stellungnahme der Dachverbände der Geowissenschaften (DVGEO), der Deutschen Mathematiker-Vereinigung (DMV), der Deutschen Physikalischen Gesellschaft (DPG), der Gesellschaft Deutscher Chemiker (GDCh) sowie dem Verband Biologie, Biowissenschaften und Biomedizin in Deutschland (VBIO), die eine gemeinsame Stellungnahme zu Plan S erarbeitet haben. Vgl. www.dpg-physik.de/veroeffentlichungen/aktuell/2019/zukunft-des-wissenschaftlichen-publizierens und www.wissenschaft-verbindet.de/pdf/190208_Plan%20S_fin.pdf, letzter Aufruf 14. November 2019.

11 Den Grundstein der OA-Bewegung legte Paul Ginsparg, der 1991 einen Server am Los Alamos National Laboratory einrichtete, um Preprints im Bereich der Physik frei zugänglich zu machen.

das Netz heute ein in höchstem Maße vermachteter und durchökonomisierter Raum. Dass die Wiedergabe der Zeichenensembles eines technischen Gerätes bedarf, ist ein weiterer ökonomischer Faktor, der am basisdemokratischen Charme der Open Access-Bewegung kratzt.¹² Wir bewegen uns somit auch hier im Rahmen der gegebenen politischen und wirtschaftlichen Verhältnisse – *il n'y pas un dehors*.

Dieser Tatsache Rechnung tragend müssen die Folgen von Open Access sowohl für die Publikationskultur als auch die Wertzumessung verschiedener Buchtypen und Textsorten diskutiert werden genauso wie die Frage, wie sich das Feld und die Art der Kooperation zwischen Autor*innen und Verlagen im Zuge der Open-Access-Entwicklung verschieben wird.

Open Access – open available but not open accessible

Wissenschaftliches Publizieren wird niemals kostenlos sein. Schließlich werden nach wie vor die klassischen redaktionellen Arbeiten (Lektorat, Korrektur, Satz usw.) anfallen, gegebenenfalls müssen Abdruckrechte für Texte und Bilder aus »Closed-Access«-Publikationen eingeholt und bezahlt werden. Neben Layout und Verschlagwortung müssen alle Beiträge ein wissenschaftliches Peer Review durchlaufen und mit einer DOI (Digital Object Identifier) versehen werden, um korrekt zitierfähig und auffindbar zu sein. Anschließend bedarf es globaler Vertriebs- und Marketingmaßnahmen sowie des sogenannten »Indexing and Abstracting« in den wissenschaftlichen Datenbanken. Nur so kann sichergestellt werden, dass die Publikationen weltweit in die richtigen Forschungs-Communities gelangen. Das kostet Geld wie Zeit und erfordert Kenntnisse, die ein Verlag hat, sei es ein kommerzieller Verlag oder eine nicht-kommerzielle University Press.¹³

Beim herkömmlichen Subskriptions- oder Abonnement-Modell liegen die Kosten für das Lesen der Inhalte auf Seiten der Leser*innen, das wirtschaftliche Risiko für die Publikationen – egal ob Buch oder Zeitschrift –

12 Dass die Bill-und-Melinda-Gates-Stiftung zu den offiziellen Förderern des Plan S gehört, verdient vor diesem Hintergrund vielleicht doch eine kritische Fußnote. Diese ist dann auch der Ort, um die grundsätzliche Frage zu stellen, ob es tatsächlich gerecht ist, wenn alle wissenschaftlichen Erzeugnisse kostenfrei gelesen werden können. Vielleicht gibt es unter den potenziellen Leser*innen auch finanzkräftige Unternehmen?

13 Die Formulierung zielt darauf, dass es auch kommerzielle University Presses gibt, wie beispielsweise die US-amerikanischen.

beim Verlag, der Herstellung, Marketing und Vertrieb finanziert und die dafür anfallenden Geldsummen über den Verkauf seiner Produkte erwirtschaften muss.

Beim Publizieren eines Open Access-Beitrags werden die Kosten nun aber der Erzeugerseite, also den Autor*innen beziehungsweise den Förderern in Rechnung gestellt, so dass letztlich nur die Paywall verschoben wird. Das hat insbesondere Konsequenzen für das Arbeiten von Autor*innen, die keiner wissenschaftlichen Institution angehören: Sie müssen die Publikationsgebühren dann entweder aus eigenen Mitteln finanzieren oder nach dem traditionellen Publikationsverfahren veröffentlichen, was unter Umständen Nachteile für die Reichweite und Sichtbarkeit ihrer Beiträge hat.

Insbesondere die ablehnende Haltung der EU gegenüber hybriden Publikationen, zu denen auch Sammelbände zählen können, birgt hier die Gefahr, dass Wissenschaftler*innen aus finanziell weniger gut gestellten Universitäten, etwa im Globalen Süden, der nun kostenbewehrte Zugang zu Publikationsorganen und -kanälen versperrt ist. Eine Asymmetrie bleibt also erhalten, sie wird nur umgekehrt.

In Diskussionen bin ich mehrfach dem Argument begegnet, dass für solche Fälle Fonds eingerichtet werden könnten, und in der Tat existieren bereits erprobte Funding-Prozesse, bei denen die Gelder ebenfalls öffentlichen Institutionen entstammen. Ob jemand finanziert wird, ist dann von einem Review-Prozess abhängig.

Wer entscheidet über die Annahme zur Publikation?

Zu den oben bereits erwähnten, eher technischen Aspekten einer Einzelpublikation, der Hardware sozusagen, gehört ebenso der ganze verlegerische Kontext, wie die Programmarbeit, das heißt die Einordnung einzelner Titel in einen größeren thematischen Zusammenhang sowie die Planung von über einen aktuellen Forschungsfall hinausgehenden Büchern wie beispielsweise Lehr- oder Handbücher. Zur Verlagsarbeit gehört aber auch die Qualitätssicherung, deren Risiken nicht zu unterschätzen sind. Schließlich liegt die wirtschaftliche wie inhaltliche Verantwortung allein bei den Verlagen, die über eine Mischkalkulation Sorge dafür tragen, dass ein breites Spektrum an Titeln erscheint, deren Erfolge sich erst nach der jeweiligen Publikation zeigen. Ein solches Vorgehen gibt uns auch die Freiheit, Bücher zu publizieren, von denen nicht zu erwarten ist, dass sie sich direkt amortisieren, die wir

aber als thematisch relevant für eine bestimmte Leserschaft erachten und die wir deshalb als Investition verstehen.¹⁴

Sollte ein externes Peer Review für die Annahme zur Publikation und deren Open-Access-Finanzierung obligatorisch werden, droht die Gefahr eines inhaltlichen Streamlinings – ganz abgesehen davon, dass das Review-System jetzt schon an seine Grenzen stößt und nicht erst in jüngster Zeit in der Kritik steht.¹⁵ Um einer völligen Überlastung und dem drohenden Kollaps vorzubeugen, gab es auch den Vorschlag, die Gutachter*innen direkt bei den Fördereinrichtungen anzusiedeln – eine Idee, die ich aus demokratischen wie pluralistischen Gründen für abenteuerlich halte, ebenso wie den Gedanken, die Verantwortung für die Veröffentlichung wissenschaftlicher Arbeiten gänzlich in die Hände von staatlichen beziehungsweise staatlich finanzierten Institutionen zu legen.

3. Vor welchen Aufgaben stehen Verlage und die wissenschaftliche Community?

Wie in allen anderen gesellschaftlichen Bereichen zeitigt die Digitalisierung, ohne die Open Access nicht denkbar wäre, einen grundstürzenden Wandel, in dessen Transformationsprozess wir uns momentan befinden. Die größte Herausforderung besteht nun darin, mit neuen Instrumenten in einem alten Rahmen zu agieren – oder ist es eher umgekehrt, und der neue Rahmen ist bereits vorgegeben, nur wir denken noch in alten Mustern und hantieren mit veralteten Tools?

Außer Frage steht, dass sich das wissenschaftliche Publizieren verändert und Open Access ein wichtiger Bestandteil der neuen Publikationskultur sein wird. Die Aufgabe der beteiligten Akteur*innen – Wissenschaft, Verlage, Fachgesellschaften, Fördereinrichtungen und die öffentliche Hand – wird darin bestehen, Modelle zu entwickeln,

- mit denen Forschungsergebnisse barrierefrei zugänglich gemacht werden können, ohne gleichzeitig die Zugänge zur Veröffentlichung zu verhindern beziehungsweise durch eine dann doch wieder installierte Paywall in Konkurrenz zu kostenlosen Publikationen zu erschweren;

¹⁴ Es gibt wohl kaum jemand, der sich hier nicht schon mal so richtig gründlich geirrt hätte – bei Zusagen, aber auch bei Absagen.

¹⁵ Johan Schloemann: *Dunkelmänner*, Süddeutsche Zeitung vom 6. Februar 2020.

- in denen das Peer Review nicht zu einem Streamlining und wissenschaftlichen Filterblasen führt;
- in denen die Wächter*innen über die Fördertöpfe nicht regulierend auf die Inhalte einwirken können;
- in denen die freie Verlagswahl garantiert ist.

Weitere Themen und Fragestellungen, die in diesem Zusammenhang zu diskutieren wären, betreffen

- die Erwartungshaltung von Autor*innen an Verlage;
- die Regularien und Evaluationsindizes, die sich die wissenschaftlichen Communities gegeben haben sowie deren Auswirkungen auf das Publikationsverhalten;
- die Gewichtung von Textsorten und Buchtypen verbunden mit der Frage, für welche Buchtypen Open Access überhaupt sinnvoll erscheint (etwa für Dissertationen und Forschungsliteratur im Unterschied zu Hand- wie Lehrbüchern);
- die Konsequenzen einer möglichen Verschiebung von Sammelbänden, aber auch Monografien hin zu Zeitschriften(-artikeln) sowie der damit einhergehenden Konzentrierung von Entscheidungskompetenzen bei den Redaktionen und Herausgeber*innengremien;
- die Konsequenzen dieser Verschiebung für die wissenschaftliche Kommunikations- und Publikationskultur;
- die Entwicklung eines (neuen) verlegerischen Selbstverständnisses.

Wissenschaftliche Verlage, große wie kleine, sind Zwitterwesen mit einem klaren wirtschaftlichen Interesse. Sie sind aber auch an der Willens- und Meinungsbildung beteiligt und erfüllen eine wichtige gesellschaftliche Funktion. Darüber hinaus sichert das Recht auf freie Verlagswahl den Pluralismus von Veröffentlichungen und die Vielfalt unserer Verlags- und Wissenschaftslandschaft.

Möglichweise muss man im Zuge von Open Access vielfältiger und differenzierter denken, um im Ergebnis für verschiedene Buchtypen verschiedene Modelle zu entwickeln und zuzulassen, denn was sich für Dissertationen als optimale Lösung darstellt, muss nicht in gleicher Weise für Studien zu speziellen Themen mit kleinerer Zielgruppe geeignet sein. Denkbar sind aber auch ganz andere Modelle, bei denen sich Verlage, University Presses und freie Plattformen zusammenschließen, um registrierten Nutzer*innen und Autor*innen einen möglichst reibungslosen Zugang zu ihren Publikationen zu ermöglichen.

Wie auch immer man im Einzelnen zu den hier thematisierten Aspekten stehen mag, es sind auf jeden Fall Themen, die sicher noch der Ergänzung, insbesondere aber einer intensiven Diskussion bedürfen, für die sich die Beteiligten Zeit nehmen und in einen kritischen Austausch treten sollten.

Cori Antonia Mackrodt

Die Open-Access-Politik des Plan S: Eine Chance für Publikationsmodelle im Dienst der Wissenschaft

Die Transformation wissenschaftlichen Publizierens hin zu Open Access zielt darauf, die Ergebnisse öffentlich finanzierter Forschung uneingeschränkt zugänglich zu machen. Aktuell gibt es vor allem in Bezug auf Fachzeitschriften intensive Bestrebungen, die Abkehr vom Subskriptionsmodell hin zu Open Access zu beschleunigen. Zu nennen sind in diesem Zusammenhang etwa die Förderung von Publikationsfonds durch die Deutsche Forschungsgemeinschaft, die DEAL-Verhandlungen mit den Wissenschaftsverlagen Wiley, Springer Nature und Elsevier sowie schließlich der so genannte Plan S, dessen Kernbotschaft lautet, dass alle Publikationen, die aus mit öffentlichen Geldern geförderter Forschung resultieren, ab 2021 in Open-Access-Zeitschriften, auf Open-Access-Plattformen oder Open-Access-Repositoryn publiziert werden müssen (cOAlition S 2019: 1). Was aber bedeutet diese Plan-S-Initiative für Soziolog_innen, die Forschungsbeiträge veröffentlichen und sich darüber hinaus im Bereich wissenschaftlichen Publizierens engagieren?

Den nun folgenden Ausführungen zur Entwicklung von Open Access und den zu erwartenden Folgen von Plan S für die Finanzierung wissenschaftlichen Publizierens sei eine Beobachtung vorangestellt: Fragt man Wissenschaftler_innen nach ihrer Haltung zu Open Access, wie wir es im Projekt »Open Gender Platform« derzeit tun, offenbart sich in aller Regel breite Zustimmung zu dem Ziel, freien Zugang zu wissenschaftlichen Erkenntnissen weltweit zu ermöglichen. In der alltäglichen wissenschaftlichen Praxis wird Zugang von den Befragten dagegen kaum als Problem wahrgenommen. Schließlich erhalten an Hochschulen mit gut ausgestatteten Bibliotheken beschäftigte Wissenschaftler_innen üblicherweise problemlos die von ihnen benötigte Literatur. Vielmehr problematisieren die befragten Wis-

senschaftler_innen hohen Publikationsdruck und mangelnde Zeit für redaktionelle, herausgeberische oder gutachterliche Tätigkeiten. Vor diesem Hintergrund ist es nachvollziehbar, dass die aktuell forcierte Veränderung des Publikationssystems eher als zusätzliche Belastung wahrgenommen wird, als ein weiteres Thema, mit dem man sich irgendwann einmal näher befassen sollte. Fest steht: Das Publikationssystem wird sich unter anderem durch die Politik des Plan S in den nächsten Jahren stark verändern. Dieser Transformationsprozess eröffnet Spielräume, in denen über die Frage des Zugangs und der Nutzbarkeit hinaus strukturelle Defizite des wissenschaftlichen Publizierens adressiert werden können. Ob aber das Publikationssystem der Zukunft wieder stärker an den Bedürfnissen der Wissenschaft ausgerichtet sein wird, hängt, wie der folgende Beitrag zeigt, entscheidend davon ab, ob Wissenschaftler_innen ihre Interessen insbesondere bei der Diskussion um Finanzierungswege für Open Access geltend machen.

Der lange Weg zu universellem Open Access

Die Plan-S-Erklärung markiert, ebenso wie die DEAL-Verhandlungen, die aktuelle Phase der Open-Access-Transformation, in der es darum geht, Open Access zum Regelfall des wissenschaftlichen Publizierens zu machen. Dem ist eine mehr als zwanzigjährige Entwicklung vorangegangen, in der Open Access als Anliegen von Aktivist_innen startete, zum Gegenstand von breit unterstützten Manifesten und Absichtserklärungen wurde und schließlich in den Kernbereich der Wissenschafts- und Forschungspolitik vorgebracht ist. Den Ausgangspunkt dieser Entwicklung bilden in den 1990er-Jahren zum einen durch das Internet entstandene neue Möglichkeiten der Organisation und Distribution wissenschaftlicher Publikationen, zum anderen bestimmte Entwicklungen auf dem Publikationsmarkt. Ab Mitte der 1990er Jahre führten Verlagsfusionen und -übernahmen zu einer immer stärkeren Marktkonzentration im Bereich der wissenschaftlichen Fachverlage, zahlreiche Fachzeitschriften wechselten im Zuge dessen in den Besitz großer Verlagshäuser (Larivière, Haustein, Mongeon 2015: 5). Steigende Subskriptionspreise für Zeitschriften, die vermehrt nur noch in Abonnementpaketen angeboten wurden, lösten die so genannte Zeitschriftenkrise aus, in deren Folge immer größere Anteile der Bibliotheksetats in den Bezug von kostspieligen Zeitschriften flossen – und viele Abonnements schließlich

gekündigt werden mussten. Dadurch wurde die Preisspirale weiter angetrieben. Unter anderem in Reaktion auf diese Entwicklung begannen Akteur_innen innerhalb der wissenschaftlichen Community, alternative Publikationsorte zu entwickeln. Es entstanden erste Preprint-Server wie *arXiv.org* sowie Repositorien und frei zugängliche Online-Journals, durch die wissenschaftliche Beiträge digital veröffentlicht und distribuiert werden konnten.

Die Motive und Ziele der Open-Access-Bewegung sind in einer Reihe von Manifesten formuliert, darunter die »Budapest Open Access Initiative« (2002) und die »Berliner Erklärung über den offenen Zugang zu wissenschaftlichem Wissen« (2003). In der Budapester Erklärung etwa heißt es, dass Forschungsergebnisse »kostenfrei und ohne Zugangsbeschränkungen für Forschende, Lehrende und Studierende und für alle anderen, die an den Ergebnissen der Wissenschaft interessiert sind« (Budapest Open Access Initiative 2002), zugänglich gemacht werden sollen, was dem Öffentlichkeitsprinzip der Wissenschaft entspricht. Um dieses Prinzip im digitalen Zeitalter zu erfüllen, verlangt die Berliner Erklärung:

»Die Urheber und die Rechteinhaber [...] gewähren allen Nutzern unwiderruflich das freie, weltweite Zugangsrecht zu diesen Veröffentlichungen und erlauben ihnen, diese Veröffentlichungen – in jedem beliebigen digitalen Medium und für jeden verantwortbaren Zweck – zu kopieren, zu nutzen, zu verbreiten, zu übertragen und öffentlich wiederzugeben sowie Bearbeitungen davon zu erstellen und zu verbreiten, sofern die Urheberschaft korrekt angegeben wird.« (Berliner Erklärung 2003)

Die Open-Access-Bewegung setzt sich dafür ein, dass Nutzungsrechte nicht wie bisher üblich exklusiv an einen Verlag abgetreten werden, sondern Autor_innen freie Lizenzmodelle zur Verfügung stehen, um Zugang, Verbreitung und Nachnutzung im Sinne der Berliner Erklärung zu ermöglichen.

Trotz der genannten Manifeste, fortschreitender technischer Entwicklungen und einer zunehmenden Zahl an Open-Access-Zeitschriften (Laakso et al. 2011) konnten die oben genannten Entwicklungen auf dem Publikationsmarkt jedoch nicht gestoppt werden. In den Geistes- und Sozialwissenschaften erschienen 2013 mehr als 50 Prozent der Zeitschriftenartikel bei den fünf großen Publishern Elsevier, Taylor & Francis, Wiley-Blackwell, Springer und Sage Publications (Larivière, Haustein, Mongeon 2015: 5). Im Jahr 2015 gingen an deutschen Universitäten 58 Prozent der Ausgaben für Fachzeitschriften an Elsevier (28 %), Springer (17 %) und Wiley (13 %) (Meijer 2018). Damit lassen sich hohe Gewinnmargen erzielen. Im Falle von RELX, der Dachgesellschaft von Elsevier, betrug der Gewinn im Zeitschriftenbereich 2018 erstaunliche 31,3 Prozent bei Einnahmen von 9,8 Mrd. US-\$. Der Anteil

der Verlagsgeschäfte von Elsevier daran liegt bei circa 40 Prozent (MIT Libraries 2019). Derartige Prozesse sind der Grund, aus dem die politischen Bemühungen um Open Access in den letzten Jahren deutlich verstärkt worden sind.

Beschleunigung der Transformation durch Plan S

Ein Beispiel für das politische Vorantreiben dieser Entwicklung ist der bereits angeführte Plan S. Hinter dieser Initiative steht die so genannte *cOAlition S*, ein Zusammenschluss verschiedener Organisationen der nationalen Forschungsförderung mit Unterstützung der Europäischen Kommission und des Europäischen Forschungsrates. Hierzu gehören unter anderem der österreichische Fonds zur Förderung der wissenschaftlichen Forschung (FWF), das Research Council of Norway (RCN), die Agence nationale de la recherche (ANR) in Frankreich, das National Science Centre Poland (NCN) und mehrere schwedische Förderer. Darüber hinaus haben auch wohltätige und internationale Förderorganisationen wie der Wellcome Trust, die Bill & Melinda Gates Foundation sowie die Weltgesundheitsorganisation Plan S unterzeichnet. Die Deutsche Forschungsgesellschaft unterstützt Plan S zwar, gehört aber nicht zu seinen Unterzeichnerinnen.

In den zehn Prinzipien und weiteren Umsetzungsbestimmungen des Plan S sind die Bedingungen festgelegt, unter denen die von den unterzeichnenden Organisationen geförderten Projekte ihre Ergebnisse künftig publizieren werden. Deutlich wird, dass die *cOAlition S* den Schritt hin zu universellem Open Access sehr ernst meint. Wo die Forschungsförderer bislang vergleichsweise sanften Druck in Form von Soll-Bestimmungen ausgeübt haben, werden derlei Spielräume und Ausnahmen im Plan S vermieden. Vielmehr werden klare Kriterien formuliert, die Open-Access-Services erfüllen müssen. Um den potenziellen Impact des Plan S zu verdeutlichen, sind drei Punkte hervorzuheben: (1) der Abschied von der Embargofrist, (2) die schrittweise Abschaffung von Hybridmodellen und (3) die Festlegung von Bedingungen für die Transformation von Zeitschriften. Bislang bieten viele Verlage an, Beiträge nach einem, zwei oder gar vier Jahren öffentlich zugänglich zu machen, oder erlauben den Autor_innen die Selbstarchivierung nach Ablauf einer gewissen Frist. Plan S geht hier deutlich weiter, indem er vorschreibt, dass Veröffentlichungen *unmittelbar* frei und nachnutzbar zugänglich sein müssen. Beiträge müssen entweder auf dem sogenannten

goldenen Weg direkt in einer Open-Access-Zeitschrift publiziert werden oder – auf dem sogenannten grünen Weg – parallel in einem Repository abgelegt werden. Solche Repositorien, wie etwa das Social Science Open Access Repository (SSOAR), kümmern sich um die Langzeitarchivierung von Beiträgen. Bisher war diese Art der Open-Access-Publikation in der praktischen Umsetzung meist mit einer Embargofrist verbunden – eine Lösung, die Plan S nun ausdrücklich ausschließt. Zudem sieht Plan S Mechanismen vor, die verhindern sollen, dass sich sogenannte hybride Zeitschriften dauerhaft etablieren. Zeitschriften, die im Subskriptionsmodell erscheinen und lediglich einzelne Beiträge – etwa aufgrund der Förderbedingungen – gegen die Zahlung einer Autoreng Gebühr frei zugänglich anbieten, sollen nur unter strengen Bedingungen als Publikationsorte infrage kommen. Um zu verhindern, dass sich die Wissenschaftsverlage doppelt an öffentlichen Geldern bedienen, sieht Plan S vor, Hybridmodelle ausschließlich im Rahmen von Transformationsverträgen zu unterstützen, die einen fixen Zeitrahmen für den vollständigen Umstieg auf Open Access festlegen (cOAlition S 2019: 2). Hierzu definiert die cOAlition S einen ausführlichen Kriterienkatalog. Die Möglichkeit, in hybriden Zeitschriften zu veröffentlichen, besteht damit nur noch bis zum 31. Dezember 2024 und nur unter der Bedingung, dass die Zeitschrift sich nachweisbar auf dem Weg zu einem Open-Access-Modell befindet (cOAlition S o.J.).

In der Konsequenz sind Wissenschaftsverlage aufgefordert, ihre Geschäftsmodelle zügig auf Open Access umzustellen und freie Lizenzen anzubieten. Plan S spricht sich für die Lizenz *Creative Commons Attribution 4.0 International (CC BY 4.0)* aus, die der Berliner Erklärung entspricht. Verlage, die ihren Autor_innen in der Vergangenheit engere Lizenzmodelle wie die *Creative-Commons-Lizenz Attribution-NonCommercial-NoDerivatives 4.0 International (CC BY-NC-ND 4.0)* – im eigentlichen Sinne keine Open-Access-Lizenz – angeboten haben, müssen hier nachbessern. Die genannten Punkte betreffen primär wissenschaftliche Fachzeitschriften. Monografien und Sammelbände sind davon jedoch nicht ausgeklammert. Zwar sind sich die Unterzeichner des Plan S darüber im Klaren, dass die Verwirklichung von Open Access in diesem Bereich länger dauern wird und zudem ein gesondertes Verfahren erfordert, kündigen jedoch bereits Implementationsrichtlinien für Monografien und Buchkapitel für Ende 2021 an.

Geschäfts- und Finanzierungsmodelle für Open Access

Es ist zu erwarten, dass Verlage bei der Umsetzung von Open Access vielfach auf das bereits etablierte Modell der Artikelgebühren setzen werden. Die sogenannten *Article Processing Charges* (APC) werden in der Regel der Korrespondenzautorin in Rechnung gestellt und können zum Beispiel aus Drittmitteln oder Publikationsfonds finanziert werden. So sieht es auch Plan S vor: »[P]ublication fees are covered by the Funders or research institutions, not by individual researchers; it is acknowledged that all researchers should be able to publish their work Open Access« (cOAlition S 2019: 1). In Deutschland verfügen mittlerweile viele Universitätsbibliotheken über Publikationsfonds zur Finanzierung der APC. Ihr Aufbau wird noch bis Ende 2020 von der DFG mitfinanziert. Künftig müssen die Publikationsfonds jedoch mit Eigenmitteln finanziert werden. Strittig ist derzeit insbesondere die angemessene Höhe der APC (vgl. den Beitrag von Tilman Reitz). Die DFG deckt aktuell Artikelgebühren bei 2.000 €, viele Zeitschriften verlangen jedoch deutlich höhere Gebühren, wie etwa die Zahlen des *Open Access Monitor* (o.J.) zeigen. Eine Studie von Walt Crawford belegt, dass die durchschnittlichen Artikelgebühren zwischen den Wissenschaftsbereichen stark variieren. Während in den Lebenswissenschaften durchschnittlich 1.849 US-\$ und in den STEM-Disziplinen 1.510 US-\$ pro Artikel verlangt werden, fallen im Bereich Humanities and Social Sciences lediglich durchschnittliche Artikelgebühren von 558 US-\$ an (Crawford 2019: 3).

Das APC-Modell dominiert derzeit die Diskussion um mögliche Finanzierungskonzepte für Open-Access-Zeitschriften. Dabei ist dieses Modell weder das einzig denkbare noch frei von Risiken. Wo es in erster Linie gilt, »das Subskriptionssystem mit seinen Barrieren zu überwinden« (Pampel 2019: 1), liegt es nahe, die Akteurskonstellation weitestgehend unverändert zu lassen, jedoch das zu bezahlende Produkt zu verändern. Statt des Zugangs zu Artikeln via Subskription wird heute für den Service der Veröffentlichung gezahlt – aus Erwerbungssetats werden Publikationsfonds. Angesichts der zum Teil hohen Artikelgebühren, aber auch der Ergebnisse der erfolgreichen DEAL-Verhandlungen mit Wiley und Springer Nature steht jedoch zu befürchten, dass die Entwicklung hin zu Open Access zwar für den freien Zugang zu wissenschaftlicher Literatur sorgt, aber nichts gegen die zunehmende Preissteigerung auszurichten vermag. Eine Lösung dieses

Problems erhoffen sich einige Akteur_innen von robusten Transparenzanforderungen: Verlage werden aufgefordert, die Kostenzusammensetzung konkret zu belegen. So sieht Plan S vor:

»When Open Access publication fees are applied, they must be commensurate with the publication services delivered and the structure of such fees must be transparent to inform the market and funders potential standardisation and capping of payments of fees.« (cOAlition S 2019: 1).

Zu befürchten steht natürlich, dass Transparenz allein nicht geeignet ist, um weitere Preissteigerungen zu verhindern. Schließlich sind insbesondere börsennotierte Verlage darauf angewiesen, weiter zu wachsen. Um das zu realisieren, müssen die Preise steigen, weitere Marktanteile gewonnen (was wiederum die Konzentration verstärken würde) oder aber neue Geschäftsfelder erschlossen werden (Laakso 2019).

Aktuelle Zahlen belegen, dass APC in Relation zum Publikationsaufkommen »für natur- und lebenswissenschaftliche, international sichtbare und in einschlägigen bibliometrischen Datenbanken indexierte Open-Access-Zeitschriften das dominierende Geschäftsmodell sind.« (Schönfelder 2019) In den Geistes- und Sozialwissenschaften dagegen sind 78 Prozent der zwischen 2013 und 2018 erschienenen Open-Access-Artikel in gebührenfreien Zeitschriften publiziert worden (Crawford 2019: 3). Das *Directory of Open Access Journals* (o.J.) verzeichnet darüber hinaus einen sehr hohen Anteil von fast 73 Prozent an APC-freien Journals (Stand 16. September 2019). Diese Befunde sprechen für bereits existierende Alternativen zum APC-Modell. Wie können solche Modelle aussehen? Avisiert sind Konsortiallösungen, die institutionelle finanzielle Unterstützung für Open-Access-Publikationen bündeln. Im Bereich der Geistes- und Sozialwissenschaften ist neben anderen die Open Library of Humanities (OLH) aktiv. Diese gemeinnützige Organisation unterstützt Zeitschriften beim Wechsel vom Subskriptions- auf ein Open-Access-Modell. Etwa 300 Institutionen und Organisationen finanzieren gemeinsam die 27 Open-Access-Zeitschriften der OLH. Die teilnehmenden Bibliotheken ermöglichen den Zugang zu diesen Zeitschriften als Gemeingut, denn die Inhalte sind im Gegensatz zu anderen digitalen Lizenzen nicht exklusiv für Angehörige der Einrichtung, sondern für alle Interessierten weltweit frei zugänglich. Einen ähnlichen Weg geht derzeit der Non-Profit-Verlag Annual Reviews mit dem Subscribe-to-Open-Modell. Bestehende Beziehungen zu Bibliotheken, die die Annual Reviews abonnieren, sollen genutzt werden, um den Zugang zu aktuellen wie vergangenen Ausgaben für alle zu öffnen:

»Institutions that already know and value Annual Reviews content simply continue to subscribe – there are no APCs or other additional costs – and as long as subscription revenues are maintained, the year’s volume will be published open access and the back volumes made freely available.« (Annual Reviews o.J.)

Beide Modelle eignen sich vorrangig für Zeitschriften, die vom Subskriptionsmodell zu Open Access wechseln.

Anders sieht es bei Zeitschriften aus, die als Open-Access-Zeitschriften gegründet wurden und damit von Beginn an frei zugänglich waren. Für diese Zeitschriften leistet die DFG im Rahmen ihres Programms »Infrastruktur für elektronische Publikationen und digitale Wissenschaftskommunikation« zeitlich begrenzte Aufbau- und Expansionshilfe. Diese Open-Access-Zeitschriften erscheinen häufig verlagsunabhängig mit Hilfe von Infrastruktur- und Serviceangeboten, die unter anderem von Bibliotheken zur Verfügung gestellt werden. So hostet etwa das Center für digitale Systeme (CeDiS) an der Universitätsbibliothek der FU Berlin mehr als 30 Open-Access-Zeitschriften, darunter das Forum Qualitative Sozialforschung (Mruck, Mey, Muhle 2018). Wie neben dem technischen Betrieb auch die redaktionelle Arbeit dieser Zeitschriften nachhaltig finanziert werden kann, ist aufgrund fehlender Förderstrukturen über die Anschubphase hinaus in vielen Fällen offen (Ganz, Wrzesinski, Rauchecker 2019). Aktuell sind Zeitschriften dieser Art zumeist auf sporadische institutionelle Zuschüsse durch Lehrstühle, Universitäten, Forschungsverbände oder Fachinformationsdienste angewiesen. Denkbar wäre es, solche Zeitschriften dauerhaft unter dem Dach von Universitätsverlagen zu publizieren und auf diese Weise direkt mit öffentlichen Mitteln zu finanzieren. Eine kollektive Finanzierung qualitativ hochwertiger verlagsunabhängiger Open-Access-Zeitschriften könnte auch im Rahmen eines Bibliothekskonsortiums erfolgen, das Förderkriterien festlegt und Zeitschriften unter Einbezug von Fachwissenschaftler*innen evaluiert. Nicht zuletzt können sich auch Fachgesellschaften an der Finanzierung von Open-Access-Zeitschriften beteiligen. Wohin eine solche Entwicklung im positiven Fall gehen kann, zeigen Open-Access-Plattformen wie *journal.fi* in Finnland, das kroatische HRCĀK-Portal oder das lateinamerikanische SciELO-Projekt. Plattformen dieser Art ermöglichen bereits heute die kostengünstige Distribution von Forschungsergebnissen insbesondere mit regionalen und angewandten Schwerpunkten. Darüber hinaus engagieren sie sich in der Entwicklung von offenen Standards und Open-Source-Software für das wissenschaftliche Publizieren.

Open Access im Interesse wissenschaftlicher Communities

Die Unterzeichner von Plan S sprechen sich – auch mit Blick auf derzeit im Open-Access-Bereich noch vorhandene Angebotslücken – für eine Unterstützung vielfältiger Geschäftsmodelle aus. Wissenschaftler_innen sind in dieser Situation aufgefordert, sich über ihre Interessen in Bezug auf die Gestaltung der wissenschaftsinternen Kommunikation zu verständigen und diese auch geltend zu machen. Schließlich leisten Wissenschaftler_innen gegenwärtig einen großen Teil der Arbeit im Publikationsgeschäft selbst. Sie engagieren sich in Redaktionen, als Herausgeber_innen und Gutachter_innen, planen Ausgaben, lesen und redigieren Texte, organisieren die Begutachtung und redaktionelle Workflows. Die Unterstützung durch die Verlage wird dabei oftmals als unzureichend empfunden.

Bei all dem auch noch an der Gestaltung von neuen Finanzierungsmodellen mitzuwirken, verlangt ein hohes Maß an Engagement. Mit Blick auf notorisch überfüllte To-Do-Listen erscheint es verlockend, das Thema Finanzierung den Wissenschaftsverlagen zu überlassen beziehungsweise darauf zu setzen, dass Bibliotheken gut mit ihnen verhandeln. Das im Zuge der Open-Access-Transformation vorhandene Gestaltungspotenzial könnte aber ebenso dazu genutzt werden, die Interessen von Wissenschaftler_innen in den Prozess einzubringen. Das betrifft beispielsweise die Frage nach den Arbeitsverhältnissen in der Wissenschaft. Nachhaltige Finanzierungsmodelle für Open Access könnten mit dem Ziel der Verbesserung von Arbeitsverhältnissen im Wissenschaftsbereich verbunden werden. Derzeit wird weitestgehend akzeptiert, dass Wissenschaftler_innen einen großen Teil des Publikationsgeschäftes »nebenbei« erledigen, in der Freizeit, unbezahlt und unter Inkaufnahme damit verbundener Ungleichheitsmechanismen etwa mit Blick auf Sorgearbeit. Das Wissenschaftssystem könnte faire Open-Access-Modelle nutzen, um redaktionelle Arbeit stärker als Teil wissenschaftlicher Beschäftigungsverhältnisse zu berücksichtigen. Das wäre nicht nur für einzelne Wissenschaftler_innen entlastend, sondern könnte zusätzlich Vorteile hinsichtlich der Qualitätssicherung mit sich bringen, denn sorgfältige Qualitätssicherung erfordert Zeit. Ein weiteres Defizit, das eine stärkere Selbstorganisation des wissenschaftlichen Publizierens langfristig adressieren könnte, ist der Publikationsdruck und die Fixierung auf Zitationsmetriken im Wissenschaftsbetrieb. Diesbezüglich verpflichten sich die Unterzeichner von Plan S, Forschungsleistungen nach dem intrinsischen Wert von Beiträgen

und nicht anhand von Metriken wie dem Impact-Faktor zu bewerten (cOAlition S 2019: 2).

In der aktuellen Situation sind die Fachgesellschaften gefragt, Diskussionsprozesse zu initiieren, die Interessen ihrer Mitglieder zu bündeln und sich ggf. selbst bei der Organisation, Finanzierung und Koordination neuer Publikationsmodelle zu engagieren. Einige Fachgesellschaften sind hier bereits aktiv, etwa die European Geosciences Union oder die Österreichische Gesellschaft für Politikwissenschaft. Die Fachgesellschaft Geschlechterstudien unterstützt gezielt Projekte wie die *Open Gender Platform*, die die Gender Studies mit den Diskussionen der Open-Access-Community vernetzt. Die Expertise der Open-Access-Community sollte für die jetzt anstehenden Diskussionen um die Transformation von Zeitschriften und mögliche neue Modelle genutzt werden. Gute Anlaufpunkte sind die bestehenden Open-Access-Projekte oder die Open-Access-Beauftragten der Hochschulen.

Aber auch Verlage kommen als Bündnispartner_innen für neue Finanzierungs- und Organisationsmodelle infrage. Mehr Ressourcen in die Arbeit von Wissenschaftler_innen zu investieren, setzt jedoch voraus, dass ein größerer Teil des Publikationsbudgets in der Wissenschaft verbleibt, was deutlich im Widerspruch zu den Profitzielen der großen Wissenschaftsverlage steht. Kleinere und mittlere Verlage, darunter auch solche, die sich bereits auf Open-Access-Services spezialisiert haben, sind diesbezüglich anders zu bewerten. Fest steht: Der Plan S wird die Etablierung von Open Access zum Regelfall beschleunigen. Ob sich die Publikationsmodelle im Zuge dessen stärker an den Bedürfnissen der Wissenschaft ausrichten werden als bisher, hängt davon ab, dass Wissenschaftler_innen ihre Interessen auch engagiert in den Transformationsprozess einbringen.

Kathrin Ganz

Literatur

- Annual Reviews o.J.: Subscribe to Open. www.annualreviews.org/page/subscriptions/subscribe-to-open, letzter Aufruf 12. Dezember 2019.
- Berliner Erklärung 2003: Berliner Erklärung über den offenen Zugang zu wissenschaftlichem Wissen. https://openaccess.mpg.de/68053/Berliner_Erklarung_dt_Version_07-2006.pdf, letzter Aufruf 12. Dezember 2019.
- Budapest Open Access Initiative 2002: Budapest Open Access Initiative: deutsche Übersetzung. www.budapestopenaccessinitiative.org/translations/german-translation, letzter Aufruf 12. Dezember 2019.

- cOAlition S 2019: Accelerating the transition to full and immediate Open Access to scientific publications. www.coalition-s.org/wp-content/uploads/PlanS_Principles_and_Implementation_310519.pdf, letzter Aufruf 12. Dezember 2019.
- cOAlition S o.J.: Addendum to the cOAlition S Guidance on the Implementation of Plan S. www.coalition-s.org/addendum-to-the-coalition-s-guidance-on-the-implementation-of-plan-s/, letzter Aufruf 12. Dezember 2019.
- Crawford, W. 2019: Gold Open Access 2013–2018: Articles in Journals (GOA4). Livermore, CA: Cites & Insights Books. <https://waltcrawford.name/goa4.pdf>, letzter Aufruf 12. Dezember 2019.
- Directory of Open Access Journals o.J.: <https://doaj.org>, letzter Aufruf 14. Februar 2020.
- Ganz, K., Wrzesinski, M., Raucher, M. 2019: Nachhaltige Qualitätssicherung und Finanzierung von non-APC scholar-led Open-Access-Journalen. LIBREAS 36. <https://libreas.eu/ausgabe36/ganz/>, letzter Aufruf 10. Januar 2019.
- Laakso, M. 2019: Infrastructure for Data on Open Access. Openness, Sustainability, Reproducibility. Zenodo. doi:10.5281/zenodo.3490327
- Laakso, M., Welling, P., Bukvova, H., Nyman, L., Björk, B.-C., Helund, T. 2011: The Development of Open Access Journal Publishing from 1993 to 2009. PLoS ONE 6(6): e20961. doi: 10.1371/journal.pone.0020961.
- Larivière, V., Haustein, S., Mongeon, P. 2015: The Oligopoly of Academic Publishers in the Digital Era. PLoS ONE 10(6): e0127502. doi:10.1371/journal.pone.0127502.
- Meijer, G. 2018: Open Access of Publications. A Cost-Effective Scientific Must. Impact of Science, August meetup – 13 August 2018. www.projekt-deal.de/wp-content/uploads/2018/10/20180802_Folien_DEAL_Meijer.pdf, letzter Aufruf 12. Dezember 2019.
- MIT Libraries 2019: Elsevier Fact Sheet. <https://libraries.mit.edu/scholarly/publishing/elsevier-fact-sheet/>, letzter Aufruf 12. Dezember 2019.
- Mruck, K., Mey, G., Muhle, F. 2018: Wissenschaft als Publikationspraxis. In Eigenregie verlegte Zeitschriften: das Beispiel Forum Qualitative Sozialforschung/Forum: Qualitative Social Research (FQS). *Erziehungswissenschaft*, 56 Jg., Heft 2, 43–51. doi:10.3224/ezw.v29i2.06.
- Open Access Monitor o.J.: <https://open-access-monitor.de/>, letzter Aufruf 17. Februar 2020.
- Pampel, H. 2019: Open Access an wissenschaftlichen Einrichtungen in Deutschland. Ergebnisse einer Erhebung im Jahr 2018. doi: 10.2312/os.helmholtz.005.
- Schönfelder, N. 2019: Sind APCs das dominierende Geschäftsmodell bei Open-Access-Zeitschriften? <https://oa2020-de.org/blog/2019/08/19/APCs-dominierendes-Modell/>, letzter Aufruf 12. Dezember 2019.

Die Deutsche Forschungsgemeinschaft und Plan S

Open Access ist als wissenschaftspolitisches Ziel in Europa spätestens seit 2012 fest verankert. Mit den im Mai 2016 veröffentlichten »Council Conclusions on the transition towards an Open Science system« wurde die Zielmarke vorgegeben, dass bis 2020 Open Access der Standardmodus wissenschaftlichen Publizierens sein solle. 2018 wurde der so genannte Plan S durch den damaligen Open-Access-Sondergesandten der Europäischen Kommission, Robert-Jan Smits, ins Leben gerufen. Er kam insbesondere deshalb zustande, weil erkennbar wurde, dass das bereits 2012 formulierte Ziel nicht erreicht werden kann. Schließlich lag die Quote von unmittelbar zugänglichen Publikationen in reinen Open-Access-Zeitschriften (so genannter goldener Open-Access) in den großen entwickelten Ländern Europas (Deutschland, Großbritannien, Frankreich, Italien) im Jahr 2017 lediglich zwischen 12 und 16 Prozent. Selbst wenn man alle Artikel berücksichtigt, die 2019 im Open Access verfügbar waren (goldener, hybrider, grüner Open Access) liegt die Quote global betrachtet bei nicht mehr als circa 31 Prozent (Piwo-war, Priem, Orr 2019).¹

Während auf europäischer Ebene Aspekte der Wirtschaftsförderung eine Rolle bei der Open-Science-Agenda spielen, unterstützt die DFG Open Access bereits seit 2003 aus der Überzeugung heraus, dass es die logische Konsequenz in der Entwicklung wissenschaftlichen Publizierens im digitalen Zeitalter darstellt. Open Access dient der Wissenschaft dadurch, dass der wissenschaftsinterne Austausch potenziell befördert wird, indem Forschungsergebnisse und neue Erkenntnisse unmittelbar für alle frei zugänglich sind. Wissenschaftliche Informationen stehen, wenn nicht unbedingt und per se schneller – je nach Verfahren der Qualitätsüberprüfung –, so doch ohne Zugangsschranken zur Verfügung und sind im Idealfall, also dem Open Access entsprechend der Definition in der Berliner Erklärung,² umfassend und rechtlich abgesichert nachnutzbar, wenn die Urheber Nutzungs-lizenzen (CC-BY-Lizenzen) vergeben. In dieser die Wissenschaft befördernden Funktion unterstützt die DFG Open Access, nicht jedoch als Selbstzweck. Daher sollte – nach Ansicht der DFG – die Open-Access-Transformation für alle Fächer und Disziplinen in den an ihre je spezifischen tradierten Publikationspraktiken angepassten Formen, Formaten und auch

¹ Der Open-Access-Monitor des Forschungszentrums Jülich lässt sich für Daten aus Deutschland konsultieren: <https://open-access-monitor.de>.

² <https://openaccess.mpg.de/Berliner-Erklaerung>.

Geschäftsmodellen umgesetzt werden.³ Schließlich bestehen in einzelnen Fächern besondere Hindernisse (etwa im Feld der Kunstgeschichte, wo unverhältnismäßig hohe Verbreitungskosten aufgrund von Lizenzzahlungen bei Drittrechten an Inhalten, insbesondere Bildern und Abbildungen, anfallen), die Beachtung finden müssen. Letztlich gibt es daher legitime Gründe, im Einzelfall auch gegen eine Open-Access-Publikation zu entscheiden.

Das zentrale und erste Prinzip des Plan S ist die Verpflichtung der Fördernehmer beziehungsweise der Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler zur Open-Access-Publikation ab 2021. Die unterzeichnenden Organisationen streben an, eine solche Verpflichtung in ihren Regularien einzuführen. Die DFG verpflichtet mit Stand Ende 2019 ihre Fördernehmer, also die in DFG-Projekten geförderten Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler nicht dazu, die Ergebnisse aus DFG-geförderter Forschung im Open Access zu publizieren. Daher ist die DFG auch kein Mitglied der cOAlition S. Sie fordert aber dazu auf, im Modus des Open Access zu veröffentlichen.⁴ Darüber hinaus hat sie in ihrem *Kodex zur Guten Wissenschaftlichen Praxis* aus dem vergangenen Jahr festgehalten, dass die Herstellung eines öffentlichen Zugangs zu den Ergebnissen wissenschaftlicher Arbeit ein Standard guter wissenschaftlicher Praxis ist (DFG 2019: 18 f.). Ein die DFG von anderen nationalen Fördereinrichtungen unterscheidendes Merkmal ist ihre Verfasstheit als Selbstverwaltungsorganisation der Wissenschaft. Diese Besonderheit führt dazu, dass strategische Entscheidungen, wie etwa die Verpflichtung zur unmittelbaren Open-Access-Publikation, im Senat getroffen werden müssen. Bislang hat der Senat keine diesbezügliche Diskussion geführt.

Würde eine solche Diskussion geführt, gäbe es verschiedene Ebenen zu berücksichtigen: Zum einen wäre da die verfassungsrechtliche Ebene, die unter anderem zu beachten hat, welche Funktion der DFG aktuell im Wissenschaftssystem zukommt und zu welchem Anteil ihre Drittmittelförderung faktisch in die Grundfinanzierung von Forschungsvorhaben eingreift (Fehling 2014). Zum anderen wäre die Ebene der Disziplinengerechtigkeit zu bedenken. Darüber hinaus gehört zu dieser Debatte ebenso die Frage, mit welchen ökonomischen Konsequenzen unter den gegenwärtigen Bedingungen eine solche Verpflichtung einhergehen würde. In Großbritannien etwa hatte die Verpflichtung zu Open-Access-Publikationen gekoppelt mit der

³ Siehe das Kapitel »Open-Access-Transformation« im DFG-Positionspapier »Förderung von Informationsinfrastrukturen für die Wissenschaft« (DFG 2018: 28 ff.).

⁴ Die Verwendungsrichtlinien 2.00 enthalten ab 2020 die »Aufforderung« im Open Access zu publizieren, weiterhin im goldenen oder grünen Open Access.

Bereitstellung von Mitteln eine Erhöhung der Publikationskosten zur Folge. Letztlich sind auch andere bereits in Gang gekommene Diskussionen von Belang, etwa dazu, welche Bewertungsmaßstäbe und -praktiken bezüglich Publikationen aktuell im Wissenschaftssystem gelten und inwiefern dadurch auch Dysfunktionalitäten des Publikationswesens verfestigt werden.

All diese Ebenen werden implizit durch die Vorschläge des Plan S berührt. Darüber hinaus enthält Plan S in seinen weiteren zehn Maßnahmen ebenso Aspekte, die durch die Verfügbarmachung geeigneter Publikationsorte sowohl Disziplinengerechtigkeit herstellen als auch auf die Veränderung der aktuellen ökonomischen Situation im Publikationswesen abzielen und eine höhere Transparenz in puncto Publikationskosten ermöglichen sollen.⁵

Die DFG trägt viele dieser Ziele des Plan S mit und hat einige schon vor der Ausformulierung des Plan S umgesetzt.⁶ Insbesondere ermöglicht die DFG seit über einem Jahrzehnt den Aufbau von Open-Access-Infrastrukturen, etwa in Form von Repositorien oder Zeitschriften. Bereits 2009 initiierte sie zudem ein strukturbildendes Programm, über das Hochschulen den goldenen Weg des Open Access verankern konnten (*Open Access Publizieren*⁷). Seit 2010 gilt bei dieser DFG-Förderung eine Kappungsgrenze in Höhe von 2.000 € (inklusive Mehrwertsteuer) für die Kosten der Publikation eines Artikels im goldenen Open Access, die auch im Rahmen der Selbstverpflichtung mancher Einrichtungen für deren eigene Mittel eingehalten wird.⁸ Im Rahmen von Plan S werden aktuell Studien und Pilotvorhaben⁹ in Auftrag gegeben, die untersuchen, wie Kostentransparenz für Verlagsdienstleistungen hergestellt werden kann. Das Ziel muss sein, die Preise für eine Publikation adäquat zu den dafür anfallenden Dienstleistungen zu gestalten.

Die ebenfalls im Plan S vorgeschlagene enge Koordination von Konsortien, wissenschaftlichen Einrichtungen und Förderorganisationen ist in Deutschland schon lange institutionalisiert und auf verschiedenen Ebenen angesiedelt, beispielsweise bei der Allianz der Wissenschaftsorganisationen. So ist die Förderung von überregionalen Lizenzen mit den dazugehörigen wissenschaftsfreundlichen Grundsätzen im Rahmen der Allianz entstanden. Auch DEAL ist ein Projekt der Allianz der Wissenschaftsorganisationen. Nicht nur über den Aufbau von Infrastrukturen, sondern auch über die

5 www.coalition-s.org/.

6 Stellungnahme der DFG, Information für die Wissenschaft Nr. 56 vom 4. September 2018.

7 www.dfg.de/foerderung/programme/infrastruktur/lis/lis_foerderangebote/open_access/.

8 www.open-access-berlin.de/news/2018-12-TU9-Handreichung.html.

9 www.coalition-s.org/coalition-s-welcomes-transparency-framework-and-report-launches-pilot

Förderung von Lizenzverträgen im Programm *Überregionale Lizenzierung*¹⁰ unterstützt die DFG seit Langem neben dem goldenen ebenso den grünen Open Access. Aktuell fördert sie zudem den Neuabschluss von Open-Access-Transformationsverträgen, mit denen auch kleine und mittelständische Verlage ihr Angebotsportfolio in den Open Access überführen können. Bis Ende 2024 sollen dem gegenwärtigen Stand zufolge Inhalte auch unter Plan S als kompatibel gelten, die über solche Verträge in den Open Access gelangt sind. Ziel der Verträge ist es, eine Doppelzahlung auszuschließen, die beim »Freikauf« einzelner Artikel in ansonsten zugangsbeschränkten Zeitschriften nicht ausgeschlossen werden kann.

Es ist mittlerweile in der Tat deutlich, dass fast 20 Jahre nach der Berliner Erklärung Open Access zu einem Thema von allgemeiner Relevanz geworden ist und eine klare wissenschaftspolitische Präferenz dafür existiert.¹¹ Dennoch steigt die Open-Access-Quote bislang nur langsam und die möglichen Arten des Publizierens via Open Access werden immer vielfältiger. In dieser Landschaft sind die rechtlichen und ökonomischen Konsequenzen der verschiedenen Publikationsoptionen für einzelne Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler nicht mehr unbedingt sofort offensichtlich. Jedoch sollte für jede Autorin und jeden Autor aus den Publikationsoptionen ersichtlich sein, welche Personen und Prozesse hinter dem Publikationsorgan¹² stehen (etwa in Bezug auf die Seriosität und Qualität). Zudem kommt auch den Bibliotheken aufgrund ihrer historischen Funktion und Expertise für die Literaturversorgung eine wichtige Rolle dabei zu, Open Access-Angebote auch in wirtschaftlicher Hinsicht zu prüfen, Open Access auf eine wissenschaftsdienliche Art zu organisieren und sicherzustellen sowie dazu Beratungsdienstleistungen anzubieten. In Deutschland geschieht das schon sehr umfassend. Zu diesen Aufgaben gehört auch, die Datenintegrität zu schützen (Degkwitz 2019) und die Datenmündigkeit der Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler zu befördern: Jede*r Publizierende sollte wissen können, was mit den eigenen Nutzungs- und Zugriffsdaten passiert, unabhängig davon, ob er oder sie im Open Access liest oder nicht. Die insbesondere bei kommerziellen Verlagen generierten Daten sind in den Zeiten des Informationskapitalismus als Big Data bares Geld wert. In diesem Zusammenhang sind bereits erste Fälle bekannt

10 www.dfg.de/foerderung/programme/infrastruktur/lis/lis_foerderangebote/ueberregionale_lizenzierung/.

11 Vgl. die Open-Access-Strategie des BMBF und Aktivitäten in Folge der Strategie: www.bildung-forschung.digital/de/open-access-2471.html.

12 Siehe hierzu die Leitlinie 15 für gute wissenschaftliche Praxis: »Ein neues oder unbekanntes Publikationsorgan wird auf seine Seriosität hin geprüft.« (DFG 2019: 21)

geworden, in denen die Daten wissenschaftlicher Aktivität zu Überwachungszwecken von staatlichen Organen angefordert beziehungsweise Daten an Interessierte verkauft worden sind (Lamdan 2019). Vor diesem Hintergrund können auch die Vorgaben des jeweiligen Publikationsorgans hinsichtlich der Art seiner Datenverwertung ein Aspekt werden, der bei der Auswahl des Publikationsortes entscheidend von Belang ist.

Aktuell wird auch der Stellenwert monografischer Werke im Open Access ein zunehmend wichtigeres Thema, da auch hier Disziplinengerechtigkeit hergestellt werden soll. Darüber hinaus sollen einschlägige Publikationsmöglichkeiten offeriert und genutzt werden, und zwar derart, dass eine nachhaltige Infrastruktur entsteht. Entsprechende Empfehlungen wurden kürzlich von Science Europe¹³ vorgelegt. Mit den Universitätsverlagen hat Deutschland eine hervorragende, schon lange aktive Basis für die frei zugängliche Buchproduktion, auch weitere Verlage machen inzwischen derartige Angebote. Aktuell überarbeitet die DFG ihre Richtlinien zur Förderung der »Publikationsbeihilfe« für wissenschaftliche Monografien. Plan S hingegen vertagt die Thematik der Monografien, hat sie aber bisher nicht ausgeklammert.

Zu den Zielen des Plan S gehört jedoch nicht nur, dass nun, 20 Jahre nach der Berliner Erklärung, wissenschaftliche Erkenntnisse ausschließlich frei zugänglich sind. Ebenso zielt er darauf ab, die Kräfteverhältnisse im wissenschaftlichen Publikationswesen so zu gestalten, dass das Wissenschaftssystem die Dysfunktionalitäten beseitigen kann, die sich durch Fehlanreize für zu viele oder ausschließlich an bibliometrischen Indikatoren orientierte Publikationen auf das wissenschaftliche Verhalten niederschlagen (insbesondere hoher Publikationsdruck und die daraus folgende Flut an Veröffentlichungen): Die Verbreitung von Erkenntnissen ist der zentrale Aspekt von Wissenschaft, daher sollte die Verbreitung und Wahrnehmung von Erkenntnissen – gerade im digitalen Zeitalter – so wenig wie möglich beschränkt, aber auch nicht durch extrinsische Faktoren künstlich befördert werden. Übermäßige Zahlungen sowohl für den Zugang als auch für die Publikation sind schlichtweg nicht gerechtfertigt.

Vor diesem Hintergrund kann die freie Zugänglichkeit zu Forschungsergebnissen allerdings auch nicht das angestrebte Ziel sein, sondern nur ein Schritt auf dem Weg hin zu einem Wissenschaftssystem, das der Qualität wissenschaftlicher Arbeit mehr Aufmerksamkeit schenkt als der Anzahl von Einträgen in einer Publikationsliste. Die Dysfunktionalitäten, welche das heutige Publikationssystem prägen und zugleich Open Access behindern, sind zum Teil hausgemacht und werden im Wissenschaftssystem perpetuiert.

13 www.scienceurope.org/our-resources/briefing-paper-on-open-access-to-academic-books/.

In diesem Zusammenhang sind zwei Maßnahmen des Plan S hervorzuheben, die zur Erreichung dieses Zwecks als zentral gelten können: Einmal die Forderung, dass die (einfachen) Verwertungsrechte wissenschaftlicher Beiträge bei den Autorinnen und Autoren verbleiben sollen (Plan S, Grundsatz 1); zum anderen die Verpflichtung von Förderinstitutionen dazu, den intrinsischen Wert einer Publikation, also den Stellenwert der in der Publikation vorgestellten wissenschaftlichen Erkenntnis, bei Begutachtungsverfahren in den Vordergrund zu stellen, und Aspekte wie Publikationsort, Zeitschriftentitel, Verlag und Metriken (etwa den Journal Impact Factor) außer Acht zu lassen (Plan S, Grundsatz 10).

Beide Maßnahmen könnten potenziell revolutionäre Effekte nach sich ziehen. Die erste Maßnahme zielt darauf ab, die Wurzel zahlreicher Probleme im Publikationswesen, die mit der großflächigen Monetarisierung wissenschaftlicher Inhalte (Buranyi 2017) eingesetzt haben, zu entfernen und Wissenschaftlerinnen wie Wissenschaftlern wieder zu mehr Selbstbestimmung bezüglich der Verbreitung und Verwertung ihrer Beiträge zu verhelfen (womit im Übrigen nicht gesagt ist, dass aus bestimmten Gründen nicht auch auf die Ausübung dieses Rechts verzichtet werden kann).

Die zweite Maßnahme adressiert den Kern zahlreicher Dysfunktionalitäten im Gesamtzusammenhang des Systems, nämlich den systeminternen Publikationsdruck, der sich nicht nur ökonomisch negativ auswirkt (Publikationsflut, Verteuerung, Überproduktion, Rezeptionsgau), sondern gleichzeitig kaum zum Erkenntnisgewinn beiträgt. Vielmehr geht er aus Fehlanreizen hervor, die von der Wissenschaft selbst, allen voran von Berufungskommissionen und Begutachtungsgremien, angegangen werden müssen. Bei der Leistungsbewertung sollte der cOAlition S zufolge der Wert wissenschaftlicher Erkenntnisse im Vordergrund stehen, nicht etwa die Anzahl an Publikationen oder bestimmte Metriken, die mit dem Publikationsorgan einhergehen.

Dieser Thematik widmet sich die DFG aktuell wieder sehr intensiv, nachdem sie bereits 2010 mit der Maßnahme *Qualität statt Quantität* versucht hatte, derartigen Missständen entgegen zu wirken (DFG 2010, DFG 2019: 19). Vor diesem Hintergrund verspricht 2020 ein spannendes Jahr zu werden: Auch wenn von 100%iger Open-Access-Publikation noch nicht die Rede sein kann, so sind doch international weitreichende Entwicklungen zu erwarten.

Angela Holzer

Literatur

- Buranyi, S. 2017: Is the staggeringly profitable business of scientific publishing bad for science? *The Guardian*, 27 June 2017. www.theguardian.com/science/2017/jun/27/profitable-business-scientific-publishing-bad-for-science.
- Degwitz, A. 2019: Empfehlungen zu Methoden zur Kontrolle des Zugriffs auf wissenschaftliche Informationsressourcen. Ein gemeinsames Papier von Deutscher Bibliotheksverband e.V. (dbv) und Schwerpunktinitiative Digitale Information der Allianz der deutschen Wissenschaftsorganisationen. Berlin, 27. November 2019.
- DFG 2010: Pressekonferenz »Qualität statt Quantität« – Neue Regeln für Publikationsangaben in Förderanträgen und Abschlussberichten. Berlin, 23. Februar 2010. www.dfg.de/download/pdf/dfg_im_profil/reden_stellungnahmen/2010/statement_qualitaetstatt_quantitaet_mk_100223.pdf.
- DFG 2018: Förderung von Informationsinfrastrukturen für die Wissenschaft. Ein Positionspapier der Deutschen Forschungsgemeinschaft. Bonn, 15. März 2018. www.dfg.de/download/pdf/foerderung/programme/lis/positionspapier_informationsinfrastrukturen.pdf.
- DFG 2019: Leitlinien zur Sicherung guter wissenschaftlicher Praxis. Kodex. Bonn, September 2019. www.dfg.de/download/pdf/foerderung/rechtliche_rahmenbedingungen/gute_wissenschaftliche_praxis/kodex_gwp.pdf.
- Fehling, M. 2014: Verfassungskonforme Ausgestaltung von DFG-Förderbedingungen zur Open-Access-Publikation. *Ordnung der Wissenschaft*, Heft 4, 179–214.
- Lamdan, S. 2019: Librarianship at the Crossroads of ICE Surveillance. In *The Library with the Lead Pipe*. 23. November 2019. www.inthelibrarywiththeleadpipe.org/2019/ice-surveillance/.
- Piowar, H., Priem, J., Orr, R. 2019: The Future of OA: A large scale analysis projecting Open Access publication and readership. www.biorxiv.org/content/10.1101/795310v1.

Freier Zugang ohne Prestigerenten

Ziele und Durchführungsprobleme von Open Access angesichts von Plan S

Die technische Möglichkeit, wissenschaftliche Publikationen mit gegen Null tendierenden Grenzkosten beliebig vielen Interessierten zur Verfügung zu stellen,¹ könnte für die meisten Beteiligten von Vorteil sein. Forschende und

¹ Der Punkt und die Formulierung wurden durch Rifkin (2014) berühmt: Während es aufwändig und kostspielig ist, geistige Güter zu gestalten, wird bei der nahezu aufwandslosen digitalen Vervielfältigung sozusagen jedes neue Exemplar kostengünstiger. Das Phänomen hat eine längere Vorgeschichte. Im traditionellen Verlagswesen sinken die Kosten

Studierende sollten problemlos lesen können, was ihre Erkenntnisse zu erweitern verspricht, Publizierenden ist in der Regel an einer möglichst weiten Verbreitung ihrer Einsichten gelegen, und für die Bibliotheken wissenschaftlicher Einrichtungen, die seit Jahren mit hohen Subskriptionsgebühren zu kämpfen haben, zeigen sich große Sparpotenziale. Auf der Gegenseite stehen neben wissenschaftlich Tätigen, die ein libidinöses Verhältnis zum Urheberrecht pflegen, vor allem Wissenschaftsverlage, die (in sehr unterschiedlichem Ausmaß) vom Status quo profitieren.

Angesichts dieser Interessenverteilung erscheint es kaum tragbar, dass die Verhandlungsmacht der Verlage (vor allem der großen, durch ihre Zeitschriftenpreise massiv gestärkten Verlagshäuser) einen raschen umfassenden Wandel blockiert, beherrzte Reformen von öffentlicher Seite sind nötig. Der »Plan S«, der die publizierten Ergebnisse öffentlich geförderter Forschungsprojekte obligatorisch frei zugänglich machen soll, ist der bisher wichtigste Vorstoß dieser Art in Europa. Von einer EU-Taskforce mit Beteiligung nationaler Institutionen entwickelt und zur unmittelbaren Umsetzung bestimmt, ist er zwar kaum demokratisch gestaltet – aber er verspricht die Macht öffentlicher Wissenschaftsfinanzierung durchsetzungskräftig für das Gemeinwohl zu bündeln: Forschende, die gefördert werden wollen, müssen Organe meiden, die durch eine technisch überflüssige und überteuerte Paywall geschützt sind; die Verlage können statt Zugangsgebühren Publikationsgebühren verlangen, müssen sie jedoch transparent gestalten und in einem vorgegebenen Rahmen halten. Interessanterweise ist allerdings eben diese Deckelung noch nicht fixiert, und eine seriöse Debatte über ihre Höhe ist noch nicht (beziehungsweise nur abseits der Entscheidungszentren) in Gang gekommen. Im Folgenden diskutiere ich, inwiefern die Publikationsgebühren die Ziele des Plans beeinträchtigen oder sogar ins Gegenteil verkehren könnten. Zu befürchten steht nämlich, dass sich im Medium dieser Gebühren ein Wechselspiel von Verlagsmacht und akademischen Prestigehierarchien erneuert, das bereits im Regime der Zugangsgebühren viel Schaden angerichtet hat. Es könnte sich sogar festigen, da mit der Ära des vordigitalen, verlagsdominierten wissenschaftlichen Publizierens auch Bewahrenswertes unterzugehen droht – namentlich der Pluralismus eines weniger

(und oft auch die Preise) pro Exemplar mit wachsender Auflage; die führenden Wissenschaftsverlage haben dagegen für besonders verbreitete Zeitschriften besonders hohe Gebühren durchgesetzt (siehe genauer Abschnitt 1).

zentralisierten, hierarchisierten und staatsabhängigen Buch- und Zeitschriftenmarkts. Eine mutmaßlich multiparadigmatische Wissenschaft wie die Soziologie hat auch in diesem Problemfeld starke Interessen.

Im Folgenden erörtere ich einerseits prinzipiell Vor- und Nachteile von Open Access und frage andererseits konkret, wie der Machtkampf und die Kooperation zwischen Großverlagen und Wissenschaftsinstitutionen die Aussichten von Plan S strukturieren. Zu Beginn führe ich aus, weshalb eine Umstellung wissenschaftlichen Publizierens auf Open Access zwar geboten erscheint, aber unter den Bedingungen konzentrierter Verlagsmacht schwergängig verläuft. Verdeutlichend ziehe ich dabei die Verhandlungen heran, die die Allianz der deutschen Wissenschaftsorganisationen unter dem Titel DEAL mit den marktbeherrschenden Verlagen führt. Im zweiten Schritt diskutiere ich die größten Fallstricke der unter Plan S zu erwartenden Umstellung: den weiteren Abbau von Publikationspluralismus und die Gefahr, dass das Ko-Oligopol marktbeherrschender Verlage und akademischer Prestigezentren in einem Open-Access-System nur gefestigt wird. Als konkretes Kernproblem von Plan S analysiere ich schließlich die Deckelung von Publikationsgebühren, an der sich entscheiden wird, ob weiterhin eine Handvoll Verlage das System akademischen Publizierens beherrscht und in ihm Monopolrenten abschöpft.

1. Weshalb Open Access sinnvoll, aber nicht leicht durchsetzbar ist (DEAL)

Die Ausbreitung digitaler Speicher- und Verbreitungsmedien hat im akademischen Raum zu einer seltsamen Doppelbewegung geführt: Einerseits können Forschungsergebnisse zunehmend so publiziert werden, dass prinzipiell Alle Zugriff darauf haben, andererseits müssen akademische Einrichtungen seit Jahren immer mehr Geld dafür zahlen, dass ihre Nutzerinnen und Nutzer sie tatsächlich lesen können. Besonders die drastisch gestiegenen Subskriptionsgebühren für namhafte Zeitschriften (die von den führenden Verlagen fast ausschließlich im Paket mit weniger nachgefragten Organen verkauft werden) haben eine viel diskutierte Kostenkrise der wissenschaftlichen Bibliotheken ausgelöst. Damit konsolidiert sich ein Ausgabenmuster, das Leonhard Dobusch wie folgt auf den Punkt gebracht hat:

»Überwiegend öffentlich finanzierte Forschung wird [...] von öffentlich finanzierten WissenschaftlerInnen kostenlos begutachtet und dann von Verlagen, deren Leistung in der Regel aus Lektorat, Satz und Distribution besteht, für teures Geld an öffentlich finanzierte Bibliotheken zurückverkauft.« (Dobusch 2016)

Dieser Zustand ist (auch wenn man die Leistungen der Verlage noch vollständiger auflistet, siehe weiter unten) technisch unnötig und politisch-ökonomisch ein Ärgernis. Dass er nicht längst beendet wurde, lässt sich nicht allein auf die hergebrachte, nur langsam in Bewegung geratende Rechtslage zurückführen – ebenso spielen die Interessen der Forschenden in einem wettbewerblich organisierten Feld eine Rolle. Solange die bekanntesten und innovativsten von ihnen ihre attraktivsten Beiträge bevorzugt den im Fach als führend geltenden Zeitschriften anbieten, haben deren Inhaber eine Art Monopolmacht gegenüber den Institutionen, die Zugang zu den Texten gewährleisten wollen und müssen.

Im Gesamtfeld sind dadurch zumindest oligopolistische Strukturen entstanden: Da die digital ermöglichten Paketverträge nur für größere Anbieter geeignet sind und die Umstellung auf digitale Infrastrukturen generell Investitionen erfordert, hat sich auf dem wissenschaftlichen Verlagsmarkt ein massiver Konzentrationsprozess vollzogen. Ute Volkmann (2016) hat diese Bewegungen am Beispiel soziologisch profilierter Häuser herausgearbeitet: Viele namhafte kleine Verlage sind von größeren aufgekauft worden, die auffälligste Neugründung transcript setzt von Beginn an auf Masse, und mit dem Fusions- und Eingliederungsprodukt Springer VS dominiert genau ein (Unter-)Verlag den soziologischen Publikationsmarkt in Deutschland. Weltweit teilen inzwischen fünf Verlage das Feld Wissenschaft mehrheitlich unter sich auf (vgl. für quantitative Angaben zu Zeitschriften Larivière, Haustein, Mongeon 2015 und Kathrin Ganz in ihrem Beitrag): Wiley-Blackwell, Sage, Elsevier, Taylor & Francis sowie Springer Nature, die Mutterfirma von Springer VS. Die Aussichten für Open Access sind wesentlich von diesen Resultaten der ersten, proprietären Phase digitalen wissenschaftlichen Publizierens bestimmt.

Für Reformen zeichnet sich daher ein doppeltes Hindernis ab: Als sozusagen natürliche Konflikt- und Verhandlungspartner treten immer die wenigen marktbeherrschenden Verlage auf, und auf der öffentlichen Gegenseite agieren die Großverbände einer Klientel, die bis auf Weiteres von den angesehenen Zeitschriften abhängig ist. Zu erwarten ist so einerseits, dass die herausgeforderten Unternehmen sich teils hartnäckig konstruktiven Lösungen verweigern (im Fall der DEAL-Verhandlungen namentlich Elsevier),

teils Ausnahmen aushandeln (wie Springer im gleichen Kontext für seine Nature-Zeitschriften)² und generell darauf hinwirken, dass ein am Ende erzielter Kompromiss die Verlagsprofite nicht stark nach unten korrigiert. Andererseits werden die Akteure der öffentlichen Seite, von den als Allianz organisierten deutschen Wissenschaftsverbänden wie der HRK, der DFG und der Max-Planck-Gesellschaft (bei DEAL) bis zum Europäischen Forschungsrat (bei Plan S), nicht die Reputationsökonomie infrage stellen, die sie mit aufgebaut haben, mit unterhalten und für ihre Erfolgsbilanzen benötigen. Solange bei Forschungsanträgen viel zitierte Beiträge in viel zitierten Zeitschriften ein Hauptkriterium sind, um die »Qualität« der Bewerberinnen zu quantifizieren, und solange der Erfolg von Programmen wie der deutschen Exzellenzstrategie daran gemessen wird, wie sich diese Zitationszahlen entwickeln, wird man die etablierten Zeitschriften brauchen. Eine einzelne Forschungsnation und selbst die gesamte europäische Wissenschaft kann nicht einseitig die globalen Reputationsstrukturen aufkündigen, und ihre institutionellen Vertreter *wollen* sie auch allenfalls begrenzt infrage stellen. Die Akteurskonstellation der DEAL-Verhandlungen kennzeichnet die Situation daher besser als die hohen Prinzipien der öffentlichen Seite: Die konzentrierte Verlagsmacht trifft auf die konzentrierte Wissenschaftsmacht, und beide zeigen sich bislang nicht daran interessiert, ihre wechselseitige Stabilisierung aufzugeben.

Damit droht nicht allein eine lange Übergangsphase, in der die Großverlage an eigenwilligen Mischungen aus Zugangs- und Publikationsgebühren verdienen. Mit Springer und Wiley hat man sich auf Publish-and-Read-Gebühren geeinigt, in denen ein stolzer Standardpreis für jeden frei zugänglich publizierten Artikel (2.750 €) zugleich das Zeitschriftenprogramm der Verlage für die deutschen Wissenschaftsbibliotheken freischaltet. Hinzu kommt als grundsätzlicheres Problem, das auch die mögliche reine Open-Access-Zukunft erben wird, die regelsetzende Macht der Oligopole. Es dürfte aussagekräftig sein, dass die kleineren Verlage beziehungsweise alle Nicht-Oligopolisten im DEAL-Prozess schlicht keine Rolle spielen. Sie scheinen auch für die Allianz der Wissenschaftsorganisationen eine zu vernachlässigende Größe darzustellen. Im Folgenden ist zu sehen, was die umrissene doppelte Machtkonzentration für die Aussichten von Plan S bedeutet.

² Vgl. für alle angeführten Informationen zu DEAL die Webseite des Projekts: www.projekt-deal.de/.

2. Was an einem Open-Access-System problematisch sein könnte (Plan S)

Der Plan S verspricht konsequentere und zukunftsreichere Lösungen als die DEAL-Vereinbarungen. Er soll keine Paketverträge mit einzelnen Verlagen auf den Weg bringen, sondern überträgt den Geförderten die Open-Access-Verpflichtung. Er sieht ausschließlich diese Publikationsweise vor und gestattet Mischfinanzierungen allenfalls für eine kurze Übergangszeit. Schließlich umfasst er die öffentliche Übernahme von Publikationsgebühren, soll eine transparente und angemessene Preisgestaltung durchsetzen sowie gebührenfreie Publikationsforen fördern.³ Dieses Paket ist so progressiv, dass Lücken in der Unterzeichnerliste nicht überraschen. Die DFG etwa ist bisher nicht dabei. Sobald sich jedoch alle größeren Fördergesellschaften angeschlossen haben, hat die Initiative gute Aussichten. Nicht jeder darin geäußerte Wunsch wird in Erfüllung gehen – ob etwa bei Publikationslisten in Förderanträgen wirklich nur der »intrinsic merit of the work« gewürdigt wird, während das Publikationsorgan, sein Impact-Faktor »or other journal metrics« völlig außen vor bleiben (cOAlition S 2019: 2), muss die Erfahrung zeigen. Doch die Strategie bildet einen ernstzunehmenden Ansatz, öffentliche Interessen durchzusetzen. Damit liegt die Frage nahe, worin überhaupt größere Einwände bestehen könnten.

Zwei Bedenken lassen sich rasch und beinahe vollständig ausräumen. Zum einen besteht wenig Anlass zu der Sorge, dass Plan S einen erkenntnisförderlichen Markt zerstören wird, wie sie etwa ein Vorstandsmitglied der Deutschen Physikalischen Gesellschaft äußert:

»Plan S favorisiert eine Planwirtschaft, die zu einem Mangel an Innovation und Risikobereitschaft führen kann und damit den Fortschritt verlangsamen wird. [...] Vergleichen Sie einen ostdeutschen PKW mit einem westdeutschen gleichen Baujahrs vor der Wiedervereinigung. Das sind zwei Welten – nicht wegen fehlender Begabung der Ingenieure, sondern weil es in der DDR keinen Wettbewerb gab.« (Bodenschatz 2019)

Auch in der offenen Gesellschaft sollte man vielleicht über einen zeitweiligen Entzug des »Argumentationsführerscheins« nachdenken. Anders als Autos sind wissenschaftliche Resultate keine privaten Güter, die individuell genutzt werden und daher massenhaft verkauft werden können, sondern lassen sich von beliebig vielen Akteuren zugleich verwenden und zur Gewinnung weiterer Einsichten einsetzen. »Wettbewerb« kann also in beiden Bereichen nicht

³ Vgl. die Webseite www.coalition-s.org/.

ganz das Gleiche bedeuten. Der Wettstreit um Ansehen, der die Wissenschaft tatsächlich vorantreibt, setzt nach Robert Mertons bekannter Beobachtung geradezu voraus, dass möglichst viele möglichst rasch von den Erkenntnissen erfahren, die etwa Herr Bodenschatz in seinem Labor oder Büro hatte. Daher wird er sie im Regelfall publizieren, und das Forum mit der größten Fachleserschaft wird ihm dafür am besten geeignet erscheinen. Stichhaltig könnte höchstens der Einwand sein, dass die momentan (mit großem staatlichem Aufwand) eingerichteten Anreizsysteme schlechter funktionieren, wenn das Element der besonders begehrten Zeitschriften wegfällt. Gegen den Plan S wurde in diesem Sinn vorgebracht, dass er junge Forschende zu Beginn ihrer Karriere (aber eigentlich alle um Spitzenplätze bemühten Forschenden) vor die schwere Wahl stellt, entweder Fördermittel oder einen exklusiven Publikationsplatz zu erhalten. Das trifft zu, solange Zeitschriften mit aufrechterhaltener Paywall beziehungsweise hohen Publikationsgebühren gleichzeitig zu den begehrtesten Publikationsorten zählen – doch genau diesen Fehlanreiz soll der Plan S im Sinn des Gemeinwohls aushebeln. Auch danach wird es mehr oder weniger exklusive und attraktive Publikationsorte geben.

Es bleibt die Vermutung, dass ein Publikationsmarkt mit größeren öffentlichen Machtanteilen homogener und deshalb vielleicht weniger leistungsfähig sein könnte als einer mit starken Verlagen. Hierfür gibt es historische Anhaltspunkte, zumal in den noch immer nicht ganz in der Journal-Welt angelangten Geistes- und Sozialwissenschaften. In der Ära, die man »goldenes Zeitalter des geisteswissenschaftlichen Buchs« nennen kann (kritisch dazu Hagner 2015: 138 ff.), hat eine Vielfalt von Verlagen, von kleinen politisch-intellektuellen Projekten über Traditions- und Universitätsverlage bis zu großen Publikumsverlagen, tendenziell mehrere vorteilhafte Effekte gehabt: Statt eines nur akademischen Publikums sprachen die Verlage eine breite gebildete Öffentlichkeit an, sodass ihre Bücher und Zeitschriften *gut lesbar* sein mussten; statt bloß wissenschaftliche Funktionen zu erfüllen, spielten sie eine *politische und kulturelle* Rolle, sodass sie ein *inhaltliches Profil* hatten und kultiviert haben; in allen Feldern konnten ihre Lektorinnen schließlich *interessante, aber riskante* Bücher auf den Markt bringen, die durch die Publikumserfolge (sowie allerlei staatliche Zuschüsse) querfinanziert waren. Man kann die Ära, in der solche Vorteile aufblühten – in den führenden Wissenschaftssystemen des Westens etwa die 1950er bis 1980er Jahre –, mehr oder weniger leuchtend ausmalen, sie auf verschiedene Bedingungen zurückführen und sogar zweifeln, ob sich klar »angeben« lässt,

»wann und unter welchen Umständen dieses Zeitalter vorbei war. Diversifizierung, Ende des Wachstums, Abtritt einer Generation, sinkende Auflagenzahlen [...] – das sind alles große Begriffe, die aber nicht recht greifen, um die Veränderungen seit dem späten 20. Jahrhundert auf den Punkt zu bringen.« (Ebd.: 170)

Mit Sicherheit lässt sich jedoch sagen, dass weder das seither etablierte Journalsystem der Bibliotheken noch eine reine Open-Access-Welt im Sinn des Plan S geeignet sind, die umrissenen Vorteile wiederzubringen.

Für den Status quo wurden die Argumente bereits genannt: Der Konzentrationsprozess auf dem Verlagsmarkt konnte sich nur vollziehen, weil die großen Verlage die Zugangsgebühren für Zeitschriften zielstrebig gesteigert und die Bibliotheken im Gegenzug ihre Bücheretats gekürzt haben; diverse kleinere Verlage sind nach so und anderweitig bedingten Auflagen- und Subventionseinbußen an den Kosten der Digitalisierung gescheitert; in den laufenden nationalen Paketverhandlungen wird das resultierende Oligopol bereits vorausgesetzt. Ute Volkmann mag in ihrer hier erneut resümierten Analyse einige relevante Aspekte – etwa eine geisteswissenschaftliche Gründungsphase in den frühen 2000er Jahren, den jüngsten Mini-Boom soziologischer Zeitdiagnosen bei Publikumsverlagen wie Suhrkamp – nicht berücksichtigt haben. Ihrer Einschätzung, dass die Haupttendenzen »die bis dato für das Verlagsfeld kennzeichnende Heterogenität kleiner und mittlerer Verlage in Richtung größerer Verlage bzw. Verlagsgruppen und -konzerne« verschieben (Volkmann 2016: 373), ist jedoch definitiv zuzustimmen. Ein pluralistischer Verlagsmarkt wird sich daher kaum retten lassen, indem man Paywalls verteidigt oder befestigt.

Der Verlagspluralismus hat allerdings bislang auch keine Vorteile durch Open Access zu erhoffen. Mit nur wenigen Zusatzerwägungen lässt sich vielmehr ein Szenario zeichnen, das die etablierten Oligopole weiter stärkt: Die großen Verlage lassen sich Publikationen in ihren Flaggschiffen (weiterhin) teuer bezahlen, die großen Hochschulen, Forschungseinrichtungen und -verbände zahlen den Preis, um ihren Mitgliedern akademische Sichtbarkeit zu gewährleisten, kleinere Verlage verlieren weiter an Bedeutung, und alle Forschenden, die nicht durch finanzkräftige Institutionen unterstützt werden, verlieren den Zugang zur Fachöffentlichkeit. Steuergelder würden dabei wie bisher doppelt an die Großverlage fließen, und der nichtsubventionierte wissenschaftliche Büchermarkt würde sich noch stärker als bisher auf farblose Einführungen oder Lesestoff für materiell saturierte und intellektuell anspruchslose Bildungsbürgerinnen und -bürger verengen.

Die vorliegenden Strategien stellen in Aussicht, dass es nicht überall so schlimm kommen muss. Die kleineren Hochschulen und Forschungseinrichtungen können sich mit Plan S, größtenteils sogar mit DEAL, verhältnismäßig gut aufgehoben fühlen, da Publikationsgebühren aus zentralisierten Mitteln bezahlt werden sollen und sich die Beitragshöhe nach der Finanzkraft der Beteiligten richtet. Ein gutes Beitragsmaß ist die Anzahl der jährlich publizierten Open-Access-Artikel; Probleme hätten dann (in variablem, von der Beitragshöhe abhängigem Ausmaß) nur (kleinere) Einrichtungen zu erwarten, deren Publikationsvolumen rasch ansteigt. Einen schwierigen Stand hätten zudem Institutionen und Länder, die nicht an der Verbundlösung beteiligt sind, sodass nicht nur europäische, sondern globale Lösungen nötig wären, um nicht alte Nord-Süd-Gefälle zu erneuern.

Auf der Seite der kleineren beziehungsweise auch außerakademisch aktiven Verlage zeichnet sich demgegenüber gar keine Lösung ab. Und ob schließlich die Macht der Großverlage bestehen bleibt oder sogar zunimmt, hängt von genau einem Faktor ab: der Höhe der Publikationsgebühren. Hier entscheidet sich, ob das Bedürfnis nach exklusiver Reputation in lukrative Profite umgesetzt werden kann. Solange die im Plan S in Aussicht gestellte Gebührendeckelung nicht feststeht, ist daher offen, ob der Plan insgesamt die Oligopolisierung des Feldes befördert oder etwas an ihr zu ändern verspricht.

3. Vorschläge für ein sinnvolles Open-Access-System

Die Deckelung oder *Cost Cap* für Publikationsgebühren zwingt zu konkreten Aussagen. Es gilt, eine allgemein verbindliche Summe festzulegen, die den tatsächlich anfallenden Kosten angemessen ist. Die begleitende Forderung nach ›Transparenz‹ der Gebühren ist im zweiten Aspekt fast schon impliziert. Um zu wissen, welche Deckelung angemessen wäre, braucht man nachvollziehbare Angaben. Die mittlerweile verfügbaren Daten und Berechnungen machen die Differenzen zwischen faktisch erhobenen Gebühren, realistisch anzusetzenden Kosten und ausgehandelten Standards recht deutlich.

Der Durchschnittspreis für Open-Access-Publikationen bewegt sich nach Berechnungen aus den letzten Jahren um umgerechnet 1.500 € pro Artikel (Solomon, Björk 2016; Crawford 2019; Grossmann, Brembs 2019).⁴

⁴ Für diesen ungefähren Schätzwert wurden die mehrheitlich in US-Dollar angegebenen Durchschnittspreise umgerechnet; Berechnungen, die auch kostenlose Open-Access-

Die Preise unterscheiden sich »natürlich« massiv nach Fachgebiet und Zeitschriftentyp, und als handelsüblichen Preis angesehener Organe darf man eher Summen ab 2.000 € annehmen. Marktführer gehen gerne auch höher; in einem Überblicksbeitrag von 2013 wird die Chefherausgeberin der *Proceedings of the National Academy of Sciences* der USA mit einer Preisvorstellung von 3.700 US-\$ zitiert, während der Chefherausgeber von *Nature* für ein reines Open-Access-System 30.000 bis 40.000 US-\$ pro Beitrag ansetzt (Van Noorden 2013: 427). Bei solchen Summen darf man davon ausgehen, dass es nicht um Kosten geht, sondern um den (Monopol-)Preis, den man dem (Quasi-)Markt eben abverlangen kann.⁵ Um dagegen zu sehen, wie hoch die tatsächlichen Kosten liegen, muss man die einzelnen Komponenten digitaler Publikationen auflisten: Textakquise, Kommunikation, Redigat, Korrekturvorgänge, Layout und Satz, Einpflegung, Metadatenerfassung und Ähnliches. Die Verlage wollen solche Berechnungen bisher nicht offenlegen (vgl. den Beitrag von Cori Mackrodt), doch da viele der aufgeführten Arbeitsschritte auch separat angeboten werden, lassen sich detaillierte Modellrechnungen erstellen. Alexander Grossmann und Björn Brembs, die eine solche Berechnung für verschiedene Szenarien vorgelegt haben, kommen auf Artikelkosten zwischen unter 200 und maximal 1.000 US-\$ (in Zeitschriften mit wenigen Artikeln und einer Ablehnungsquote von 90 Prozent). Die Kosten eines durchschnittlichen Beitrags liegen ihrer Berechnung zufolge bei 400 US-\$. Sachlich bestünde also, selbst wenn man ordentliche Verlagsprofite zugesteht, kein Grund für Publikationsgebühren über 1.000 € pro Beitrag – und ganz gewiss keiner für die 2.000 € der DFG-Deckelung oder die Publish-and-Read-Gebühren von 2.750 € im Rahmen von DEAL. Auch die sparsamsten Richtlinien der Wissenschaftsorganisationen sehen mit anderen Worten vor, den Großverlagen für jeden Text in einer ihrer begehrten Zeitschriften 1.000 € und mehr zu schenken, mit denen diese ihre Anteilseigner zufriedenstellen und ihre Marktmacht weiter ausbauen können.

Die Schlüsse für einen Plan S, der die Fehlentwicklungen auf dem Markt wissenschaftlichen Publizierens nicht uneingeschränkt weiter befördert, liegen

Publikationen einbeziehen und derart den Durchschnittswert senken (Crawford 2019: 10), habe ich ausgeklammert.

⁵ Präziser beziehungsweise mit weiteren Bestimmungen des fraglichen Markts formuliert: »From the figures available, it is straightforward to hypothesize that publishers, by and large, determine their price structure according to what they estimate the market to be able to carry, i.e., with a value based (or prestige) pricing strategy in a market with status consumption« (Grossmann, Brembs 2019, Z89 ff.).

auf der Hand. Das Programm wird erst und nur dann Verbesserungen bringen, wenn die Kosten konkret und nicht übergroßzügig gedeckelt werden. 1.000 € pro Zeitschriftenbeitrag wären eine brauchbare (wenn auch immer noch sehr großzügige) Marke. In Verbindung mit Kostentransparenz wäre an wenigen, wesentlichen Stellen auch über zusätzliche Regelungen nachzudenken: an ein Fair-Trade-Siegel, das angemessene Löhne und vertretbare Arbeitsbedingungen in der gesamten Wertschöpfungskette der Verlage garantiert – auch für die Informatikerinnen in Indien und die Korrekturleser in Indonesien –, an die kostensparende Einbindung öffentlichen Personals bei bibliothekarischen Aufgaben wie Metadatenerfassung, an eine Öffnung und Umgestaltung von Begutachtungsprozessen, die den kommunikativen Aufwand von Redaktionen reduziert. Publikationsverfahren mit faktischen Kosten von 100 bis 200 € pro Artikel können in vielen Fällen wissenschaftlich hochwertiger sein als die etablierte Weise, teure Prestigestücke zu publizieren. Die Publikationsökologie, in der solche Möglichkeiten erprobt werden können, wird nicht allein den Typ der pro Beitrag bezahlten Verlagszeitschriften umfassen, der hier diskutiert wurde, sondern auch viele andere Zeitschriften und Publikationsforen, in variabler Kooperation öffentlicher und privater Akteure.

Das Pluralitätsproblem ist damit natürlich höchstens am Rand berührt (etwa bei innovativen Open-Access-Zeitschriften, die öffentliche Zuschüsse nutzen). Die Probleme der kleineren, mittleren und nicht ausschließlich akademischen Wissenschaftsverlage verlangen andere Lösungen. Nachsteuern könnte man zumal bei Monografien, für die im Plan S längere Fristen, nicht jedoch besondere Regelungen vorgesehen sind. Wenig spräche dagegen, den Verlagen hier eine Alternative zu eröffnen: ein den Zeitschriften äquivalentes Verfahren für Bücher, die ohnehin nur in Bibliotheken beziehungsweise Datenbanken stehen werden – und bisherigen Buchpublikationen ähnliche Lösungen für Werke, die auch für ein breiteres Publikum gedacht sind. Wann immer ein Verlag das für aussichtsreich hält, könnte er auf die sonst etablierten Standardgebühren verzichten und eine zugangsgeschützte Monografie zugleich den Bibliotheken und dem allgemeinen Publikum anbieten. Erstere könnten ihm für landesweite Zugangsrechte sogar eine festgelegte Auflage abnehmen, etwa 100 bis 200 realistisch bepreiste Exemplare, erst das Publikum würde aber ggf. für Gewinne sorgen – und damit indirekt dazu beitragen, dass die Verlage unrealistische Buchpreise von über 50 € vermeiden. Gemessen am Gesamtmarkt würde es in diesem Segment um kleine Summen gehen, für buchlastige und öffentlichkeitsfähige Wissen-

schaften von der Germanistik bis zur Soziologie könnten die hier erscheinenden Monografien aber einen erheblichen Unterschied machen. Im besten Fall geht es ja um die Kategorie *Dialektik der Aufklärung*, *Gender Trouble* oder *The Power Elite*.

Auch wenn solche Bücher erst einmal Vergangenheit sein sollten oder nicht wirklich durch neuere Zeitdiagnosen aufgewogen werden, bleibt zu hoffen und zu erwarten, dass sich an möglichst breiten Rändern des wissenschaftlichen Publizierens wieder ein experimenteller Geist ausbreitet, der mehr will, als es der Standard-Zeitschriftenartikel zulässt. Die digitalen Formate wären für neue, flexible und Kleinunternehmen offenstehende Formen eigentlich mehr als geeignet. Wenn die öffentliche Vernunft zudem so weit trägt, dass sich im Mainstream eine doppelte Monokultur von Verlagsoligopolen und Prestigeinstitutionen abwehren lässt, wäre an Geld und für den Geist viel gewonnen. Die Mittel soziologischer Aufklärung sollten in diesem Kampf unbedingt genutzt werden.

Tilman Reitz

Literatur

- Bodenschatz, E. 2019: »Plan S gefährdet die Freiheit der Wissenschaft.« Interview mit pro.physik.de – das Physikerportal. www.pro-physik.de/nachrichten/plan-s-gefaehrdet-die-freiheit-der-wissenschaft, letzter Aufruf 5. Januar 2020.
- cOAlition S 2019: Accelerating the transition to full and immediate Open Access to scientific publications. www.coalition-s.org/wp-content/uploads/PlanS_Principles_and_Implementation_310519.pdf, letzter Aufruf 6. Januar 2020.
- Crawford, W. 2019: Gold Open Access 2013–2018: Articles in Journals (GOA4). Livermore, CA: Cites & Insights Books. <https://waltcrawford.name/goa4.pdf>, letzter Aufruf 5. Januar 2020.
- Dobusch, L. 2016: Mit Open Access aus der Zeitschriftenkrise. MDW-Magazin 4. www.mdw.ac.at/magazin/index.php/2016/11/21/mit-open-access-aus-der-zeitschriftenkrise/, letzter Aufruf 6. Januar 2020.
- Grossmann, A., Brembs, B. 2019: Assessing the size of the affordability problem in scholarly publishing. PeerJ Preprints (27809v1). <https://doi.org/10.7287/peerj-preprints.27809v1>, letzter Aufruf 19. Dezember 2019.
- Hagner, M. 2015: Zur Sache des Buches. Göttingen: Wallstein.
- Larivière, V., Haustein, S., Mongeon, P. 2015: The oligopoly of academic publishers in the digital era. PLoS ONE 10(6): e0127502. doi:10.1371/journal.pone.0127502, letzter Aufruf 6. Januar 2020.

- Rifkin, J. 2014: *The zero marginal cost society. The internet of things, the collaborative commons, and the eclipse of capitalism*, New York: Palgrave Macmillan.
- Solomon, D., Björk, B.-C. 2016. Article processing charges for open access publication – the situation for research intensive universities in the USA and Canada. *PeerJ* (2264). <https://peerj.com/articles/2264/>, letzter Aufruf 6. Januar 2020.
- Van Noorden, R. 2013: Open access: The true cost of science publishing. *Nature News*, vol. 495, no. 7442, 426–429.
- Volkman, U. 2016: Soziologieverlage im Zeitalter der Digitalisierung. *SOZIOLOGIE*, 45. Jg., Heft 4, 371–387.

Traditionslinien der Frankfurter Soziologie

100 Jahre und mehr

Wolfgang Glatzer

An der Frankfurter Universität wurde im Jahr 2019 das hundertjährige Bestehen der ersten soziologischen Professur in Deutschland gefeiert. 1919 wurde die Professur für »Soziologie und theoretische Nationalökonomie« gestiftet und mit Franz Oppenheimer besetzt. Der Fachbereich Gesellschaftswissenschaften beging das Jubiläum der Gründung eines neuen Fachs mit Vortrags- und Festveranstaltungen. Auch in einer unkonventionellen Profession wie der Soziologie stellt die hundertjährige Existenz eine beachtenswerte Anerkennung dar. Die Universität Frankfurt konkurriert dabei mit der Universität zu Köln, die in den gleichen Monaten wie Frankfurt die Universitätsprofessur für »Wirtschaftliche Staatswissenschaft und für Soziologie« eingerichtet und mit Leopold von Wiese besetzt hat. Der Akzent in Frankfurt lag auf einer Universitätsprofessur, die auf Wunsch des Kandidaten die Bezeichnung »Soziologie und theoretische Nationalökonomie« erhielt. Die philosophische Anbindung der Frankfurter Soziologie hat sich erst später in der Weimarer Republik eingestellt. Das Jubiläum in Frankfurt konzentrierte sich darauf die Traditionslinien der Frankfurter Soziologie zu rekonstruieren.¹

¹ Mit den Frankfurter Traditionslinien befasste sich unter dem Moderator Claudius Härpfer ein Podium mit Beiträgen von Regina Becker-Schmidt, Ute Gerhard, Vera King, Max Miller, Ferdinand Sutterlüty sowie meinem hier vorliegenden Beitrag. Die Organisation der Festveranstaltung lag in den Händen von Heike Langholz. Auf das Jubiläum bezogene Gastreden erfolgten durch die Präsidentin der Goethe-Universität Birgitta Wolff, die Hessische Ministerin für Wissenschaft und Kunst Angela Dorn, die Frankfurter Kulturdezernentin Ina Hartwig sowie die Vorsitzende der DGS Birgit Blättel-Mink.

Die soziologischen Traditionslinien in Frankfurt sind freilich älter und die Soziologie wurde in unterschiedlichen Praxis- und Wissenschaftsfeldern vorbereitet. Die wohl wichtigste Traditionsstiftung für die Soziologie in Deutschland ergab sich 1910 als der Erste Deutsche Soziologentag in Frankfurt angesetzt wurde. Er hat inzwischen in mehr als hundert Jahren 35 Mal in verschiedenen Niederlassungen der Soziologie stattgefunden (Glatzer, Weiß 1990). Die jeweils publizierten Tagungsprotokolle zeigen, er war interessant, kontrovers, oft konflikthaft jedoch auch konventionell. Damit konnte sich eine Tradition entwickeln, die auch unter den streitbaren Soziologen Anerkennung fand. Sie wurde gestützt von der Satzung der Deutschen Gesellschaft für Soziologie, die 1909 in Berlin gegründet worden war (Dörk, Schnitzler, Wierzock 2019). Die DGS hat sich als eine Vereinigung zum Zweck der Förderung der soziologischen Erkenntnis durch Veranstaltung von wissenschaftlichen Untersuchungen und Erhebungen, der Veröffentlichung und Unterstützung rein wissenschaftlicher Arbeiten sowie der Organisation von periodisch stattfindenden deutschen Soziologentagen gegründet« (Weiß 2013: 958). Die Soziologentage waren schließlich über mehr als hundert Jahre das Schaufenster der Soziologie für die Profession und für die Öffentlichkeit.

Es gab zur Gründungszeit der DGS noch keine Universität in Frankfurt. Allerdings bestanden mit dem »Institut für Gemeinwohl«, der »Polytechnischen Gesellschaft« und insbesondere der »Akademie für Sozial- und Handelswissenschaften« mehrere Einrichtungen in einer hoch entwickelten sozialwissenschaftlichen Infrastruktur. Für die Frankfurter Konstellation wurde später der Begriff »Gelehrtenrepublik« gebraucht (Böhme 1999). Als professorale Wortführer auf dem Soziologiekongress traten Max Weber aus Heidelberg, Georg Simmel aus Berlin und Ferdinand Tönnies aus Kiel auf. Insbesondere das Pochen auf die Wertfreiheit der Soziologie durch Max Weber hat immer wieder zu Streit geführt. Frankfurter Sozialwissenschaftler waren an der damaligen Diskussion, die sich nicht zuletzt mit »Wegen und Zielen der Soziologie« befasste, eher wenig beteiligt.

Erstaunlicherweise verzeichnet das Tagungsprotokoll (Deutsche Gesellschaft für Soziologie 1911) mit Henriette Fürth eine frühe weibliche Soziologin mit markanten Diskussionsbeiträgen und darüber hinaus den Stadtverordneten Quark sowie einen weiteren Frankfurter Diskussionsteilnehmer. Der Soziologentag hat sich schließlich von Frankfurt ausgehend zu einer langfristigen Tradition entwickelt und wurde in Abhängigkeit von der gesellschaftlichen Entwicklung in Berlin (1913), Jena (1922) und Heidelberg

(1924) und weiteren Orten durchgeführt. Frankfurt und Berlin bilden in der hundertjährigen Tagungsgeschichte am häufigsten den Tagungsort der Soziologie. Die Tradition der Frankfurter Soziologie ist freilich älter als die Soziologentage und die Etablierung von sozialwissenschaftlichen Professuren an der Universität.

Die Vorläufer

Soziologische Ansätze waren schon vor der Einrichtung der ersten Universitätsprofessur in Frankfurt virulent. Ein Wegbahner der empirischen Sozialforschung ist der Frankfurter Sozialwissenschaftler *Gottlieb Schnapper-Arndt* (1846–1904). Es heißt, dass er durch das Lesen von Karl Marx' »Kapital« animiert wurde, eine Untersuchung der »schwierigen Lebensbedingungen« im hinteren Taunus vorzunehmen. 1883 erschien seine Dissertation »Hoher Taunus. Eine sozialstatistische Untersuchung in fünf Dorfgemeinden« (Schnapper-Arndt 1883). Sie stellt eine interessante innovative Kombination quantitativer und qualitativer Forschungsmethoden dar. Beispielsweise hat er schon damals Fragebogen eingesetzt und teilnehmende Beobachtung »der Menschen und ihres Lebens« betrieben. Schnapper-Arndt wurde 1905 an die Akademie für Sozial- und Handelswissenschaften in Frankfurt, den Vorläufer der Universität, berufen. Er setzte übrigens einen feministischen Akzent, indem er – was damals einmalig war – den Namen seiner Frau seinem eigenen Namen hinzufügen ließ. Schnapper-Arndts Studie wurde bis heute mehrfach aufgelegt und in ausführlichen Fernsehsendungen vorgestellt. Er hat eine Frankfurter Traditionslinie begründet, die immer noch Interessenten findet (Bohler 2001).

Vom gemeinsamen Gender- und Frauenforschungszentrum der hessischen Hochschulen (gFFZ) wird jährlich der »Henriette Fürth Preis« vergeben; damit wird die Frauenrechtlerin und Soziologin *Henriette Fürth* (1881–1938) geehrt. Sie wird als eine Pionierin der Soziologie angesehen und ist als erste Frau in die Deutsche Gesellschaft für Soziologie aufgenommen worden. Ihr Diskussionsbeitrag beim Ersten Soziologentag kann im Protokoll nachgelesen werden. Sie hat über Themen der Frauenemanzipation unter anderem die Berufstätigkeit der Frau, Wohnungsversorgung, Geschlechterziehung, sowie Themen des Judentums veröffentlicht (zum Beispiel Fürth 1902). Aufgrund ihrer Aktivitäten für die Frauenemanzipation hat sie Ehrungen der Stadt

Frankfurt und seiner Universität erhalten. Die von ihr eröffnete Traditionslinie in der Soziologie, die mit Frauenemanzipation und Sozialpolitik verbunden war, wird bis heute fortgeführt (Härpfer 2010).

Gottlieb Schnapper-Arndt und Henriette Fürth haben Traditionslinien der Soziologie eröffnet, die von sozialem Engagement getragen wurden und zweifellos noch heute Anerkennung finden.

1919: Die professionelle Etablierung der Soziologie

In der Zeit der Weimarer Republik hat sich die Frankfurter universitäre Soziologie etabliert und ist in der Zeit des Nationalsozialismus wieder ausgelöscht worden (Friedeburg 1999a). Grundlage der Etablierung war die Gründung der Frankfurter Universität mit einer bis dahin in Deutschland einmaligen »fünften Fakultät« für Wirtschafts- und Sozialwissenschaften. 1919 wurde der Berliner Arzt Franz Oppenheimer auf die »Professur für Soziologie und theoretische Nationalökonomie« an der 1914 gegründeten Universität berufen (Lichtblau, Taube 2013). Eine von Oppenheimer gewünschte enge Bindung an die Wirtschaftswissenschaften charakterisiert die Anfänge der Soziologie. Ansonsten orientierte sich sein Ansatz an den großen enzyklopädisch-universalistischen Systemen in der Soziologie.

Oppenheimer wird weitreichender praktischer Einfluss zugeschrieben. Der spätere Wirtschaftsminister Ludwig Erhard hat 1925 bei Franz Oppenheimer promoviert und wurde dann in seiner Regierungszeit als Wirtschaftsminister einer der Hauptbegründer der Marktwirtschaft in Deutschland. Ludwig Erhard zufolge hat Franz Oppenheimer das Wirtschaftssystem mitgeschaffen, welches die kapitalismuskritische Studentenbewegung später bekämpfte. Es wird berichtet, dass Erhard seinem Doktorvater Oppenheimer große Verdienste zusprach, was die Wertschätzung der Marktwirtschaft anbelangt (Haselbach 1989; Schefold 1989: 86). Ich zitiere Ludwig von Friedeburg: »Kein Gelehrter jener Zeit hat später durch seine Schüler, unter ihnen Ludwig Erhard, auf die Entwicklung der Bundesrepublik von der Währungsreform bis in die sechziger Jahre, einen derart großen Einfluss ausgeübt.« (1999b: 83) Oppenheimer selbst wird oft als Begründer eines »liberalen Sozialismus« und des »Dritten Weges« zwischen Liberalismus und Sozialismus gewürdigt. Beispielhaft ist sein Buch »Weder so noch so. Der dritte

Weg«, in dem er seinen Weg zwischen Kapitalismus und Sozialismus darstellt (Vogt 1999). Franz Oppenheimer lehrte von 1919 bis 1929 in Frankfurt und ist nach seiner Vertreibung 1943 in Los Angeles gestorben. 2007 waren mehrere jüngere Kollegen anwesend, als er, seinem frühen Wunsch entsprechend, auf den Südfriedhof in Frankfurt am Main umgebettet wurde (Haselbach 1989).

1925 bis 1933: Die Ausdifferenzierung der Soziologie

In der späteren Zeit der Weimarer Republik muss man die Soziologie in Frankfurt als zweigleisig zwischen ökonomischen Anbindungen und philosophischen Zuordnungen betrachten, was bis zur Gründung des Fachbereichs Gesellschaftswissenschaften im Jahr 1971 institutionell durchgehalten wurde. Zum Teil wurde sie an der wirtschaftswissenschaftlichen Fakultät im »Seminar für Gesellschaftslehre« angesiedelt zum anderen Teil in der philosophischen Fakultät am »Institut für Soziologie«.

Karl Mannheim übernahm 1929 die Frankfurter Professur für Soziologie und lehrte dort bis zu seiner Vertreibung 1933 (Fetscher 1999). Er war der herausragende Vertreter der Wissenssoziologie, in der das Wissen in Abhängigkeit von sozialen Kontexten betrachtet wurde. 1931 veröffentlichte er unter einer Vielzahl von ähnlichen Publikationen den Artikel »Wissenssoziologie« (Hofmann 1996). Er vertrat dabei einen totalen Ideologieverdacht, der von Adorno abgelehnt wurde. 1933 verließ er die Frankfurter Universität. Aufgrund des nationalsozialistischen Gesetzes zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums in Deutschland erhält Mannheim am 14. April 1933 eine berufliche Freistellung vom Amt und geht unmittelbar danach nach Amsterdam und am 24. Mai weiter nach London (Hofmann 1996). Er hat umgehend eine Professur an der *London School of Economics* erhalten, starb aber bereits früh im Jahr 1947. Die Wissenssoziologie hat sich als eigenständige Traditionslinie in und außerhalb Frankfurts erhalten.

Norbert Elias folgte Karl Mannheim 1930 bis 1933 als Assistent nach Frankfurt und beteiligte sich dort an Lehre und Forschung. Nach seiner Emigration in den dreißiger Jahren verfasste er die Studie »Der Prozess der Zivilisation«, die mit zeitlicher Verzögerung zu einem Welterfolg in der Soziologie wurde. Im Hinblick auf seine Vertreibung aus Frankfurt erinnert sich Elias an seine Auseinandersetzung mit dem nationalsozialistischen

Kommissar, der am Beginn der Diktaturperiode nach Frankfurt geschickt wurde. »Ich hatte zunächst noch die Schlüssel zum soziologischen Seminar. Dann wurde ich von einer Gruppe von zwei Uniformierten abgeholt, um ihnen die Schlüssel ordnungsgemäß zu übergeben. Ich tat das und wurde angewiesen die Seminarräume nicht mehr zu betreten« (Elias 1989). Nach etwas Zögern hat Elias dann ebenfalls 1933 Deutschland verlassen. Er hielt sich im Exil in Frankreich und England auf und übernahm schließlich eine Professur in Ghana. Von Mitte der 1960er Jahre lebte er bis zu seinem Tod 1990 in verschiedenen europäischen Ländern (Ritter, Glatzer 1999). Mit seiner Analyse des Zivilisationsprozesses erhielt er weltweite Anerkennung, die bis heute anhält. Elias und Mannheim haben markante Einzelwerke und damit zugleich Traditionslinien geschaffen, die nach der nationalsozialistischen Herrschaft weit über Frankfurt hinaus weitergeführt worden sind.

Im Kontext der Soziologie bei den Wirtschaftswissenschaften in Frankfurt gab es weitere Soziologen wie Gottlieb Salomon-Delatour. Er lehrte von 1925 bis 1933 in Frankfurt und gab das angesehene »Jahrbuch für Soziologie« heraus (Wagner 2010: 71 ff.).

Auf der Seite der philosophischen Fakultät erfolgten parallel zur wirtschafts- und sozialwissenschaftlichen Fakultät stärkere soziologische Aktivitäten. Dabei gab es durchaus sozialwissenschaftliche Vernetzungen. Zum Beispiel wird berichtet, dass Horkheimer bei Oppenheimer Lehrveranstaltungen besucht hat. Max Horkheimer wurde 1930 Direktor des Instituts für Sozialforschung, nachdem der erste Direktor Grünberg erkrankt war. Er entwickelte es bis zu seiner Schließung 1933 zu einer erfolgreichen kritischen Forschungsstätte. Frühzeitig erkannte er das bevorstehende nationalsozialistische Unheil und bereitete die Emigration des Instituts für Sozialforschung vor. »Über Genf und Paris geleitete er es nach New York an die Columbia University.« (von Friedeburg 1999b: 87). Horkheimer hat 1937 seinen Artikel »Traditionelle und kritische Theorie« publiziert, der bis heute eine der Grundlagen dafür ist, dass der Begriff »kritische Theorie« ein Faszinosum darstellt.

Theodor W. Adorno wird seit 1931 als Privatdozent genannt und gab am 8. Mai 1931 zum Thema »Die Aktualität der Philosophie« seine Antrittsvorlesung. Vor der nationalsozialistischen Herrschaft war er dann nur wenige Jahre an der Universität aktiv: »Meine Arbeit an der Universität hörte schon im Frühjahr 1933 auf, die *venia legendi* verlor ich im Herbst vorigen Jahres« (Adorno in Schütte 2003: 135). Er folgte schließlich Horkheimer in das amerikanische Exil. Nach seiner Rückkehr aus dem Exil vertrat Adorno

in der Zeit 1949/50 Horkheimer auf der Professur für Sozialphilosophie und erhielt schließlich 1957 die Professur für Philosophie und Soziologie. Die Rückkehr nach Deutschland war begleitet von einflussreichen Publikationen wie der »Dialektik der Aufklärung« (1947) »The Authoritarian Personality« (1950) sowie »Minima Moralia« (1952).

Die Zerstörung der beruflichen Existenz fand am Anfang der 30er Jahre bei vielen weiteren Wissenschaftlern (siehe Schefold 1989; Herrschaft, Lichtblau 2010: 509) insbesondere mit jüdischer Herkunft in ähnlicher Weise wie bei Adorno, Elias, Horkheimer und Mannheim statt. Dies hat zwar zu Unterbrechungen aber nicht zur Beendigung ihrer intellektuellen Wirksamkeit geführt. Traditionslinien wurden teilweise fortgeführt und neue sozialwissenschaftliche Ansätze wurden aufgetan. Fragt man, welcher Ansatz besondere Anerkennung gefunden hat, dann ist es gut, ausländische Kollegen die Antwort geben zu lassen. Die Publikation »The Founding Fathers of Social Science« (Raison 1979) nennt sechs deutsche Sozialwissenschaftler von Weltbedeutung: die gesellschaftskritischen Autoren Karl Marx und Friedrich Engels, die Gründungsväter der deutschen Soziologie Georg Simmel und Max Weber und – Frankfurt darf sich freuen – Karl Mannheim und Theodor W. Adorno. Beide haben sie die Welt-Soziologie beeindruckt.

Soziologentag 1946

Unmittelbar nach Kriegsende 1946 fand ein Soziologentag statt, der vom amerikanischen Universitätsoffizier in Hessen Hawthorne unterstützt wurde. Er war von Haus aus Soziologe und wurde kurz vor dem Kongress von Wegelagerern umgebracht. Der ehemalige Schriftführer Leopold von Wiese übernahm die Leitung der DGS. Man ließ den Soziologentag in Frankfurt ohne Frankfurter Beteiligung stattfinden, da Adorno und Horkheimer erst einige Jahre später zurückkehrten. Zwar war Heinz Saueremann, der in Berlin und Frankfurt tätig war, bei der Organisation beteiligt, er übernahm jedoch später als liberaler Ökonom eine Professur am Frankfurter Fachbereich Wirtschaftswissenschaften. Auf dem Soziologentag von 1946 wurde angestrebt, eine Aufarbeitung der nationalsozialistischen Vergangenheit vorzunehmen: »Die gegenwärtige Situation, soziologisch betrachtet« hieß der Beitrag von Leopold von Wiese (Deutsche Gesellschaft für Soziologie 1948). Es gab acht Vorträge, doch aus heutiger Sicht erscheinen uns diese mit einer

Ausnahme (Heinz Maus) als naiv und uneinsichtig. Leopold von Wiese führte die von ihm präferierte Soziologie der zwischenmenschlichen Beziehungen fort und kam zu der nebulösen Diagnose, dass wir mit dem Beginn des Ersten Weltkriegs in das Zeitalter einer allgemeinen Sklaverei eingetreten seien. »Erst der Zwölfte Deutsche Soziologentag 1954 in Heidelberg löste sich aus der Vergangenheitswirkung, wie sie 1946 in Frankfurt alles überschattete.« (Gerhard 2013b: 973)

Soziologentag 1968

Der Soziologentag 1968 fand auf dem Höhepunkt der Studentenrevolte in einer der damaligen großen Messehallen statt. Als Soziologiestudent, der kurz vor dem Vordiplom stand, war ich einer von mehreren Hundert. Die im Hintergrund stehende 68er Revolution erzeugte auch für den Kongress eine merkwürdige Spannung. Adorno, als unmittelbar vorhergehender Vorsitzender, trat als Organisator auf und hielt eine kapitalismuskritische Rede (Adorno 1969), in der er die Produktivkräfte mit der Industriegesellschaft und die Produktionsverhältnisse mit dem Spätkapitalismus in Beziehung setzte. Er wurde begleitet durch ein Kollektivreferat von fünf Frankfurter Kollegen aus dem Mittelbau: Joachim Bergmann, Gerhard Brandt, Klaus Körber, Ernst Theodor Mohl, Claus Offe, zum anspruchsvollen Thema »Herrschaft, Klassenverhältnis und Schichtung«. Der Vorsitzende Ralf Dahrendorf hielt eine Antwortrede, in der er die kritischen Theoretiker mit Fragen konfrontierte und ihnen die Beweislast für ihre Thesen übertrug. Die erregten Diskussionen führten zur tiefreichenden Entzweiung nicht nur zwischen den verschiedenen Traditionslinien, sondern auch im engeren Kreis der kritischen Theorie (Offe 2013: 983). Der 68er Soziologentag hinterließ einerseits ein aufgeregtes Protestpotential, andererseits soziologische Ratlosigkeit.

In der Zeit zwischen 1946 und 1971 hat sich die Soziologie weiterhin zweigleisig entwickelt und wurde teils in der Fakultät der Wirtschaftswissenschaften, teils in der philosophischen Fakultät gelehrt (Steinert 1989, Glatzer 1999). Dabei haben sich im Lauf der Zeit weit mehr Studenten in der philosophischen Fakultät eingeschrieben. Was den Besuch von Lehrveranstaltungen betraf, war die Trennung in philosophische und wirtschaftswissenschaftliche Soziologie bedeutungslos. An der wirtschaftswissenschaftlichen Fakultät konnte ich Lehrveranstaltungen bei Walter Rüegg, Friedrich H.

Tenbruck, seinem Nachfolger Wolfgang Zapf sowie Thomas Luckmann besuchen. An der philosophischen Fakultät habe ich Scheine von Theodor W. Adorno, Ludwig von Friedeburg und Jürgen Habermas sowie Gerhard Brandt erworben. Bei Adorno erfuhr ich als studentischer Neuling meinen Eignungstest in Soziologie: Gleich zu Beginn des Studiums nahm ich an einer Veranstaltung über Grundbegriffe der Soziologie teil und musste ein Referat über »Integration und Differenzierung bei Spencer« vor etwa 500 Teilnehmern halten. Vor und nach mir trugen Mitglieder aus dem Vorstand des SDS vor. Adorno hat mein Referat mit *sehr gut* bewertet und damit verantwortet, dass ich bei der Soziologie geblieben bin und später 1984 in Frankfurt zum Professor für Soziologie ernannt wurde.

Den Eindruck, dass die damaligen Professoren teilweise gemeinsamen Traditionslinien angehören, habe ich nie gehabt. Jeder hat seine Eigenständigkeit betont. Sie wurden schließlich weitgehend Mitglieder des großen Fachbereichs Gesellschaftswissenschaften, der 1971 etabliert wurde.

Soziologentag 1990

Mit dem Thema »Modernisierung moderner Gesellschaften« (Zapf 1990; Glatzer 1991) erfolgte der Anschluss an internationale Entwicklungsanalysen des sozialen Wandels. Die Kritik der frühen Modernisierungstheorien verband sich mit einer Konzeption der »weitergehenden Modernisierung«. Die Chancen der gesellschaftlichen Entwicklung erfuhren stärkere Betonung, die Krisen wurden als lösbar betrachtet. Die Nachkriegsgeneration der Frankfurter Soziologen und der 68er Soziologentag blieben weitgehend im Hintergrund. Adorno war bereits 1969 gestorben; von Friedeburg konzentrierte sich auf die Stadt Frankfurt und seine Soziologie; Habermas übernahm bei keinem der Frankfurter Soziologentage einen sichtbaren Beitrag. Er begründete seine Ablehnung in einem Brief an mich als dem lokalen Kongressorganisator, er »habe mit Erstaunen die Entfernung zwischen Soziologie und Philosophie festgestellt. Bedenken Sie bitte, dass ich mein professionelles Pensum inzwischen bei den Philosophen ableiste.« (Habermas 1989). Mit Jürgen Habermas hat sich eine Frankfurter Traditionslinie explizit von der Soziologie getrennt, aber einer freundlichen Beziehung steht dies sicherlich nicht entgegen.

Eine jüngere Frankfurter Wissenschaftlergeneration war nachgerückt und prägte das Bild des Soziologentags mit. Zum Beispiel sind Ute Gerhard, Karl Otto Hondrich und Wilhelm Schumm als markante Vortragende aufgetreten (Glatzer 2013). Von den Frankfurter KollegInnen wurden 19 Vorträge gehalten. Insgesamt hat sich der 25. Deutsche Soziologentag zu einer Großveranstaltung mit einer starken medialen Resonanz entwickelt.

35. Kongress der Soziologie 2010

100 Jahre nach dem ersten Soziologentag 1910 fand der 35. Kongress der Soziologie im Jahr 2010 statt – zum fünften Mal in Frankfurt (Soeffner 2013). Anstatt »Soziologentag« war er zuvor geschlechtsneutral in »Kongress der Deutschen Gesellschaft für Soziologie« umbenannt worden. Er hatte unvorhergesehene Dimensionen angenommen: 830 Teilnehmer und Teilnehmerinnen mit 300 Vorträgen sind in den Tagungsbänden verzeichnet und sie umfassen 1.330 Seiten zuzüglich einer CD-ROM. Demgegenüber betrug der Tagungsband von 1910 noch 330 Seiten. Der Titel »Transnationale Vergesellschaftungen« nahm ein historisch neues Phänomen in der sich entwickelnden Globalisierung auf. Zahlreiche Frankfurter SoziologInnen trugen zu den Vorträgen bei und bestätigten damit die Steigerung der Frankfurter Soziologie. Am Fachbereich Gesellschaftswissenschaft hatte nicht zuletzt die Frauenförderung Erfolge gezeitigt, die in der zunehmenden Zahl von KollegInnen ihren Ausdruck fand: Ursula Apitzsch, Ute Gerhard, Helma Lutz, Kira Kosnick und andere. Ute Gerhard (2013a) hat auf dem Kongress die feministischen Perspektiven in der Soziologie thematisiert.

Ausblick

Insgesamt gewinnt man den Eindruck, dass es kaum ein gesellschaftliches Problem gibt, das sich nicht soziologisch thematisieren lässt. Insofern kann man darauf vertrauen, dass die Soziologie lange wachsen und neue Themenbereiche erschließen wird. Aber der Blick zurück ist nicht ohne Herausforderung. Ludwig von Friedeburg bringt zum Ausdruck, dass die Soziologie nach ihrer Frankfurter Heimkehr auf alte Traditionslinien zurückgekehrt ist.

»Damit begann die Soziologie in Frankfurt wieder den Anspruch zu vertreten, den sie am Beginn der 20er Jahre in beiden Fakultäten ausgezeichnet hatte, kritische gesamtgesellschaftliche Reflexion und von ihr angeleitete empirische Forschung.« (von Friedeburg 1999b: 92)

Es bildete sich allerdings keine homogene Frankfurter Soziologie-Tradition, vielmehr gab es eine vielfältige Mischung von verschiedenen Traditionslinien und von markanten einzelnen Wissenschaftlern, die teils durch Bindungen an die Philosophie und teils durch Bindungen an die Wirtschaftswissenschaften gekennzeichnet waren. Die Frankfurter Soziologie war eine interessante sozialwissenschaftliche Begleitung für das 20. Jahrhundert und hat durch ihre Traditionen Grundlagen für die Thematisierung des 21. Jahrhunderts gelegt.

Literatur

- Adorno, T.W. (Hg.) 1969: Spätkapitalismus oder Industriegesellschaft. Verhandlungen des 16. Deutschen Soziologentages. Stuttgart: Ferdinand Enke.
- Böhme, G. (Hg.) 1999: Die Frankfurter Gelehrtenrepublik, Leben, Wirkung und Bedeutung Frankfurter Wissenschaftler. Idstein: Schulz-Kirchner.
- Bohler, K.F. 2001: Eine Gewerbelandschaft im Hohen Taunus. In G. Vonderach (Hg.), *Landbewohner im Blick der Sozialforschung: bemerkenswerte empirische Studien in der Geschichte der Land- und Agrarsoziologie*. Münster: Lit, 43–53.
- Deutsche Gesellschaft für Soziologie (Hg.) 1911: Verhandlungen des Ersten Deutschen Soziologentages vom 19.–22. Oktober 1910 in Frankfurt am Main. Tübingen: Mohr (Siebeck).
- Deutsche Gesellschaft für Soziologie (Hg.) 1948: Verhandlungen des Achten Deutschen Soziologentages vom 19.–21. September 1946 in Frankfurt am Main. Tübingen: Mohr (Siebeck).
- Dörk, U. Schnitzler, S. Wierzock, A. 2019: Die Gründung der Deutschen Gesellschaft für Soziologie vor 100 Jahren. *SOZIOLOGIE*, 48. Jg., Heft 3, 309–316.
- Fetscher, I. 1999: Karl Mannheim – ein bürgerlicher Marxist. In G. Böhme, *Die Frankfurter Gelehrtenrepublik. Leben, Wirkung und Bedeutung Frankfurter Wissenschaftler*. Idstein: Schulz-Kirchner, 175–200.
- Fürth, H. 1902: *Die Fabrikarbeit verheirateter Frauen*. Frankfurt am Main: Schriften des sozialwissenschaftlichen Vereins in Berlin.

- Gerhard, U. 2013a: Feministische Perspektiven in der Soziologie: verschüttete Perspektiven und kritische Interventionen. In H.G. Soeffner (Hg.), *Transnationale Vergesellschaftungen. Verhandlungen des 35. Kongresses der Deutschen Gesellschaft für Soziologie in Frankfurt am Main 2010*. Wiesbaden: Springer VS, 757–774.
- Gerhard, U. 2013b: Soziologentag 1946. In H.G. Soeffner (Hg.), *Transnationale Vergesellschaftungen. Verhandlungen des 35. Kongresses der Deutschen Gesellschaft für Soziologie in Frankfurt am Main 2010*. Wiesbaden: Springer VS, 965–976.
- Glatzer, W. (Hg.) 1991: *Die Modernisierung moderner Gesellschaften*. Opladen: Westdeutscher Verlag.
- Glatzer, W. (Hg.) 1999: *Ansichten der Gesellschaft. Frankfurter Beiträge aus Soziologie und Politikwissenschaft*. Opladen: Leske + Budrich.
- Glatzer, W. 2013: Wiedervereinigung und Modernisierung. Der 25. Deutsche Soziologentag 1990. Eine Retrospektive. In H.G. Soeffner (Hg.), *Transnationale Vergesellschaftungen. Verhandlungen des 35. Kongresses der Deutschen Gesellschaft für Soziologie in Frankfurt am Main 2010*. Wiesbaden: Springer VS, 985–992.
- Glatzer, W., Weiß, B. 1990: Die Soziologentage in Frankfurt seit 1910. In W. Zapf (Hg.), *Die Modernisierung moderner Gesellschaften. Verhandlungen des 25. Deutschen Soziologentages in Frankfurt am Main 1990*. Frankfurt am Main: Campus.
- Habermas, J. 1989: Brief an Wolfgang Glatzer vom 7. Dezember 1989. Frankfurt am Main.
- Häpfler, C. 2010: Henriette Fürth und das sozialwissenschaftliche Milieu vor der Universitätsgründung. In F. Herrschaft, K. Lichtblau (Hg.), *Soziologie in Frankfurt – Eine Zwischenbilanz*. Wiesbaden: Springer VS, 39–54.
- Haselbach, D. 1989: Franz Oppenheimer. In H. Steinert (Hg.), *Die (mindestens) zwei Sozialwissenschaften in Frankfurt und ihre Geschichte*. Frankfurt am Main: Studententexte zur Sozialwissenschaft, 55–71.
- Herrschaft, F., Lichtblau, K. (Hg.) 2010: *Soziologie in Frankfurt – Eine Zwischenbilanz*. Wiesbaden: Springer VS.
- Hofmann, W. 1996: *Karl Mannheim*. Hamburg: Junius.
- Lichtblau, K., Taube, P. 2013: Franz Oppenheimer und der erste Lehrstuhl für Soziologie an der Universität Frankfurt. In H.G. Soeffner (Hg.), *Transnationale Vergesellschaftungen. Verhandlungen des 35. Kongresses der Deutschen Gesellschaft für Soziologie in Frankfurt am Main 2010*. Wiesbaden: Springer VS, 949–963.
- Offe, C. 2013: Akademische Soziologie und politischer Protest. Der Frankfurter Soziologentag 1968. In H.G. Soeffner (Hg.), *Transnationale Vergesellschaftungen. Verhandlungen des 35. Kongresses der Deutschen Gesellschaft für Soziologie in Frankfurt am Main 2010*. Wiesbaden: Springer VS, 977–984.
- Raison, T. (ed.) 1979: *The Founding Fathers of Social Science*. London: Scolar Press.

- Ritter, J., Glatzer, W. 1999: Norbert Elias und der unendliche Prozess der Zivilisation. In G. Böhme, *Die Frankfurter Gelehrtenrepublik. Leben, Wirkung und Bedeutung Frankfurter Wissenschaftler*. Idstein: Schulz-Kirchner, 101–124.
- Schefold, B. (Hg.) 1989: *Wirtschafts- und Sozialwissenschaftler in Frankfurt am Main*. Marburg: Metropolis.
- Schnapper-Arndt, G. 1883: *Fünf Dorfgemeinden auf dem Hohen Taunus. Eine sozialstatistische Untersuchung über Kleinbauerntum, Hausindustrie und Volksleben*. Leipzig: Duncker & Humblot.
- Schütte, W. 2003: *Adorno in Frankfurt*. Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Soeffner, H.G. (Hg.) 2013: *Transnationale Vergesellschaftungen. Verhandlungen des 35. Kongresses der Deutschen Gesellschaft für Soziologie in Frankfurt am Main 2010*. Wiesbaden: Springer VS.
- Steinert, H. (Hg.) 1989: *Die (mindestens) zwei Sozialwissenschaften in Frankfurt und ihre Geschichte*. Frankfurt am Main: Studentexte zur Sozialwissenschaft.
- Vogt, B. 1999: Franz Oppenheimer – Wissenschaft und Ethik des liberalen Sozialismus. In G. Böhme (Hg.), *Die Frankfurter Gelehrtenrepublik. Leben, Wirkung und Bedeutung Frankfurter Wissenschaftler*. Idstein: Schulz-Kirchner, 163–174.
- von Friedeburg, L. 1999a: Anfänge und Wiederbeginn der Soziologie in Frankfurt am Main. In W. Glatzer (Hg.), *Ansichten der Gesellschaft*. Opladen: Leske + Budrich, 15–27.
- von Friedeburg L. 1999b: Max Horkheimer und das Institut für Sozialforschung. In G. Böhme, *Die Frankfurter Gelehrtenrepublik. Leben, Wirkung und Bedeutung Frankfurter Wissenschaftler*. Idstein: Schulz-Kirchner, 81–100.
- Wagner, T. 2010: Gottfried Salomon-Delatour – Ein kosmopolitischer Soziologe der älteren Generation. In F. Herrschaft, K. Lichtblau (Hg.), *Soziologie in Frankfurt – Eine Zwischenbilanz*. Wiesbaden: Springer VS, 71–84.
- Weiß, J. 2013: Ein bestimmender Anfang. Zum Ersten Deutschen Soziologentag, Frankfurt 1910. In H.G. Soeffner (Hg.), *Transnationale Vergesellschaftungen. Verhandlungen des 35. Kongresses der Deutschen Gesellschaft für Soziologie in Frankfurt am Main 2010*. Wiesbaden: Springer VS, 949–963.
- Zapf, W. (Hg.) 1990: *Die Modernisierung moderner Gesellschaften. Verhandlungen des 25. Deutschen Soziologentages in Frankfurt am Main 1990*. Frankfurt am Main: Campus.

Die Verbindung von Crowd Science und Online-Lehre

Reflexionen aus dem Projekt »Datenspuren«

*Isabell Stamm, Michael Weinhardt, Marie Gutzeit,
Matthias Bottel, Johannes Lindenau, Steffen Heth*

1. Einleitung: Crowd Science mit didaktischem Anspruch

Die Digitalisierung ist seit ihren Anfängen mit dem Postulat verbunden, sie würde neue Formen der gesellschaftlichen Partizipation ermöglichen und damit letztlich zu einer Demokratisierung aller möglichen Aspekte unseres sozialen Zusammenlebens beitragen (Dickel, Franzen 2016; Marres 2018). Empirisch realisierte sich dies allerdings nicht, sondern es zeigte sich vielmehr, dass die Etablierung digitaler Infrastrukturen zu einer graduellen Ausweitung der Zurückverfolgbarkeit, Analysierbarkeit und Manipulierbarkeit von Teilhabe führte (Marres 2018: 158). Während sich also das kulturelle und politische Ideal nicht realisierte, änderten sich doch die konkreten Ausgestaltungen von Partizipationsmöglichkeiten (Marres 2018: 158).

Jene Änderungen wirken auf das Feld der Wissenschaft im Allgemeinen und der Soziologie im Speziellen ein und führen etwa zu der Frage »Brauchen wir eine Soziologie des Digitalen?« (Philipps 2017) und der damit verbundenen Forderung einer »Digital Sociology« (Marres 2018). Die neuen Partizipationsmodi sind dabei in zweierlei Weise für die soziologische Forschung relevant: Zum einen fallen hierdurch neue Daten über die Partizipation von Individuen in Gesellschaften an, zum anderen eröffnen sich durchaus neue Möglichkeiten für die Teilhabe an der Erkenntnisproduktion über

Gesellschaften¹ (Marres 2018: 159). Ein spezifischer Modus dieser Erkenntnisproduktion wird als *Crowd Sourcing*, *Citizen Science* oder *Crowd Science* bezeichnet, im Folgenden sprechen wir von *Crowd Science*. Folgt man Franzoni und Sauermann (2014) so zeichnen sich Crowd-Science-Verfahren üblicherweise durch zwei Charakteristika aus: Die Teilhabe an einem entsprechenden Projekt steht einer großen Anzahl an möglichen Teilnehmenden offen und intermediäre Inputs, wie etwa Daten oder Codierungen, werden diesen Teilnehmenden zur Bearbeitung zugänglich gemacht. Bekannte Beispiele für solche Crowd-Science-Ansätze finden sich überwiegend in den Naturwissenschaften, zum Beispiel »Foldit« oder »Galaxy Zoo«. Aber auch in den Digital Humanities wurde dieses Verfahren bereits mehrfach angewandt (Dickel, Franzen 2016; Franzoni, Sauermann 2014).

Aktuelle Crowd-Science-Verfahren rücken vor allem einen logistischen Aspekt der Teilhabe in den Vordergrund: So wird über eine digitale Plattform die Teilhabe an Wissenschaft organisiert und eröffnet damit neue Dimensionen der Skalierbarkeit und Reichweite. Von Teilnehmenden wird erwartet, dass sie vordefinierte Wissensaufgaben übernehmen, deren Inhalt und Horizont der Problemlösung zuvor von einem wissenschaftlichen Forschungsteam abgesteckt wurden (Dickel, Franzen 2016). Insofern werden sie als wissende Subjekte verstanden, aber von ihnen wird nicht erwartet, einen aktiven epistemischen Beitrag zum Erkenntnisgewinn zu leisten (Hackley 2013). Die Teilnehmenden werden also als Forschungsarbeitende integriert, aber weniger als Autoren neuen Wissens (Marres 2018: 168). Insgesamt können Crowd-Science-Verfahren dazu beitragen, bisher schwer erreichbare Wissensbestände zugänglich und bearbeitbar zu machen. Die Möglichkeit, an aktueller Forschung direkt teilzuhaben, wirkt sich dabei motivierend aus (Franzoni, Sauermann 2014: 11 ff.). Crowd-Science-Verfahren bergen gleichsam organisatorische und technische Herausforderungen in sich, da es gilt, die entsprechenden Projekte und teilnahmewilligen Personen zusammenzuführen und diese Personen zu motivieren, Aufgaben zu definieren und die Beiträge der Teilnehmenden zu integrieren (Franzoni, Sauermann 2014: 13ff; Scheliga et al. 2018).

Eher weniger beachtet ist bislang, dass die Teilnahme an einem Crowd-Science-Projekt eine wertvolle Lernerfahrung darstellen kann (Vallabh et al.

¹ Diese Modi können unterschiedlich ausgestaltet sein und reichen dabei von der Ansprache der Gesellschaft als Adressaten der Forschung, über eingegrenzte Angebote der Teilnahme an Forschung – die sich etwa unter Begriffen wie Citizen Science oder Crowd Science verbergen – bis hin zu neuen experimentellen epistemischen Modi (Marres 2018: 168 ff.).

2016). Diese beschränkt sich nicht nur auf den zu erforschenden Gegenstand, sondern erstreckt sich auch auf die Erfahrung einer Mitwirkung am Forschungsprozess an sich. Die Teilnehmenden erhalten Einblick in eine vorformulierte Forschungsfrage, das ausgewählte Datenmaterial, die Art und Weise der Datenerhebung, die Güte und Qualität der Daten, die Aufbereitung des Materials und zum Teil auch die erzielten Ergebnisse. Teilhabe an der wissenschaftlichen Erkenntnisproduktion in Form von Crowd Science beinhaltet also einen didaktischen Aspekt. Wir schlagen vor, dass dieser Aspekt durch eine entsprechende Rahmung ausgebaut werden kann und auf diese Weise Lerneffekte gesteigert werden könnten. Für eine solche didaktische Rahmung von Crowd Science bietet sich intuitiv ein Online-Lehrformat an (Kergel, Heidkamp 2016; Welz 2008). Teilnehmende erhalten online eine Lehreinheit, die sie auf die Lernerfahrung vorbereitet, sie für den Forschungsprozess und seinen Kontext sensibilisiert und für die anstehende Aufgabe qualifiziert. Eine solche Online-Lehreinheit erlaubt es – zumindest theoretisch – den inhärenten Anspruch an Skalierbarkeit aufrechtzuerhalten, und fügt sich in die entsprechende digitale Plattformumgebung ein.

Durch die Kopplung von Crowd Science und Online-Lehre entsteht eine spezifische Spielart der Partizipation an wissenschaftlicher Erkenntnisproduktion, die wir als Crowd Science mit didaktischem Anspruch bezeichnen. Die Teilnehmenden sind Lernende, die über eine digitale Infrastruktur Wissenseinheiten zeitlich und örtlich flexibel konsumieren (Kepser 2010), sich dadurch qualifizieren und sich dann selbständig im Internet im Forschungsauftrag bewegen. Sie formen eine Online-Gemeinschaft, die den Forschungsprozess vorantreibt und sich über das Internet austauschen kann. Die Lehrenden werden zu Anbietenden der digitalen Wissenseinheiten, zu Bereitstellenden der Themen und Suchaufträge, sie werden zu Ansprechpersonen der Online-Gemeinschaft und moderieren diese. Dabei stellen sich die Fragen des Zuschnitts einer Aufgabe und der Organisation der Teilhabe unter anderen Vorzeichen, da es nun gilt, eine Passung zwischen Lehreinheit und Forschungsaufgabe herzustellen, sehr unterschiedliche Motivationen zu integrieren und schließlich das Lern- und Forschungsangebot technisch zu realisieren. Im besten Fall können dadurch die positiven Effekte von Crowd Science um erzielte Lerneffekte ergänzt werden und Teilnehmende von der Erfahrung angewandter Forschung profitieren. Im schlechteren Falle fühlen sich Teilnehmende durch den zusätzlichen Lernaufwand überstrapaziert und es entsteht ein Gefühl der Ausbeutung, vor allem wenn das eigene Interesse und der Lernerfolg die abverlangte Mitarbeit nicht aufwiegen (Euler 2005).

Crowd Science mit didaktischem Anspruch stellt im Hochschulkontext eine digitale Variante forschenden Lernens dar; so wird ein didaktisches Format bezeichnet, in dem sich Studierende selbst aktiv in eine forschende Situation begeben sollen (Euler 2005). Es eröffnet damit eben nicht nur für die Forschung neue Optionen, sondern auch für die Lehre. Forschendes Lernen zielt darauf ab, wissenschaftliche Neugier, Reflexionsfähigkeit und methodisch-analytisches Denken der Studierenden zu wecken und zu schulen (Huber 2014). Diese digitale Variante des forschenden Lernens lässt sich flexibel in unterschiedliche Veranstaltungsformate integrieren und könnte damit zusätzlich neben der verbreiteten Form der ein- oder mehrsemestrigen Lehrforschungsprojekten (Kühl 2009) in der Lehre verankert werden. Denn gerade in der soziologischen Hochschullehre ist der Anspruch weit verbreitet, dass Studierende ein tiefgehendes Verständnis des Forschungsprozesses erlangen sollen.

In unserem Projekt »Datenspuren« haben wir eben diese Kopplung von Crowd Science und Online-Lehre gewagt. Konkret haben wir eine Plattform entwickelt, auf der Studierende im Umgang mit digitalen Daten geschult wurden und sich anschließend im Forschungsauftrag mit diesen auseinandersetzen. Dabei war die Aufgabe an ein laufendes Forschungsprojekt gebunden, zu dem die Studierenden im Sinne von Crowd Science aktiv beitrugen.

Im Folgenden nutzen wir unsere Erfahrungen aus dem Projekt »Datenspuren« als empirischen Fall, um über die Verbindung von Crowd Science und Online-Lehre und ihre Tragfähigkeit in der Soziologie zu reflektieren. Trotz großer Hürden und dem letztendlich ausbleibenden Erfolg unseres Vorhabens im Sinne einer geringen Teilnehmerzahl, halten wir Crowd Science mit didaktischem Anspruch unter bestimmten Bedingungen für aussichtsreich. Wir benennen diese Bedingungen und geben Hinweise auf zentrale Entscheidungen, die in der Anlage einer solchen digitalen Variante des forschenden Lernens notwendig werden. Im nächsten Abschnitt bieten wir einen kurzen Abriss der Chronologie des Projektes »Datenspuren«, um unsere empirische Grundlage für die sich anschließende Diskussion einer Verbindung von Crowd Science und Online-Lehre darzulegen.²

² Wir hoffen, dass zukünftige Anwendungen von unseren Erfahrungen profitieren können und stellen deshalb auf unserer Webseite www.datenkunde.org einen ausführlichen Projektbericht, unsere Plattform als Anschauungsobjekt sowie die entstandenen Lehrvideos zur Verfügung. Letztere können nach Rücksprache gerne in der Lehre eingesetzt werden.

2. Das Projekt »Datenspuren«

Das Projekt »Datenspuren« haben wir im Zuge der Forschungsgruppe »Entrepreneurial Group Dynamics« von 2017 bis 2019 durchgeführt. Die Idee dafür entstand schon einige Jahre zuvor und stellte eine potenzielle Lösung für ein forschungspragmatisches Problem dar: Es sollten Informationen über Unternehmerinnen und Unternehmer aus verschiedenen, öffentlich und online verfügbaren Quellen (zum Beispiel Firmenwebseiten, Zeitungsartikel, Social Media, Registerdaten) recherchiert und zu einem robusten Datensatz zusammengeführt werden. Dies gelingt auch in Zeiten computergestützter Verfahren aufgrund nicht standardisierter Formate und der Interpretationsbedürftigkeit der Daten nur eingeschränkt. Diese relativ voraussetzungsreiche Aufgabe sollte deshalb mittels eines Crowd-Science-Ansatzes umgesetzt werden. Diese Aufgabe eignet sich aber gleichzeitig dazu, für die Besonderheiten digitaler, prozessproduzierter Daten zu sensibilisieren, über ihre Güte und Nutzbarkeit für sozialwissenschaftliche Forschung zu reflektieren und Recherchetechniken zu erlernen. So haben wir Studierende der Sozialwissenschaften als »Crowd« für diese Aufgabe identifiziert und Crowd Science mit didaktischem Anspruch zum Gegenstand eines eigenen Projektes gemacht, das explorativ Crowd Science als eine Form digitalen, forschenden Lernens austesten sollte.

Anfang 2017 haben wir uns zunächst intensiv mit der Ergiebigkeit und Reliabilität unterschiedlicher digitaler, prozessproduzierter Daten beschäftigt. Im Rahmen einer Pilotstudie konnten wir anhand von Fallbeispielen erproben, inwiefern die Nutzung sehr verschiedener Quellen und Datenformate für unsere Fallrecherche zuträglich war. Wir haben mit unterschiedlichen Zugangswegen und Recherchetechniken experimentiert und Experten für Datenschutzrecht und forschungsethische Leitlinien konsultiert. Parallel dazu haben wir Seminare zu »Prozessproduzierten Daten« angeboten und uns darin gemeinsam mit Studierenden kritisch mit den Datenarten, ihren Kontexten und Eignungen für die Forschung auseinandergesetzt. Im Zuge dessen haben wir die Studierenden über unsere Ambitionen informiert, eine eigene Plattform für die Verbindung von Crowd Science und Online-Lehre zu schaffen, und mit ihnen erste Rechercheaufgaben bearbeitet. Das studentische Feedback war für den finalen Zuschnitt der Aufgabe zentral. Anfang 2018 haben wir dann die Entwicklung und Produktion einer videobasierten Lehrinheit vorangetrieben, die sich insgesamt als sehr aufwändig erwies. Für die am Ende 45 Minuten umfassenden sieben Videos

sind mehrere Monate an Zeit in das Verfassen eines Skriptes, die Gestaltung, Produktion und Aufbereitung der Videos geflossen. Parallel dazu haben wir die technischen Grundlagen für unsere Crowd-Science-Plattform geschaffen. Für unser Vorhaben gab es keine bestehende Plattformlösung, mit der Lehrvideos integriert, Aufgaben zufällig zugewiesen und Informationen eingegeben werden konnten. Deshalb haben wir in einem langwierigen Prozess eine Befragungs-Software für Online-Panels eingesetzt, angepasst und eine mehrstufige Webseite als Benutzeroberfläche entwickelt. Eine funktionsfähige Plattform stand im Sommer 2018 zur Verfügung, die wir anschließend im Rahmen einer Fokusgruppe evaluiert, überarbeitet und mit einer weiteren Fokusgruppe erneut getestet haben.

Letztendlich gestaltete sich unser Crowd Science mit didaktischem Anspruch wie folgt: Studierende konnten sich auf einer eigens erstellten Webseite über das Projekt informieren und sich bei Interesse registrieren. Es folgte eine 45-minütige videobasierte Online-Lehreinheit über digitale prozessproduzierte Daten. Anschließend wählten die Studierenden einen Recherchefall aus und erhielten die Informationen zu den Namen von Personen, die gemeinsam ein Unternehmen gegründet haben. Aufgabe war es, die sozialen Beziehungen zwischen diesen Personen auf der Firmenwebseite und in Zeitungsartikeln zu recherchieren. Die gefundenen Quellen und Informationen sollten in eine entsprechende Eingabemaske eingepflegt werden. Organisiert als Wettbewerb, erhielten sie dafür Punkte. Die Studierenden mit den meisten Punkten gewannen nach Platzierung gestaffelte Geldpreise, wobei insgesamt 3.000 € ausgeschüttet wurden und der erste Platz im Einzelwettbewerb mit 300 € dotiert war.

Die Werbung für unser Crowd Science mit didaktischem Anspruch begann im Herbst 2018 mit einem Projekt-Stand auf dem DGS-Kongress in Göttingen. Dort konnten sich Lehrende und Studierende über das Projekt informieren und die Plattform direkt an einem Laptop ausprobieren. Im Anschluss wurden rund 150 Lehrstühle im Bereich der empirischen Methoden in der Soziologie und der betriebswirtschaftlichen Entrepreneurship-Forschung postalisch angeschrieben. Es folgten zwei Nachfass-Aktionen – per E-Mail und telefonisch –, in denen wir unser Projekt erläuterten. Parallel wurden über die TU Berlin und Multiplikatoren Pressemitteilungen und Newsfeeds für die sozialen Medien verbreitet. An vier Berliner Hochschulen haben wir das Projekt zudem persönlich in Lehrveranstaltungen vorgestellt. Darüber hinaus haben wir Gespräche mit Lehrenden geführt, die großes Interesse signalisiert hatten, den Kurs in ihre Lehre zu integrieren. Für die

direkte Ansprache von Studierenden haben wir außerdem Flyer und Poster an Berliner Universitäten und Hochschulen verteilt bzw. aufgehängt. Zudem posteten wir entsprechende Beiträge auf unserer eigenen facebook-Seite und teilten diese bundesweit in facebook-Gruppen einschlägiger Fachrichtungen von Hochschulen und Universitäten. Wir schalteten Anzeigen auf facebook, posteten eine Story auf dem Instagram-Account der TU Berlin und versuchten auch, Studierende über geeignete Fachschaftsverteiler zu erreichen.

Lehrende und Studierende konnten in zwei Phasen von Januar bis März und von Mai bis Juli 2019 mitmachen. Nach der Online-Lehreinheit konnten Studierende jeweils für zwei Wochen Rechercheaufgaben übernehmen, also Informationen für unseren Datensatz und Punkte für den Wettbewerb sammeln. Lehrende an zwölf Hochschulen und Universitäten erklärten sich bereit, in ihren Veranstaltungen auf unser Projekt hinzuweisen, aber nur eine Person hat das Projekt direkt in ihre Lehrveranstaltung integriert. In anderen Fällen hat sich die Integration aufgrund bürokratischer und zeitlicher Engpässe nicht realisieren lassen. Im Verlauf der ersten Phase registrierten sich insgesamt 44 Studierende, von denen zwölf die Online-Lehreinheit inklusive des Tests absolvierten. Von dieser Gruppe haben schließlich sechs Personen tatsächlich Rechercheaufgaben übernommen. Aufgrund der fehlenden Konkurrenz erhielten alle Teilnehmenden der ersten Runde auch einen der Preise aus dem Wettbewerb. In der zweiten Phase registrierten sich 52 Personen zur Teilnahme, von denen 39 Personen Aufgaben recherchiert haben, aus dieser Gruppe schütteten wir an die zehn Personen mit den meisten Recherche-Punkten Preise aus. Insgesamt wurden 300 Fälle (von 1.500 verfügbaren Fällen) unternehmerischer Gruppen recherchiert und wir vergaben Preisgelder in Höhe von etwa 3.000 €.

Bereits während der Konzeption und nun nach Ende der Praxisphase stellten wir uns die Frage, ob sich die ganze Mühe gelohnt hat. Zugegebenermaßen war im Laufe des Prozesses die Teilnehmerzahl eine wichtige Zielgröße für uns, an der sich nun auch das »Scheitern« des Projektes bemessen lässt. Allein während der Konzeptionsphase haben mehr Studierende an unserem Angebot des forschenden Lernens teilgenommen und konnten mehr Fälle recherchiert werden als während der eigentlichen Praxisphase. Hätten wir unsere Kraft und Mühe in Präsenzveranstaltungen und Datenerhebung gesteckt, hätten wir vermutlich mehr Studierende erreicht und auch eine höhere Anzahl an Fällen recherchiert.

Im Folgenden soll nun aber nicht darüber spekuliert werden, ob eine Optimierung unserer Kommunikationsstrategie, die Nutzerführung auf der

Plattform oder aber die Höhe und Art der ausgeschütteten Preise zu mehr Erfolg geführt hätten. Denn schließlich zielte unser Projekt (auch) darauf ab, die Verbindung von Crowd Science und Online-Lehre explorativ zu testen. So reflektieren wir in diesem Beitrag über die konzeptionelle Anlage von Crowd Science mit didaktischem Anspruch und stellen die Tragfähigkeit dieser Verbindung in der Soziologie auf den Prüfstand. Dazu dient uns das Projekt »Datenspuren« als empirischer Fall. Im Laufe des Prozesses haben wir zwei Seminarevaluationen, zwei Fokusgruppen mit Probanden und vier leitfadengestützte Interviews mit Teilnehmenden durchgeführt. Hinzu kommen E-Mails und Einträge in den sozialen Medien von Studierenden, Lehrenden und Multiplikatoren, Notizen zahlreicher Reflexionssitzungen und unsere Eindrücke als Anbietende.

3. Die Verbindung zweier Komponenten

Konzeptionell verbindet unser Ansatz von Crowd Science mit didaktischem Anspruch eine Forschungskomponente (Crowd Science) und eine Lernkomponente (Online-Lehre). In beiden Komponenten haben wir zentrale Entscheidungen getroffen, die sich letztlich in der Ausgestaltung unserer Plattform manifestiert haben. Abbildung 1 fasst den Gang unserer konzeptionellen Entscheidungen zusammen, auf die wir im Folgenden einzeln eingehen.

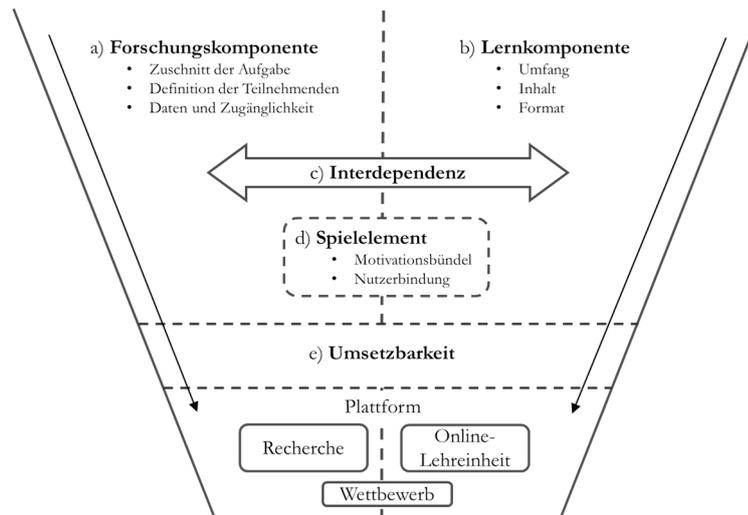
a) Forschungskomponente: Crowd Science

Mit Blick auf die Forschungskomponente haben wir den Zuschnitt der Rechercheaufgabe inklusive der verwendeten Datenarten und ihrer Zugänglichkeit definiert sowie die potenziellen Teilnehmenden für unser Projekt konkretisiert (Scheliga et al. 2018).

Ziel unserer Forschung ist es, typische Entwicklungspfade von und zentrale Übergangsmomente in unternehmerischen Gruppen zu identifizieren (Ruef 2010; Stamm et al. 2019). Im Rahmen unserer Forschung bauten wir auf der Basis von Handelsregisterdaten einen Längsschnittdatensatz auf, der es erlaubte, solche unternehmerischen Gruppen zum Neueintragungszeitpunkt zu identifizieren und dann Veränderungen innerhalb der Gruppe zu

verfolgen (Weinhardt, Stamm 2019).³ In den Handelsregisterdaten selbst finden sich allerdings nur begrenzte Informationen über die sozialen Beziehungen zwischen den Gruppenmitgliedern. Mittels eines Crowd-Science-Ansatzes sollten diese Informationen ergänzt werden.

Abb. 1: Konzeptionelle Entscheidungen bei der Verbindung von Crowd Science und Online-Lehre



Konkret haben wir den Rechercheauftrag so gestaltet, dass Teilnehmende in unterschiedlichen öffentlich zugänglichen Quellen Informationen über die soziale Beziehung der Gruppenmitglieder zum Gründungszeitpunkt (zum Beispiel: verwandt, befreundet) recherchieren sollten. Für unsere Forschung war es ferner wichtig, dass Teilnehmende den Rechercheprozess insgesamt dokumentieren, um später die Daten prüfen zu können. Insofern sollten sie den Link der gefundenen Quelle und zugehörige Textpassagen in einem Ergebnisformular festhalten.

Mit dieser Rechercheaufgabe haben wir Studierende der Soziologie und Wirtschaftswissenschaften (Entrepreneurship) als potentielle Teilnehmende anvisiert. Wir haben damit strategisch versucht, bereits bestehende studentische Gemeinschaften zu mobilisieren (Scheliga et al. 2018). Beim Zuschnitt

³ Die Forschungsgruppe »Entrepreneurial Group Dynamics« wird im Rahmen des Freigeist-Programms der VolkswagenStiftung gefördert und seit 2017 an der TU Berlin angesiedelt. Mehr Informationen unter www.entrepreneurialgroups.org

unserer Aufgabe haben wir deshalb stark darauf geachtet, eine Passung zwischen unseren Forschungsinteressen und den von uns vermuteten Interessen dieser spezifischen Gemeinschaft zu erreichen. Im Zuge unserer ausführlichen Pilot- und Testphase haben wir die Aufgabe zunehmend vereinfacht und die zu nutzenden Quellen auf zwei beschränkt: Firmenwebseiten und Zeitungsartikel. Für die Durchführung dieser Recherche haben wir den Zugang zu einem digitalen Zeitungsarchiv gewährleistet. Der zeitliche Aufwand pro Fall lag zwischen einigen Minuten und ein bis zwei Stunden, je nach Anzahl der Gruppenmitglieder und Umfang der gefundenen Informationen.

b) Lernkomponente: Online-Lehre

Innerhalb der Lernkomponente haben wir Inhalt, Umfang, und Format der Online-Lehreinheit definiert.

Inhaltlich haben wir diese auf eine sozialwissenschaftliche Datenkunde zugespitzt (Baur 2009; Bick 1984), die prozessproduzierte Daten definiert und ihre Relevanz für sozialwissenschaftliche Forschung diskutiert. Zu Beginn erfolgt eine Einführung in die sozialwissenschaftliche Datenkunde und deren Prinzipien, die anhand von drei Arten digitaler prozessproduzierter Daten (Registerdaten, Webseiten und Zeitungsartikel) erläutert werden. Die Studierenden erhalten einen Einblick in die Vielfalt von prozessproduzierten Daten und darin konservierten Datenspuren, sie werden mit der Bewertung von Quellen und Daten vertraut gemacht. Abschließend boten wir eine Reflexion über die Anwendungsmöglichkeiten jener Daten. Den Inhalt der Online-Lehreinheit haben wir auf Basis des aktuellen Forschungsstandes und im Gespräch mit spezialisierten Kolleginnen und Kollegen an diversen Universitäten erarbeitet und in mehreren Schleifen verfeinert.

Mit dieser Themenwahl beten wir eine sinnvolle Ergänzung zum bestehenden Curriculum in den sozialwissenschaftlichen Methoden. Denn hier nehmen reaktive Methoden (qualitative Interviews, Surveymethoden) einen großen Teil des ohnehin schon sehr umfangreichen Curriculums ein. Eine kritische, notwendige Auseinandersetzung mit prozessproduzierten Daten erschien, zumindest bis zum Start unseres Projektes im Jahr 2017, eher vernachlässigt.

Der Umfang der Online-Lehreinheit sollte den einer einzelnen Sitzung nicht überschreiten. Entstanden sind sieben selbstproduzierte Lehrvideos – mit einer Gesamtdauer von 45 Minuten. Diese Videos sind zum großen Teil

als »Erklärvideos« gestaltet, in denen eine Person einen Sachverhalt frontal erklärt, wobei Begriffe und Grafiken unterstützend eingeblendet werden. Ein Außendreh, Interviews und diverses Bildmaterial gestalten die Online-Lehreinheit abwechslungsreich und ansprechend. Das Skript für diese Videos orientiert sich an etablierten Gestaltungselementen in der Online-Lehre (zum Beispiel kurze Sätze, rhetorische Stilmittel, Wiederholungen und Zusammenfassungen; Kepser 2010).

Für die Online-Lehreinheit haben wir ein Format gewählt, das wir als »Plug-In« bezeichnen. Als solches sollte sie sich relativ unkompliziert und flexibel im Rahmen einer Präsenzveranstaltung zu sozialwissenschaftlichen Methoden integrieren lassen und entweder anstelle einer einzelnen Sitzung oder zusätzlich angeboten werden. Die Online-Lehreinheit ermöglichte es den Studierenden also, direkten Zugang zu forschungsaktuellem Wissen auf dem Gebiet prozessproduzierter Daten zu erhalten, und ist als zeitgemäße und relevante Ergänzung zur methodischen Ausbildung für Lehrende und Studierende von Nutzen.

c) Interdependenz der Komponenten

Durch die Verbindung der beiden Komponenten galt es, jede getroffene Entscheidung innerhalb einer Komponente auch in Bezug auf die andere Komponente zu reflektieren, um auf diese Weise mögliche Wechselwirkungen zu antizipieren. Beispielsweise waren die getroffenen Entscheidungen zur Auswahl der Lerninhalte daran gekoppelt, die teilnehmenden Studierenden für die anschließende Rechercheaufgabe zu qualifizieren. So stellen wir in der Online-Lehreinheit nur jene Datenarten vor, die wir im Zuge unserer Forschung verwenden. Umgekehrt sollte die formulierte Aufgabe nicht nur unseren forschungsstrategischen Zielen dienen, sondern es den Studierenden erlauben, das Internet als Forschungsraum zu erfahren, erlerntes Wissen praxisnah anzuwenden und Kompetenzen auszubauen.

Die Herausforderung bestand nun darin, einen Recherchefall zu konzipieren, den Studierende in Umfang und Komplexität kompetent und zuverlässig bearbeiten konnten, der die Studierenden im Umgang mit prozessproduzierten Daten schult und der gleichzeitig für uns wertvolle Informationen produziert. Die von uns gewählte Aufgabe weist eine relative hohe Komplexität auf. Die Recherche erforderte hohe Selbständigkeit, Geschick im Um-

gang mit den benutzten Suchplattformen und jeweiligen Quellen sowie Interpretationsfähigkeit in der Beurteilung von Aussagen. Dadurch bot sie prinzipiell eine gute Grundlage für Lernprozesse, insbesondere gegenüber einfachen, repetitiven Aufgaben engen Zuschnitts, die häufig Crowd-Science-Projekte dominieren (Scheliga et al. 2018). Ein didaktischer Mehrwert konnte sich auf mindestens drei Ebenen einstellen: Erstens in Bezug auf die Verwendung prozessproduzierter Daten, die hier als Quellen genutzt wurden; zweitens in Bezug auf die inhaltlichen Themen wie Unternehmensgründungen und Gruppenprozesse, sowie drittens in Bezug auf einen Ausschnitt des sozialwissenschaftlichen Forschungsprozesses.

d) Spielelemente als zusätzliche Anreize

Unsere Abwägungen kreisten nicht nur darum, was wir den Studierenden zutrauen und zumuten wollten, sondern auch darum, welche Anreize wir in welcher Form setzen konnten, um sie (idealerweise) zur kontinuierlichen Teilnahme zu motivieren. Wie aus der Literatur zu Online-Lehre und Crowd Science bekannt ist und problematisiert wird (Franzoni, Sauer mann 2014), ist bei den Teilnehmenden von einer Vielfalt an Motivationen auszugehen. Dieses Set macht es erforderlich unterschiedliche Anreize zu setzen bzw. diese Anreize geschickt zu kombinieren. Zu diesen Anreizen zählen etwa nicht-monetäre Anreize wie zum Beispiel thematisches Interesse, einen Beitrag zur Forschung zu leisten, die intellektuelle Herausforderung, aber auch Anerkennung des Beitrags zum Beispiel durch Autorenschaft ebenso wie monetäre Anreize (Franzoni, Sauer mann 2014).

Deshalb haben wir uns dazu entschlossen, neben dem Versprechen, etwas lernen und einen Beitrag zur Forschung leisten zu können, zusätzliche Anreize über Spielelemente zu schaffen (Deterding et al. 2011: 10). Dafür sprach, dass solche Elemente bereits häufig und erfolgreich in anderen, prominenten Crowd-Science-Kontexten eingesetzt und beforscht wurde (Koivisto, Hamari 2019). *Gamification* als extrinsisches Anreizsystem funktioniert danach am besten, wenn es auch an die intrinsischen Motivationen anknüpft (Rigby 2014: 131).

Resultat war ein Punktesystem im Rahmen eines Wettbewerbs für Einzelspielende und Gruppen, mit dem zusätzliche finanzielle Anreize eingeführt wurden. Studierende erhielten für Eintragungen in die Eingabemaske (sowohl von Quellenverweisen als auch von Daten) Punkte, die ihnen auf

der Webseite ebenso wie eine Rangliste der Bestplatzierten angezeigt wurden. Für diejenigen Teilnehmenden, die innerhalb von zwei Wochen am meisten Punkte erreicht hatten, haben wir Geldpreise in Höhe von bis zu 300 € für den Einzelwettbewerb bzw. 500 € für den Teamwettbewerb ausgeschüttet. Hiermit wollten wir an die in den Wirtschaftswissenschaften bekannten Ideenwettbewerbe (zum Beispiel Business Plan Wettbewerb, Case Study Competition) anknüpfen. Mit der Kombination aus Wettbewerb und Geldpreisen wollten wir auch die mögliche finanzielle Motivation der Studierenden ansprechen, um Teilnahmebereitschaft und Durchhaltevermögen zu erhöhen (Deterding et al. 2011: 9).

e) Umsetzbarkeit

Aufgrund von zeitlichen, finanziellen und technischen Restriktionen ließen sich nicht alle konzeptionell sinnvollen Möglichkeiten der Gestaltung der Aufgabe, des Wettbewerbes und der Plattform realisieren. Ferner haben im Laufe der Konzeptionsphase getroffene Entscheidungen zu Pfadabhängigkeiten geführt, wobei sich einzelne Entscheidungen als unvorteilhaft herausstellten. Gerade die technischen Möglichkeiten wirkten limitierend – zum Beispiel hätten wir die Webseite gern dynamischer gestaltet oder Spielelemente angewandt, die stärker auf Partizipation abzielten (bspw. Ansprache und Aufstieg als Teil einer virtuellen Forschungsgemeinschaft), statt eine rein punkte- und wettbewerbsbasierte Umsetzung⁴ vorzunehmen.

4. Die Verbindung der Komponenten auf dem Prüfstand

Ein zentrales Ziel des Projektes »Datenspuren« war es, die Anwendung von Crowd Science mit didaktischem Anspruch zu entwickeln und auszuprobieren. Die Reflexion über unser Projekt muss also die Verbindung von Crowd Science und Online-Lehre auf den Prüfstand stellen. Zentral scheint uns hierbei, über die Form der Teilhabe und deren Kontextgebundenheit zu reflektieren, die eine solche Verbindung erzeugt und abverlangt.

⁴ Deren kritische Rezeption innerhalb der Soziologie und Game Studies wir durchaus zur Kenntnis genommen hatten (zum Beispiel Fuchs et al. 2014).

Beschränkte Partizipation am Forschungsprozess

Der Aspekt, sich selbst in Forschung einbringen zu können, ist im Rahmen unseres Crowd-Science-Projekts mit didaktischem Anspruch zwar gegeben, aber notwendiger Weise beschränkt: Die Aufgabe ist so angelegt, dass sie innerhalb eines sehr begrenzten Zeitraums zu bewältigen ist. Studierenden ist es weder möglich beim Zuschnitt der Forschungsfrage, der Auswahl des theoretischen Rahmens oder der Auswahl der Fälle mitzuwirken. Sie bearbeiten einen kleinen Teilaspekt im Forschungsprozess, entsprechend mag sich der geleistete Beitrag auch »klein« anfühlen. Dennoch wurde die Recherche als etwas Produktives empfunden und die gegebene Freiheit bei der Aufgabebearbeitung positiv bewertet. Das Auffinden von Informationen wurde als ein positives Erlebnis beschrieben – zum einen weil in der Suche an sich eine bestimmte Erfüllung gefunden werden konnte, zum anderen weil es »trotzdem natürlich auch ein Beitrag für die Forschung« (Interview 1: 27) ist. Die von uns gestellte Rechercheaufgabe barg allerdings das Risiko, über einen gegebenen Fall keine Informationen zu finden und so zu keinem greifbaren Ergebnis zu kommen. War dies der Fall, kamen bei einigen Studierenden Zweifel auf, ob richtig und wie gewünscht vorgegangen wurde. Andere wiederum haben diese Schwierigkeit, überhaupt Daten zu finden, sowie die persönliche Verbesserung beim Auffinden von Daten selbst als Teil des Lernprozesses über die genutzten Datenarten und deren Beschränkungen wahrgenommen.

Wie in anderen auf Freiwilligkeit basierenden Crowd-Science-Projekten spielen Spaß und Erfüllung bei der Bearbeitung der Aufgaben eine wichtige Rolle (Raddick et al. 2010; Reed et al. 2013). Gelingt es, das Interesse an einem Thema zu wecken und die Aufgabe greifbar und machbar zu gestalten, erhöht dies die Wahrscheinlichkeit einer Teilnahme und eines für die Forschung zufriedenstellenden Ergebnisses der Aufgabebearbeitung. In unserem Fall gilt es daher kritisch zu hinterfragen, ob wir mit der gestellten Aufgabe ein passendes Thema gewählt haben. Zwar erklärte uns ein Studierender im Interview, dass es »irgendwie cool [ist], irgendwas über Unternehmen rauszufinden, die man gar nicht kennt. Man fühlt sich wie so ein kleiner Spion (lacht leicht)« (Interview 1: 27). Dennoch könnte die geringe Teilnahme auch Ausdruck mangelnden Interesses am Thema sein. Zu bedenken ist jedenfalls, dass nicht jedes Thema die gleiche Attraktivität birgt und nicht jede Aufgabe gleich angenehm erscheinen mag.

Des Weiteren beeinflussen die Lehrenden vor Ort, die eben auch selbst Forschende sind, bei unserer Anwendung von Crowd Science mit didaktischem Anspruch die Partizipation der Studierenden. Die Lehrenden sind Mittler, die die Seriosität und Qualität der von uns angeregten Forschung und angebotenen Online-Lehreinheit ebenso prüfen wie die Frage, ob das Thema zu den Interessen ihrer Studierenden passt. Sollten die Lehrenden dem Crowd-Science-Projekt ähnliche Forschungsinteressen haben und womöglich Studierende für die Mitarbeit an der je eigenen Forschung gewinnen wollen, kann es sogar sein, dass wir in ein Konkurrenzverhältnis mit den Lehrenden geraten.

Schließlich ist die Partizipation von Studierenden an der Forschung auch für uns als die anbietenden Forschenden selbst mit einigen Beschränkungen versehen. Im Gegensatz zu anderen Formaten von Crowd Science konnten wir uns hier zwar darauf verlassen, dass ein Mindestmaß an Vorkenntnissen vorhanden ist, aufgrund der Komplexität der Aufgabe mussten wir jedoch der Kompetenz der Studierenden viel Vertrauen entgegenbringen. Ein Beispiel dafür ist das Herauslesen der gewünschten Informationen aus einschlägigen Textstellen, die zunächst in den Zeitungsartikeln bzw. Webseiten identifiziert werden mussten und dann häufig zusätzlich interpretationsbedürftig waren. Für die nötige Qualitätssicherung und methodische Vergleichbarkeit haben wir eine Reihe von Protokollierungsschritten eingefordert, die zwar die Attraktivität der gestellten Aufgabe schmälerten, gleichzeitig aber diesen forschungsrelevanten Schritt dadurch didaktisch untermauerten.

Kopplung an gewohnte Lehrkontexte

Im Rahmen unseres Projektes »Datenspuren« haben wir die Möglichkeit einer digitalen Erfahrung des forschenden Lernens geschaffen. Die Beurteilung unsers Angebotes durch Studierende und Lehrende stellte auf die Besonderheit der Lernerfahrung im digitalen Raum ab. Ein Studierender erklärte im Interview:

»Die Videos fand ich sehr gut. Die waren auch sehr lehrreich, ich fand's ganz schön mit dem Beispiel. Und bei der Plattform an sich, bei dieser Mitmachaktion, fand ich das ganz cool, wie das aufgeteilt war mit den leichten, mittleren und schweren Aufgaben.« (Interview 1: 37).

Und eine Lehrende schrieb uns:

»Das Feedback der Studierenden war eindeutig sehr positiv. [...] Überhaupt wäre dies ein tolles Beispiel für gelungenes Blended Learning. Auch wenn die meisten mit den Themen bislang kaum Berührung hatten, fanden sie den Zugang sehr spannend und »endlich mal was Neues.« (E-Mail einer Lehrenden)

Das Angebot hebt sich damit vor allem von bislang gewohnten Formen digitaler Elemente in der Lehre ab. Diese digitale Lernerfahrung bleibt aber durch das »Plug-In«-Format an den Kontext der Präsenzlehre gebunden. Als Anbietende dieses Formates intervenieren wir damit als unbekannte Dritte in institutionalisierte Interaktionen zwischen Studierenden und Lehrenden. Während wir die Entscheidung für ein »Plug-In«-Format strategisch getroffen hatten, um uns einer spezifischen Community zu nähern und dabei auf die üblichen Ressourcen (nämlich die Struktur eines Kurses und das soziale Kapital der Lehrenden) zurückgreifen zu können, hatten wir die Konsequenzen dieser Intervention und vor allem den Kontext der Teilnehmenden zu wenig bedacht: Gerade in der Soziologie ist eine Lehr- und Lernkultur verbreitet, die – mit großer Berechtigung – auf den diskursiven Austausch zwischen Studierenden und Lehrenden setzt. Durch unser Angebot von Crowd Science mit didaktischem Anspruch erhalten die Lehrenden eine gänzlich andere Funktion. Sie schlagen nicht mehr länger die Grundlage des Diskurses vor, mehr noch, sie sind als diskursive Teilnehmende nicht mehr länger vorgesehen. Dies stellt einen Eingriff in ihre Autonomie der Kursgestaltung dar. Stattdessen wird den Lehrenden eine Gatekeeper-Funktion zugeschrieben: Sie müssen nun die Qualität der Lehrinhalte beurteilen, die andere ausgewählt und aufbereitet haben, entscheiden, ob diese ihren eigenen Ansprüchen genügt, und die Inhalte in das restliche Lehrprogramm passen.

In dieser Konstellation haben wir einige zentrale Aspekte unterschätzt: Erstens bedarf es eines Vertrauensverhältnisses zwischen den Anbietern von Crowd Science mit didaktischem Anspruch und den Lehrenden vor Ort. So ist es kein Zufall, dass zu allen Lehrenden, die in der ersten Runde auf unser Projekt verwiesen, und zu den Lehrenden, die uns in ihre Veranstaltungen eingeladen oder die letztlich mit ihrem ganzen Kurs teilgenommen haben, bereits kollegiale Verbindungen bestanden oder aber ein persönlicher Austausch über die Inhalte des Lehrcurriculums und der Rechercheaufgabe erfolgte. Zweitens haben wir erheblich unterschätzt, dass Online-Lehre mit großer Skepsis begegnet wird. Ein möglicher Grund dafür könnte sein, dass auf diese Weise die diskursive Lernkultur unterlaufen wird. Drittens haben wir den zeitlichen Vorlauf und Aufwand unterschätzt, um ein solches Lehrformat in die

jeweiligen Lehrcurricula einzubauen, die gerade in den Methoden relativ standardisiert sind.

Schließlich haben uns auch Studierende immer wieder danach gefragt, was genau sie von der Teilnahme an unserem Crowd-Science-Projekt hätten. Es lag aber nicht in unserem Ermessen, sondern in dem der Lehrenden vor Ort, ob unser Projekt Bestandteil der Lehrveranstaltung inklusive der Vergabe einer Studienteilleistung wurde. Wir konnten für die Teilnahme lediglich ein im Vergleich relativ unbedeutendes Zertifikat für das erfolgreiche Absolvieren der Online-Lehreinheit anbieten. Durch die fehlende Akkreditierung der Online-Lehreinheit – die aufgrund des geringen Zeitumfangs sowie der Kurzfristigkeit auch nicht möglich gewesen wäre – bedurfte es umso mehr einer Überzeugungsleistung unsererseits.

Obwohl wir uns der Problematik und Bedeutung der Ansprache von Studierenden wie Lehrenden bewusst waren, haben wir den damit verbundenen Aufwand unterschätzt und unsere eigene Fähigkeit in der Kunst der Kommunikation wohl überschätzt. Als universitär eingebundene Forschende und Lehrende lag die Annahme nahe, dass wir die Bedarfe und Interessen unserer KollegInnen und Studierenden relativ gut antizipieren können. Aber es zeigte sich, dass das Angebot von Crowd Science mit didaktischem Anspruch, wenn auch in sich eine sinnvolle Einheit, stärker auf den Lehrkontext abgestimmt sein muss.

Ambivalente Wirkung von Spielelementen

Unsere Nutzung von Spielelementen im Rahmen des Wettbewerbs mit Preisen sollte weitere Anreize neben das reine forschende Lernen stellen und eine gewisse Kompensation für die Zeit der aktivsten Studierenden bieten. Auf der Ebene der tatsächlich teilnehmenden Studierenden zeigten sich durchaus positive Wirkungen. So schilderten mehrere Studierende, dass die Kombination aus Punkten und Wettbewerb sie motivierte länger mitzumachen, ohne dass dabei allerdings das Interesse an der forschenden Tätigkeit völlig überlagert wurde. Ein Student berichtete:

»Ich würde sagen, mein Ziel am Anfang war einfach mitzumachen. Oder einfach schauen, was da ist [...]. Das Ziel, irgendwie in Mitte der Aktion war, ja, ich will einfach auch mehr Punkte haben [...], am Ende war das ein bisschen so [...] vielleicht finde ich, wenn ich noch eine halbe Stunde damit verbringe, gibt es noch etwas anderes, was ich vorher nicht gesehen habe« (Interview 2: 18).

Insofern ging unser Kalkül durchaus auf, den Studierenden durch Punkte ein Feedback über ihre Leistungen zu geben und sie mit dem Wettbewerb länger dabei zu halten, und es zeigte sich besonders plastisch in einem regelrechten Endspurt der Studierenden in der zweiten Phase.

Die Spielelemente und insbesondere die finanziellen Anreize wurden jedoch von einigen der angesprochenen Lehrenden sowie von einigen Multiplikatoren (Fachschaften, Zeitschriften) eher kritisch gesehen, was schnell zu impliziter oder expliziter Ablehnung unseres Projektes führte. Beispielsweise wurde unsere E-Mail-Anfrage an eine studentische Soziologie-Zeitschrift, ob wir dort einen Aufruf veröffentlichen dürften, mit kritischem Verweis auf die finanziellen Anreize im Wettbewerb als »neoliberal« abgelehnt. Insbesondere in Anbetracht dessen, dass finanzielle Anreize zur Teilnahme an Umfragen oder Ideenwettbewerben in anderen Fächern weit etabliert sind, ist es naheliegend, die Erklärung für diese Reaktionen in der Rolle der Soziologie als reflexiver Wissenschaft über gesellschaftliche Produktionsbedingungen zu sehen. Dieses Selbstverständnis spiegelt sich auch in der bisherigen soziologischen Auseinandersetzung mit dem Gegenstand Gamification wider, die diesen fast ausschließlich als Herrschaftsinstrument thematisiert (zum Beispiel Rey 2014; Whitson 2014). Während wir mit unserem Angebot zwar etwas Neues wagten, im Kern aber Erwartungen an das klassische forschende Lernen schürten, dominierte die kritische Wahrnehmung unseres als Wettbewerb organisierten Ansatzes insbesondere durch Lehrende und mögliche Multiplikatoren.

Zusammenfassend hat die spezifische Ausgestaltung der Spielelemente also ambivalente Effekte in Bezug auf die Teilnahmebereitschaft und -motivation gehabt. Während wir auf fachspezifisch kritische Reaktionen stießen, motivierten die Spielelemente zur Teilnahme der Studierenden, ohne dabei die forschenden und lernenden Anreize völlig zu überlagern.

5. Chancen, Bedingungen, Ausblick

In unserem Projekt »Datenspuren« haben wir mit großen personellen und persönlichen Ressourcen die Verbindung von Online-Lehre und Crowd Science erprobt. Trotz technischer Herausforderungen, Kritik aus dem Feld und einer zu geringen Zahl von Teilnehmenden halten wir die Idee prinzipiell für tragfähig. Sie birgt aus unserer Sicht mindestens drei wesentliche

Chancen: Erstens erlaubt das Format, forschendes Lernen auch jenseits von Lehrforschungsprojekten in andere Veranstaltungsformate wie Seminare oder Vorlesungen zu integrieren. Zweitens können Lehrende vor Ort dieses Format flexibel einsetzen. Die Online-Lehreinheit eröffnet Studierenden Zugang zu Expertenwissen und bietet die Möglichkeit des wiederholten Konsumierens der Inhalte. Drittens erlaubt Crowd Science mit didaktischem Anspruch, relativ anspruchsvolle Aufgaben zu formulieren und auf diese Weise anderweitig nur schwer zugängliche, bzw. komplexe Datenarten zu erschließen.

Die kritische Analyse ergab jedoch ebenso drei Voraussetzungen, damit Crowd Science mit didaktischem Anspruch tragfähig sein kann. Erstens bedarf es der Etablierung einer Kultur des Mitmachens. Lehrende vor Ort müssen bereit sein, eine Mittlerrolle zu übernehmen. Dafür muss ihr Interesse an diesem Format geweckt werden und sie müssen von der Qualität der Inhalte wie vom Nutzen für die Studierenden überzeugt sein. Nur bei einer ausreichenden Zahl von Lehrenden kann die notwendige Reichweite realisiert werden, die den Aufwand für die Umsetzung des Formats rechtfertigt. Die Etablierung einer solchen Kultur des Mitmachens benötigt jedoch Zeit. Vieles spricht deshalb dafür, Crowd Science mit didaktischem Anspruch in einer verstetigten digitalen Infrastruktur zu verankern, die einem weiteren Kreis von Forschenden und Lehrenden Gelegenheit böte, sich gegenseitig zu unterstützen und eigene Themen zu bearbeiten.

Zweitens wurde deutlich, dass das »Plug-In« zum Lehrkontext vor Ort passen muss, insbesondere zu den bestehenden Curricula. Ein moderierter Austausch mit den Lehrenden über die jeweiligen Lehrinhalte scheint erforderlich. Gleichzeitig sollte die Teilnahme am »Plug-In«-Modul als Teilleistung anerkannt werden, um vorhandene Anreizstrukturen anzusprechen und anzuwenden.

Drittens sollte Formulierung der Crowd-Science-Aufgabe die Lern- und Forschungseffekte gleichermaßen berücksichtigen. Die Aufgabe sollte das Wissen aus der Lehreinheit forschend zur Anwendung bringen, einen eigenen Lerneffekt bieten, aber auch die Interessen der Forschenden klar formulieren. Denkbar sind dabei Aufträge mittlerer Komplexität wie etwa die Recherche von Daten, die Interpretation von Texten oder die Aufnahme kurzer Audio- oder Videosequenzen.

Man sieht, dass sich die Chancen von Crowd Science mit didaktischem Anspruch nicht einfach realisieren lassen. In einem möglichen Szenario verschreibt sich ein Verbund von Lehrenden unterschiedlicher Hochschulen

gemeinsam der Weiterentwicklung dieses Formats. Im Verbund nutzen sie Synergieeffekte in der Produktion der Online-Lehreinheit und dem Aufbau der Plattform. Sie verabreden, das Format digitalen forschenden Lernens regelmäßig in ihre Präsenzveranstaltungen einzubauen. Innerhalb eines solchen Kreises ließe sich damit eine Kultur des Mitmachens etablieren und Passfähigkeit zum Lehrkontext herstellen. Es könnten wechselnde Aufgaben formuliert werden, die Lehr- und Forschungsinteressen der Beteiligten gegenseitig berücksichtigen. Schließlich halten wir die Öffnung des Konzepts über Hochschulen hinaus für bspw. Schulen, Volkshochschulen, beruflichen Weiterbildungsagenturen oder andere, nicht-institutionelle Lernkontexte für denkbar. Auf diese Weise könnte ein breiteres Publikum an der Verbindung von Crowd Science und Online-Lehre partizipieren.

Literatur

- Baur, N. 2009: Measurement and selection bias in longitudinal data. A framework for re-opening the discussion on data quality and generalizability of social book-keeping data. *Historical Social Research*, vol. 34, no. 3, 9–50.
- Bick, W. (Hg.) 1984: *Sozialforschung und Verwaltungsdaten*. Stuttgart: Klett-Cotta.
- Deterding, S., Dixon, D., Khaled, R., Nacke, L. 2011: From game design elements to gamefulness: defining »gamification«. In A. Lugmayr, H. Franssila, C. Safran, I. Hammouda (eds.), *The 15th International Academic MindTrek Conference*, 9–15.
- Dickel, S., Franzen, M. 2016: Das »Problem of Extension« revisited: Neue Modi digitaler Partizipation in der Wissenschaft. *Journal of Science Communication*, 15. Jg., 1–17.
- Euler, D. 2005: *Forschendes Lernen*. In W. Wunderlich, S. Spoun (Hg.), *Studienziel Persönlichkeit*. Frankfurt am Main: Campus, 253–270.
- Franzoni, C., Sauermaun, H. 2014: Crowd science: The organization of scientific research in open collaborative projects. *Research Policy*, vol. 43, 1–20.
- Fuchs, M., Fizek, S., Ruffino, P., Schrape, N. (Hg.). 2014: *Rethinking Gamification*. Lüneburg: meson press.
- Hackley, M. 2013: Citizen science and volunteered geographic information: overview and typology of participation. In D. Sui, S. Elwood (Hg.), *Crowdsourcing geographic knowledge*. Amsterdam: Springer, 105–122.
- Huber, L. 2014: *Forschungsbasiertes, Forschungsorientiertes, Forschendes Lernen*. *Das Hochschulwesen (HSW)*, 1+2, 22–29.
- Kepser, M. 2010: *E-Learning an der Hochschule – eine kritische Einführung*. In U. Eberhardt (Hg.), *Neue Impulse in der Hochschuldidaktik*. Wiesbaden: VS, 199–240.

- Kergel, D., Heidkamp, B. (Hg.). 2016: *Forschendes Lernen 2.0. Partizipatives Lernen zwischen Globalisierung und medialem Wandel*. Wiesbaden: Springer VS.
- Koivisto, J., Hamari, J. 2019: The rise of motivational information systems. A review of gamification research. *International Journal of Information Management*, vol. 45, 191–210.
- Kühl, S. 2009: *Forschendes Lernen und Wissenschaftsbetrieb. Zur Erfahrung mit einem soziologischen Lehrforschungsprojekt*. In L. Huber, J. Hellmer, F. Schneider (Hg.), *Forschendes Lernen im Studium*. Bielefeld: Universitätsverlag Webler, 99–113.
- Marres, N. 2018: *Digital sociology. The reinvention of social research*. Cambridge: Polity.
- Philipps, A. 2017: Brauchen wir eine Soziologie des Digitalen? *SOZIOLOGIE*, 46. Jg., Heft 4, 403–416.
- Raddick, M.J., Bracey, G., Gay, P.L., Lintott, C.J., Murray, P., Schawinski, K., Szalay, A.S., Vandenberg, J. 2010: *Galaxy Zoo: Exploring the Motivations of Citizen Science Volunteers*. *Astronomy education review*, vol. 9, no.1.
- Reed, J., Raddick, M. J., Lardner, A., Carney, K. 2013: An exploratory factor analysis of motivations for participating in Zooniverse, a collection of virtual citizen science projects. *Proceedings of HICSS*, 610–619.
- Rey, P. 2014: Gamification and post-fordist capitalism. In S.P. Walz, S. Deterding (eds.), *The gameful world. Approaches, issues, applications*. Cambridge, Mass.: MIT Press, 277–295.
- Rigby, C.S. 2014: Gamification and Motivation. In S.P. Walz, S. Deterding (eds.), *The gameful world. Approaches, issues, applications*. Cambridge, Mass.: MIT Press, 113–138.
- Ruef, M. 2010: *The Entrepreneurial Group: Social identities, relations, and collective action*. Princeton, NJ: Princeton University Press.
- Scheliga, K., Friesike, S., Puschmann, C., Fecher, B. 2018: Setting up crowd science projects. *Public Understanding of Science*, vol. 27, no. 5, 515–534.
- Stamm, I., Discua Cruz, A., Cailleut, L. 2019: Entrepreneurial Groups: Definition, Forms and History. *Historical Social Research*, vol. 44, no. 4, 7–41.
- Vallabh, P., Lotz-Sisitka, H., O'Donoghue, R., Schudel, I. 2016: Mapping epistemic cultures and learning potential of participants in citizen science projects. *Conversation Biology*, vol. 30, no. 3, 540–549.
- Weinhardt, M., Stamm, I. 2019: Drawing samples for the longitudinal study of entrepreneurial groups from process-generated data: A proposal based on the German Register of Companies. *Historical Social Research*, vol. 44, no. 4, 186–221.
- Welz, F. 2008: Soziologische Forschung und Lehre nach der digitalen Revolution. *SOZIOLOGIE*, 37. Jg., Heft 1, 7–26.
- Whitson, J. R. 2014: Foucault's Fitbit: Governance and Gamification. In S.P. Walz, S. Deterding (Hg.), *The gameful world. Approaches, issues, applications*. Cambridge, Mass.: MIT Press, 339–358.

Nominierungsfristen DGS-Wahl 2021

Vom 1. März 2020 bis voraussichtlich 17. September 2020 findet das Nominierungsverfahren für die Wahl der Gremien der Deutschen Gesellschaft für Soziologie 2021 statt. Gemäß der die Wahl- und Verfahrensordnung ergänzenden Ausführungsbestimmungen »Nominierungsverfahren« (www.sozio-logie.de/satzung), die bereits bei der DGS-Wahl 2019 angewandt wurden, nominieren für die Konzilskandidaturen zuerst die Mitglieder, anschließend die Sektionen und zuletzt das amtierende Konzil – jeweils in Kenntnis der Vorschläge der vorangegangenen Gruppe. Für die Vorstands- und Vorsitzkandidaturen nominieren zuerst die Sektionen, anschließend der amtierende Vorstand und zuletzt das Konzil – ebenfalls jeweils in Kenntnis der vorangegangenen Vorschläge. Die endgültige Entscheidung über sämtliche Kandidaturen liegt beim Konzil.

Die Geschäftsstellenleitung wird alle Nominierungsgruppen per E-Mail aufrufen, Kandidierende zu benennen.

Wer nominiert für was?	Aufruf für	Nominierungsfrist
Mitglieder für Konzil	10 Eigennominierungen	01.04.2020–15.05.2020
Sektionen für Konzil	10 Sektionsnominierungen in Kenntnis der Eigennominierungen	16.05.2020–30.06.2020
Konzil für Konzil	10 Konzilsnominierungen in Kenntnis der Eigen- und Sektionsnominierungen	01.07.2020–15.08.2020
Konzil für Konzil	Einigung auf 10 bzw. 30 Personen, ggfs. Auffüllung auf 30	16.08.2020–17.09.2020
Sektionen für Vorstand	4 Sektionsnominierungen	01.04.2020–30.06.2020
Vorstand für Vorstand	8 Vorstandsnominierungen in Kenntnis der Sektionsnominierungen	01.07.2020–15.08.2020
Konzil für Vorstand	Entscheidung für 12 Personen, ggfs. Auffüllung auf 12	16.08.2020–17.09.2020
Sektionen für Vorsitz	1 Sektionsnominierung	01.04.2020–30.06.2020
Vorstand für Vorsitz	1 Vorstandsnominierung, ggfs. Auffüllung auf 2	01.07.2020–15.08.2020
Konzil für Vorsitz	Entscheidung für 2 Personen, ggfs. Auffüllung auf 2	16.08.2020–17.09.2020

German Sociological Journal

Ein Open Access Journal der DGS in Planung

Im deutschsprachigen Raum gibt es kein nennenswertes englischsprachiges, die Breite und Pluralität des Faches abbildendes Soziologie-Journal. Auch gibt es keine das gesamte Spektrum des Faches spiegelnde Open Access Zeitschrift. Beides möchte das German Sociological Journal (GSJ) sein, das von der DGS herausgegeben werden soll, und an dessen Realisierung der Vorstand seit Monaten arbeitet.

Das GSJ wird englischsprachig – mit denkbaren punktuellen weiteren Optionen wie etwa Spanisch oder Russisch – publizieren und ist inhaltlich zweifach ausgerichtet: Erstens sollen Beiträge *aus* Deutschland publiziert werden, um die reichhaltige und plurale Soziologie einem internationalen Publikum zugänglich zu machen. Zweitens sollen Beiträge *zu* Deutschland bzw. den im deutschsprachigen Kontext geführten Fachdiskussionen erscheinen. Das »Deutsche« der Zeitschrift soll nicht nationalstaatlich oder sprachlich verengt a priori gesetzt werden, sondern als fortlaufende und die Zeitschrift prägende reflexive Befragung und Diskussion der Gemengelage von Region, Sprache und nationalstaatlich verfasste Wissenschaft verstanden werden. In diesem Sinne sind Schwerpunktheft oder gebündelte Publikationen zu im deutschsprachigen Raum debattierten Themen sinnvoll (zum Beispiel in den letzten Jahren Prekarisierung, Transformation/Wiedervereinigung, Integration/post-migrantische Gesellschaft, DGS-Kongress-Themen), die die Spezifika der hiesigen Situation ebenso wie Gemeinsamkeiten und immer auch konstitutive Verflechtungen mit anderen Regionen ausloten.

Das GSJ soll im peer-review Verfahren publizieren und einen breiten Fachbeirat (editorial board) haben. Um die Breite zu gewährleisten, ist hierfür eine Person pro Sektion vorgesehen. Einige Vertreter_innen außeruniversitärer Forschungseinrichtungen sowie ca. fünf internationale Soziolog_innen sollen das editorial board ergänzen. Die Redaktion soll aus vier Personen bestehen: Geplant ist eine hauptamtliche Redaktionsstelle sowie eine Person aus dem Vorstand der DGS und zwei aus den Sektionen (rotierend). Das genaue Prozedere der Zusammensetzung der notwendigen Gremien ist noch in Abstimmung mit den Sektionen zu präzisieren. Die Erscheinungsweise ist DGS-seitig fortlaufend gewünscht, einzelne Realisierungsvarianten – etwa in Kooperation mit einem Verlag – könnten eine fixierte, etwa halbjährliche Erscheinungsweise vorsehen.

Das GSJ soll im open access Format (*gold standard; creative commons license*) erscheinen. Dies bedeutet, alle Beiträge erscheinen online für alle zugänglich und sind kostenlos verfügbar. Damit folgt das Journal den grundsätzlichen Überlegungen und Zielen der Open Access und Open Science Diskussionen der letzten Jahre, auch von Plan S der EU – will diese jedoch zugleich weiterhin hinsichtlich der Details der Umsetzung und Ausgestaltung kritisch diskutieren.

Derzeit lotet der Vorstand verschiedene Realisierungsoptionen des GSJ aus. Im Raum stehen folgende Varianten, deren Vor- und Nachteile – wie immer – im Detail stecken und bisweilen nicht immer eindeutig einschätzbar sind:

- 1.) Die Kooperation mit einem Verlag auf der Grundlage eines Konsortialmodells.
- 2.) Die Zusammenarbeit mit dem Sozialwissenschaftlichen Fachinformationsdienst *soFid* und der Universitäts- und Stadtbibliothek Köln.
- 3.) Die Publikation über eine andere Universitätsbibliothek.

Quer zu diesen Optionen steht die Frage im Raum, ob Publikationsgebühren – APCs – erhoben werden sollen. Derzeit werden diese von wissenschaftlichen Einrichtungen oder von der DFG weitestgehend übernommen. Unklar ist jedoch, ob dies ein nachhaltiges Modell ist. Auch wäre zu definieren, ob solche Gebühren je nach Status/Einkommen gestaffelt werden, und nicht zuletzt, wie hoch sie tatsächlich wären. Der Vorstand der DGS favorisiert derzeit ein Modell ohne Publikationsgebühren. Bei allen Varianten kommt mehr oder weniger dieselbe Software zum Einsatz, allerdings variieren alle anderen Aspekte je nach Modell erheblich (Bewerbung/Sichtbarkeit, Bereitstellung und Pflege im »backoffice«, Copyright usw.). Ganz sicher benötigt das GSJ, egal in welcher Variante, eine professionelle Redaktion, die die Arbeits- und Kommunikationsabläufe sichert. Die DGS setzt hierfür eine 75 – 100% E13 Stelle an. Aus dem aktuellen Budget ist eine solche Stelle aus DGS-Mitteln nicht nachhaltig finanzierbar. Daher erwägt der Vorstand eine gestaffelte Erhöhung der Mitgliedsbeiträge, um eine solide Finanzierung zu gewährleisten. Hierüber sollten Mitgliederversammlung und Konzil beim DGS Kongress in Berlin September 2020 ebenso offen diskutieren wie über alle anderen Aspekte des Vorhabens. Wir laden herzlich zu dieser Diskussion ein und werden bis dahin sicherlich konkretere Realisierungsoptionen präsentieren und zur Debatte stellen können. Für Fragen und Hinweise steht vorstandsseitig Paula-Irene Villa Braslavsky gern zur Verfügung.

Zur Gründung der Sektion »Soziologiegeschichte« der DGS

Die deutschsprachige Soziologie blickt inzwischen auf mehr als 100 Jahre institutionelles Dasein zurück – die Deutsche Gesellschaft für Soziologie wurde vor ca. 110 Jahren gegründet, die ersten Lehrstühle an deutschen Universitäten vor rund 100 Jahren eingerichtet – und nicht zuletzt haben entsprechende Jubiläen in den zurückliegenden Jahren (und Jahrzehnten) soziologischen Institutionen und Organisationen hinreichend – wenngleich nicht ausschließlich – Anlass gegeben, eine Nachfrage und ein Angebot an soziologiehistorischer Forschung zu generieren. Seit verganginem Herbst hat die deutsche Soziologie nun auch innerhalb der DGS eine als Sektion organisierte Form der soziologiehistorischen (Selbst-)Reflexion. Am 26. September 2019 gab das Konzil der DGS dem von 58 deutschsprachigen Soziolog*innen gestellten Antrag auf Gründung einer Sektion »Soziologiegeschichte« statt. Im folgenden Bericht wollen wir die neue Sektion gemäß unserer Vorliebe für soziologiehistorische Forschung vor dem Hintergrund ihres Entstehungszusammenhangs vorstellen.

Der Sektionsgründung sind in den zurückliegenden Jahren verschiedene Aktivitäten wie Publikationen, nachwuchsfördernde Lehr- und am wissenschaftlichen Austausch orientierte Forschungsaktivitäten sowie erste Schritte innerhalb der DGS als Arbeitsgemeinschaft (AG) vorausgegangen, die zur Institutionalisierung beigetragen haben. Es wurden beispielsweise neue Publikationsorgane gegründet, wie *Zykelos. Jahrbuch für Theorie und Geschichte der Soziologie* (zum Beispiel Endreß, Lichtblau, Moebius 2015; Endreß, Moebius 2019) oder die Reihe *Klassiker der Sozialwissenschaften* (herausgegeben von Klaus Lichtblau und Stephan Moebius), in der vergriffene oder unbekannte Texte aus den Sozialwissenschaften wieder einer breiteren Öffentlichkeit zugänglich gemacht werden (zum Beispiel Coser 2009; aktuelle Erscheinungen Parsons 2019; Mannheim 2019). Zu nennen sind hier auch die Zeitschrift *Serendipities – Journal for the Sociology and History of the Social Sciences*¹ sowie thematische Schwerpunkte in bestehenden, breiter soziologisch ausgerichteten Veröffentlichungsorganen.² Demnächst wird zudem ein soziologiehistorisches Wikipedia zur Verfügung stehen, das maßgeblich von Akteur*innen der Sektion getragen wird.

1 Die Zeitschrift erscheint seit 2016 unter <http://serendipities.uni-graz.at>.

2 Siehe exemplarisch das Sonderheft 56 der KZfSS zur »Soziologiegeschichte im Spiegel der Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie«, herausgegeben von Hans-Jürgen Andreß, Daniela Grunow und Thomas Schwinn; die 100 Jahr-Feiern in Köln (auch dazu gab

Jenseits der Publikationsaktivitäten treffen sich interessierte Sozialwissenschaftler*innen seit einigen Jahren regelmäßig, um sich über Soziologiegeschichte wissenschaftlich auszutauschen. Einen zentralen Impuls erhielt die Institutionalisierung im deutschsprachigen Raum durch die 2011 eingerichteten und seitdem jährlich stattfindenden Spring Schools des Doktoratsprogramms »Soziologie und Geschichte der Sozial- und Kulturwissenschaften« an der Karl-Franzens-Universität Graz³ sowie die seit 2014 regelmäßig stattfindenden Workshops zur Geschichte der deutschsprachigen Soziologie. Der erste Workshop fand 2014 in Graz statt und wurde von Andrea Ploder und Stephan Moebius organisiert.⁴ Aus dieser Netzwerkarbeit ergaben sich zahlreiche Forschungsoperationen. Es ist dabei kein Zufall, dass die regelmäßigen Treffen an sozialwissenschaftlichen Archivstandorten⁵ (Braunstein 2017; Dreher 2017; Holzhauser 2017; Müller 2017; Sonnenfeld 2017) veranstaltet wurden, an denen aktuell soziologiehistorische Forschungsvorhaben realisiert werden. Auf diese Weise wuchs das informelle Netzwerk *Soziologiegeschichte* in den zurückliegenden zehn Jahren sowohl auf Ebene der Nachwuchswissenschaftler*innen als auch auf der Ebene der etablierten und erfahrenen Wissenschaftler*innen stetig.

Aus diesem Kreis und dessen Umfeld heraus entstand auch das *Handbuch Geschichte der deutschsprachigen Soziologie* (Moebius, Ploder 2017; 2018; Holzhauser et al. 2019; Knöbl 2019). Mit dem Handbuch ist das Anliegen verbunden, Soziologiegeschichte noch stärker als bisher an sozialwissenschaftliche Theorie-, Methodendiskussionen und Arbeitsweisen heranzuführen.

es soziologiehistorische Aufsätze aus dem Kreis der Sektion) und Frankfurt (siehe auch den Beitrag von Wolfgang Glatzer in diesem Heft) oder die Ausgabe *National Socialism and the Crisis of Sociology* der Österreichischen Zeitschrift für Soziologie aus dem Jahr 2015. Und so finden soziologiehistorische Themen auch in dem für die DGS zentralen Publikationsorgan SOZIOLOGIE oder in dem, eine breite (Fach-)Öffentlichkeit adressierenden Zeitschriftenportal *Soziopolis* einen Ort.

3 <http://doktoratsprogramm-geschichte-soziologie-sozialwissenschaften.uni-graz.at/de/spring-schools>.

4 Es folgten 2015 ein Workshop in Frankfurt am Main am Institut für Sozialforschung, organisiert von Dirk Braunstein und Fabian Link, 2016 ein Workshop in Konstanz am Sozialwissenschaftlichen Archiv, organisiert von Jochen Dreher, und 2017 ein Workshop in Braunschweig, organisiert von Nicole Holzhauser und Stephan Moebius. 2018 fiel der Workshop mit dem DGS-Kongress in Göttingen zusammen. Und im Jahr 2019 fand er am KWI Essen statt, organisiert von Uwe Dörk und Alexander Wierzock.

5 Archive an bisherigen Veranstaltungsorten sind das Archiv für die Geschichte der Soziologie in Österreich in Graz, das Archiv des Instituts für Sozialforschung in Frankfurt am Main, das Sozialwissenschaftliche Archiv Konstanz sowie das Theodor-Geiger-Archiv in Braunschweig.

Im Mittelpunkt steht dabei die Vorstellung, dass eine reflexive Auseinandersetzung mit der Geschichte der Soziologie, die sowohl über den Sinn und Zweck soziologischer Forschung als auch angemessener methodologischer und methodischer Zugänge Rechenschaft ablegt (Dayé, Möbius 2015), einen zentralen Beitrag zur (Weiter-)Entwicklung des gesamten Faches leistet (Holzhauser 2016).

Auch innerhalb von Institutionen bzw. institutionell angebunden fanden in den zurückliegenden Jahren weitere Aktivitäten statt, beispielsweise in Ad-Hoc-Gruppen auf DGS-Kongressen oder in Forschungszusammenhängen der Deutschen Forschungsgemeinschaft, etwa im Netzwerk *Soziologie soziologischen Wissens* (Franzen et al. 2019). Es bestehen zudem fachspezifische Kontakte zu und Mitgliedschaften in zahlreiche wissenschaftliche (Teil-)Organisationen zur Soziologiegeschichte, etwa zur Sektion *Geschichte der Soziologie* der Österreichischen Gesellschaft für Soziologie, zum *Research Committee on the History of Sociology*, zur *AG Soziologiegeschichte* der »Kommission für Geschichte und Philosophie der Wissenschaften« der Österreichischen Akademie der Wissenschaften wie auch zum *Network on the History of Empirical Social Research (and Statistics)* der International Sociological Association und zur Sektion *History of Sociology* der American Sociological Association. So können im deutschsprachigen Raum Synergien generiert und genutzt werden, darüber hinaus wird zu einer Internationalisierung der deutschsprachigen Soziologiegeschichte (auch über den anglo-amerikanischen Raum hinaus) beigetragen.

Der Sektionsgründung ging innerhalb der DGS eine einjährige Phase als AG Soziologiegeschichte voraus, die sich auf dem Soziologiekongress in Göttingen 2018 konstituiert hat. Warum aber heißt sie »Soziologiegeschichte«? In Anlehnung an Lothar Peter (2015: 114 f.) wird zu diesem Zweck begrifflich zwischen »Soziologiegeschichte« und »Geschichte der Soziologie« differenziert. Soziologiegeschichte meint eine eigenständige soziologische Forschungsrichtung, die sich mit der Geschichte der Soziologie, verstanden als dem historischen Realverlauf soziologischer Theoriebildung, Forschung und Institutionalisierung sowie aller anderen Aktivitäten und Erscheinungen, die sich auf das Verhältnis und die Wechselwirkung von Soziologie und Gesellschaft beziehen, beschäftigt. Die Geschichte der Soziologie ist demzufolge Untersuchungsgegenstand der Forschungsrichtung Soziologiegeschichte.

Wenn Wissenschaft ein sozialer Prozess ist, wie die Wissenschafts-, Wissens- und Kultursoziologie gezeigt haben, dann gilt dies nicht zuletzt auch für die Soziologie selbst. Wir erachten eine solche Selbstaufklärung über die

Herkunft, den Verlauf und die Entwicklung des eigenen Fachs, der theoretischen Konzepte, der methodischen Instrumente, der Akteure, Institutionen und der Kontexte als unerlässlich für eine kritisch-reflektierte Forschung und für das Verständnis der historischen Identität der Disziplin, ihrer aktuellen Gestalt und potenziellen Entwicklungslinien. Da Soziologie selbst ein Teil der Gesellschaft ist, die sie untersucht, und sie die Wissenschaft ist, die aufgerufen ist, über das Eingebettet-Sein von Wissenschaft in gesellschaftliche Prozesse, Interessengegensätze und historische Konstellationen nachzudenken, ist sie in besonderem Maße und sogar konstitutiv auf eine soziohistorische Reflexion angewiesen. Soziologiegeschichte hat aus dieser Perspektive immer auch eine kritische Funktion, die durch keine andere soziologische Teildisziplin ersetzt werden kann (Römer 2016). Sie verleiht gegenwärtiger sozialwissenschaftlicher Forschung zusätzliche historisch-soziologische Tiefenschärfe, indem sie die historische Verwobenheit und den beständigen historischen Wandel von Soziologie und Gesellschaft in den Blick nimmt. Konstitutiv für soziologiegeschichtliches Forschen und Denken ist damit die Annahme, dass alle (sozial)wissenschaftlichen Theorien und Methoden als reflexive Antworten auf gesellschaftliche Prozesse und auf als problematisch wahrgenommene Situationen sowie als Produkte interner Prozesse des sozialwissenschaftlichen Feldes verstanden werden können (Moebius 2017). Die soziologiegeschichtliche Analyse befasst sich demnach mit der historischen Selbstwahrnehmung und Deutung soziologischer Theorien und Methoden und eröffnet überdies einen spezifischen Blick auf die Frage, wie Soziolog*innen *ihre* Gesellschaft wahrnahmen und deuteten. Insofern kann Soziologiegeschichte als Reflexionsgeschichte der soziologischen Beobachtung von Gesellschaft verstanden werden.

Stephan Moebius, Nicole Holzhauser⁶

⁶ Wir haben diesen Text im Namen der Sektion verfasst. Zum aktuellen Vorstand gehören Stephan Moebius (Sprecher), Nicole Holzhauser (Stellvertreterin), Claudius Härpfer, Takemitsu Morikawa und Andrea Ploder. Uwe Dörk, Jochen Dreher, Karl-Siegbert Rehberg und Oliver Römer haben sich aktiv in die Initiation und Antragstellung eingebracht. Allen Unterstützer*innen der Soziologiegeschichte sei an dieser Stelle herzlich für ihr Engagement gedankt.

Literatur

- Braunstein, D. 2017: Archivzentrum, Frankfurt am Main. In S. Moebius, A. Ploder (Hg.), *Handbuch Geschichte der deutschsprachigen Soziologie. Band 2: Forschungsdesign, Theorien und Methoden*. Wiesbaden: Springer VS, 401–403.
- Coser, L. 2009. *Theorie sozialer Konflikte*. Hrsgg. von K. Lichtblau. *Klassiker der Sozialwissenschaften*, Wiesbaden: Springer VS.
- Dayé, Ch., Moebius, S. (Hg.), 2015: *Soziologiegeschichte. Wege und Ziele*. Berlin: Suhrkamp.
- Dreher, J. 2017: *Sozialwissenschaftliches Archiv Konstanz*. In S. Moebius, A. Ploder (Hg.), *Handbuch Geschichte der deutschsprachigen Soziologie. Band 2: Forschungsdesign, Theorien und Methoden*. Wiesbaden: Springer VS, 351–361.
- Endreß, M., Lichtblau, K., Moebius, S. (Hg.) 2015: *Zyklus 1. Jahrbuch für Theorie und Geschichte der Soziologie*. Wiesbaden: Springer VS.
- Endreß, M., Moebius, S. 2019: *Zyklus 5. Jahrbuch für Theorie und Geschichte der Soziologie*. Wiesbaden: Springer VS.
- Franzen, M., Krause, M., Dayé, Ch., Halsmayer, V., Hamann, J., Holzhauser, N., Korte, J., Osrecki, F., Ploder, A., Sutter, B. 2019: *Das DFG-Netzwerk »Soziologie soziologischen Wissens«*. *SOZIOLOGIE*, 48. Jg., Heft 3, 293–308.
- Holzhauser, N. 2016: »Jenseits von Mythen, Heuristiken und Metaphern – Soziologiegeschichte als integraler Bestandteil der Soziologie«. *Soziologische Revue*, 39. Jg., Heft 3, 350–364.
- Holzhauser, N. 2017: *Theodor-Geiger-Archiv, Braunschweig*. In S. Moebius, A. Ploder (Hg.), *Handbuch Geschichte der deutschsprachigen Soziologie. Band 2: Forschungsdesign, Theorien und Methoden*. Wiesbaden: Springer VS, 393–396.
- Holzhauser, N., Ploder, A., Moebius, S., Römer, O. 2019: *Handbuch Geschichte der deutschsprachigen Soziologie, Band 3: Zeittafel*. Wiesbaden: Springer VS.
- Knöbl, W. 2019: *Und der Zukunft zugewandt. Rezension zum Handbuch Geschichte der deutschsprachigen Soziologie, Bände 1-3*. www.soziopolis.de/lesen/buecher/artikel/und-der-zukunft-zugewandt/, letzter Aufruf 4. Februar 2020.
- Mannheim, K. 2019. *Schriften zur Soziologie*. Hrsgg. von O. Neun. *Klassiker der Sozialwissenschaften*, Wiesbaden: Springer VS.
- Moebius, S. 2017: *Methodologie soziologischer Ideengeschichte*. In S. Moebius, A. Ploder (Hg.), *Handbuch Geschichte der deutschsprachigen Soziologie, Band 2: Wiesbaden: Springer VS, 3–59*.
- Moebius, S., Ploder, A. (Hg.) 2017: *Handbuch Geschichte der deutschsprachigen Soziologie. Band 2: Forschungsdesign, Theorien und Methoden*. Wiesbaden: VS.
- Moebius, S., Ploder, A. (Hg.) 2018: *Handbuch Geschichte der deutschsprachigen Soziologie, Band 1: Geschichte der Soziologie im deutschsprachigen Raum*. Wiesbaden: Springer VS.

-
- Müller, R. 2017: Archiv für die Geschichte der Soziologie in Österreich, Graz. In S. Moebius, A. Ploder (Hg.), Handbuch Geschichte der deutschsprachigen Soziologie. Band 2: Forschungsdesign, Theorien und Methoden. Wiesbaden: Springer VS, 363–366.
- Parsons, T. 2019: Kapitalismus bei Max Weber – Zur Rekonstruktion eines fast vergessenen Themas. Hrsgg. von U. Gerhardt. Klassiker der Sozialwissenschaften, Wiesbaden: Springer VS.
- Peter, L. 2015: »Warum und wie betreibt man Soziologiegeschichte«, In Ch. Dayé, S. Moebius (Hg.), Soziologiegeschichte. Wege und Ziele. Berlin: Suhrkamp, 112–146.
- Römer, O. 2016: Wozu und weshalb Soziologiegeschichte? Soziopolis, 31. August 2016, www.sozio-polis.de/lesen/buecher/artikel/wozu-und-weshalb-soziologie-geschichte/, letzter Aufruf 4. Februar 2020.
- Sonnenfeld, C. 2017: Das Archiv des Instituts für Sozialforschung (IfS), Frankfurt am Main. In S. Moebius, A. Ploder (Hg.), Handbuch Geschichte der deutschsprachigen Soziologie. Band 2: Forschungsdesign, Theorien und Methoden. Wiesbaden: Springer VS, 397–399.

Veränderungen in der Mitgliedschaft

Im Jahr 2019 hat die DGS 184 neue Mitglieder dazu gewonnen, darunter 43 Studierende. 136 Mitglieder sind ausgetreten und 7 verstorben. Zum Jahresende 2019 hatte die DGS 3.300 Mitglieder.

Neue Mitglieder

Dr. Vera Allmanritter, Berlin
Dr. Fabian Beckmann, Bochum
Ulrike Bialas, Princeton, NJ
Dr. Michael Borggräfe, Hannover
María Cárdenas, Gießen
Dr. Sandro Corrieri, Koblenz
Dr. Christian Dayé, Graz
Christina E. Debbing, Stuttgart
Lena Dreier, M.A., Leipzig
Ronny Ehlen, Stuttgart
Rebecca Endtricht, Wuppertal
Dr. phil. Simon Gordt, Hildesheim
Nora Jehles, Köln
Damla Keşkekci, Firenze
Dr. Mine Kühn, Rostock
Dr. Felix Kühnle, Göttingen
Dr. Sarah Lenz, Hamburg
Dr. phil. Julia Leser, Leipzig
PD Dr. habil. Marina Liakova, Karlsruhe
Dr. Ingmar Lippert, Berlin
Alexander Maschke, M.A., Rostock
Dr. Lotta Mayer, Wuppertal
Dipl.-Soz. Laura Menze, Berlin
Theresa Petrausch, M.A., Nürnberg
Alexander Pionteck, Bonn
Chiara Porada, Münster
Frauke Reichl, Münster

Marina Ruth, Duisburg
Anna Schneider, Erlangen
Marco Schott, M.A., Leipzig
Lisa Schwaiger, Zürich
Jona Schwerer, Berlin
Dr. Laura Stielike, Berlin
Roman Thurn, Neufahrn
Philipp Waag, Soest
Jan Wetzels, Berlin

Neue studentische Mitglieder

Jan-Torge Daus, Bochum
Nele Ehrenberg, Jena
Jan Gehrmann, München
Fabian Kölsch, Mainz
Kevin Kullmann, Wiesloch
Franziska Ohde, Hannover
David Prinz, Berlin
Oleg Stepanenko, Würzburg
Jonathan Uricher, Stuttgart

Austritte

Susan Borch, Berlin
Amrit Lena Bruns, M.A., Braunschweig
Lukas Drögemeier-Kersten, Göttingen
Ole Engel, M.A., Berlin
Prof. Dr. Adalbert Evers, Gießen
Christian Fritz-Hoffmann, M.A., Oldenburg
Christian Heuser, M.A., Bonn
Dr. phil. Erik Jentges, Zürich
Hannah Köpper, Feldberg-Falkau
Dipl.-Soz.Wiss. Nils Kubischok, Duisburg
Dr. Nico Lüdtke, Oldenburg
Dr. phil. Ingrid Matthäi, Saarbrücken

Jonas Müller, Kassel
Dr. sc. med. Ina Otte, Bochum
Dr. Andreas Pudlat, Hildesheim
PD Dr. Gunter Runkel, Lüneburg
Dr. Markus Schenkel, Kassel
Sophie Schkölziger, Schwaikheim
Thomas Schömann, M.A., Mainz
Prof. Dr. Sabina Schutter, Rosenheim
Maik Stöckinger, M.A., München
Dipl.-Soz.Wiss. Christel Teiwes-Kügler, Essen
Prof. Dr. Max Ueberle, Frankfurt am Main
Dr. Hannes Weber, Tübingen
Jörn Wellmann, M.A., Dietzenbach
Dr. Klaus Wittemann, Göttingen

Verstorben

Prof. em. Dr. Otwin Massing, Hannover
Dirk Bender, M.A., Siegen
Prof. Dr. Joachim Bergmann, Frankfurt am Main
Prof. Dr. Werner Mangold, Erlangen

Sektion Biographieforschung

Jahrestagung »Exil–Flucht–Verfolgung« vom 28. bis 30. November 2019
an der Universität Göttingen

Wie können Zugänge zu Migrationen im Kontext von kollektiver Gewalt, von ethnischer oder politischer Verfolgung aussehen, die sich nicht den aufgeladenen und selektiven öffentlichen Migrationsdiskursen unterwerfen? Wie lassen sich Flucht, Exil und Verfolgung als empirische Phänomene in ihrer Verflechtung mit der jeweiligen Gesellschaftsgeschichte untersuchen? Wessen Erfahrungen und Perspektiven sind dabei sichtbar oder weniger sichtbar? Im Folgenden möchten wir die Beiträge der DFG geförderten internationalen Tagung zu diesen Fragen zusammenfassen, die auf die komplexen Dynamiken von Flucht/Exil/Verfolgung verweisen.

Im Eröffnungsvortrag erörterte *Steve Tonah* von der University of Ghana Befunde zum Wandel des Migrationsraums Westafrika (zum Beispiel durch die Militärintervention in Libyen 2011). Er hob hervor, wie verkürzt und eurozentrisch der Diskurs um das Migrationsziel Europa aus einer westafrikanischen Perspektive ist. Dass die soziohistorischen Hintergründe und die erhebliche Bedeutung von Gewalt für Fluchtmigrationen in außereuropäischen Kontexten kaum Beachtung finden, verdeutlichten zahlreiche Beiträge: *Kassoum Dieme* (Brasília) reflektierte die autobiographischen Filme von Sembène Ousmane als Zugang zu afrikanischen Diasporakonstellationen. *Gabriele Rosenthal* und *Lukas Hofmann* (Göttingen) diskutierten am Beispiel von aus Israel nach Uganda abgeschobenen Eriter*innen Verlaufskurven der Flucht aus Kontexten massiver Gewalt. *Lucas Cé Sangalli* (Göttingen) rekonstruierte anhand der Selbstpräsentationen sudanischer Geflüchteter die Tabuierung kollektiver Gewalt. *Maria do Carmo dos Santos Gonçalves* (Porto Alegre) analysierte Fluchtverläufe nach Brasilien. *Fabio Santos* (Berlin) verwies mit Ergebnissen zu Migrationsverläufen nach Französisch-Guayana auf einen wenig beachteten Migrationsraum »an den Rändern« Europas. *Verena Hucke* (Kassel) stellte ihre Forschung zur Handlungsmacht durch Grenzgänge von »sexual refugees in Südafrika« vor.

Weitere Beiträge zeigten ebenfalls die erhebliche Relevanz einer soziohistorischen Perspektive und von Gewaltdynamiken: *Johannes Becker* und *Hendrik Hinrichsen* (Göttingen) erörterten die Bedeutung translokaler Verflechtungen für Fluchtverläufe nach Jordanien. *Arne Worm* (Göttingen) rekonstruierte Fluchtkonstellationen anhand des Krieges in Syrien. Am Beispiel Afghanistans zeigten *Phil Langer* und *Aisha-Nusrat Ahmad* (Berlin) die

psychosozialen Folgen von Krieg und den Gewinn eines traumatheoretischen Forschungszugangs. Die Verflechtung von Migration, Gewalt und Zugehörigkeit behandelte *Eva Babl* (Göttingen) am Beispiel von als Minderjährige geflüchteten Marokkaner*innen in Ceuta und Melilla. *Myrna Sieden* (Göttingen) rekonstruierte Gewalterfahrungen geflüchteter Frauen in Partnerschaften. *Ana Mijić* (Wien) hob anhand von Fallrekonstruktionen zur Identität von Geflüchteten aus dem Bosnienkrieg in Österreich die Potentiale einer wissenssoziologischen Perspektive hervor.

Ludger Pries (Bochum) plädierte in seinem Plenarvortrag für eine vergleichende und die Erfahrungsweisen von Migrierenden ins Zentrum stellende Forschung. Er wies vor allem auf die soziologisch unterschätzte Relevanz von Zwangsmigrationen für die Gesellschaftsgeschichte »europäischer« Kontexte hin. Auf diesen wichtigen Befund verwiesen weitere Beiträge: *Anita Rotter* (Innsbruck) diskutierte, wie Erwachsene der dritten Generation von »Gastarbeiter*innen« in Österreich als »Andere« positioniert werden. *Doreen Blume-Peiffer* (Göttingen) zeigte, wie in Familien von Roma aus Ex-Jugoslawien Zugehörigkeit vor dem Hintergrund von Fluchterfahrungen ausgehandelt wird. *Anna Schnitzer* (Zürich) rekonstruierte Familienbiographien von in die Schweiz geflüchteten Familien und die Bearbeitung von Verfolgung in familialen Erinnerungsprozessen. *Rebecca Mörzen* und *Peter Rieker* (Zürich) thematisierten Fremdheitserfahrungen unbegleiteter minderjährige Geflüchteter in der Schweiz. *Rineke van Daalen* und *Christien Brinkgreve* (Amsterdam) verdeutlichten die Rolle des »bürokratischen Nationalstaates« für die Rahmung von Migration. *Anja Bartel*, *Catherine Delcroix* und *Elise Pape* (Strasbourg) rekonstruierten die Auswirkungen von Migrationspolitiken auf Migrationsverläufe. Das Phänomen des Verschweigens von Verfolgung untersuchten *Júlia Vajda* und *Juli Szekeely* (Budapest) anhand von Erinnerungsorten an den Holocaust in Berlin und Budapest.

Auch die Verflechtung von Migration und politischer Partizipation stand im Fokus: Wie sich politische Partizipationsbiografien bei der Nachfolgegeneration von Arbeitsmigrant*innen konstituieren, behandelte der Vortrag von *Irimi Siouti* (Wien). *Hilal Akdeniz* (Frankfurt am Main) konzentrierte sich auf in Folge des Putschversuches in der Türkei im Juli 2016 geflüchtete Türk*innen. *Sevil Çakar-Kılınçoğlu* (Göttingen) diskutierte die politische Involvierung von Kurd*innen über Herkunfts- und Ankunftskontexte hinweg. *Faimé Alpagu* (Wien) nutzte biographie- und bildanalytische Zugänge für eine

Kritik am Begriff »Gastarbeiter«. *Victoria Taboada Gómez* (Göttingen) rekonstruierte die Bearbeitung eines erlebten Verlustes von Zugehörigkeit im Zuge von Migration aus Lateinamerika durch politisches Engagement.

Zudem wurde die zentrale Rolle von Sprache im Fluchtcontext diskutiert: Indem Sprachkompetenzen als Mittel der Zugehörigkeitsverortung über Lebenswirklichkeiten im Fluchtcontext mitentscheiden (Becker und Hinrichsen); indem Spracherwerb auf Selbstbilder und Teilhabeerwartungen bezogen ist (*Stefan Bernhard, Stefan Röhrer*; Nürnberg) oder sich aus der Mikrostruktur sprachlichen Handelns Formen der »prekären Zugehörigkeitsarbeit« rekonstruieren lassen (*Bettina Dausien, Nadja Thoma*; Wien).

Der disziplingeschichtlich orientierte Plenarvortrag von *Christoph Reimprecht* (Wien) rekonstruierte anhand autobiographischer Notizen von Wissenschaftler*innen und Literat*innen die Spezifik des Exils. Soziologie im Exil/des Exils sei als originär politische, kritische und *non-identitarian sociology* zu betrachten. Theoretische und methodische Herausforderungen behandelten auch *Tina Spies* (Darmstadt), *Olaf Tietje* und *Elisabeth Tuijer* (Kassel), die Implikationen postmigrantischer Perspektiven für die Biographieforschung diskutierten. Der Plenarvortrag von *Roswitha Breckner* und *Faime Alpagu* (Wien) stellte bildanalytische Zugänge vor. Sie zeigten anhand eines Projekts, in dem Geflüchtete ihre Lebenssituationen fotografisch dokumentierten, differenzierte Zugänge zur Herstellung von »Normalität« unter Fluchtbedingungen. *Frauke Schacht* (Innsbruck) verdeutlichte, wie Diskurse über »Flüchtlinge« auf deren Selbstpositionierungen wirken.

Im Abschlussvortrag zeichnete *Ursula Apitzsch* (Frankfurt am Main) die Kontinuität von Exil in den Lebens- und Familiengeschichten von Antonio Gramsci und seiner Frau Julia Schucht nach. Apitzsch interpretierte Gramscis Zeit im Gefängnis als »Momente des Verlustes des biographischen Wissens über die Gegenwart«.

Die auf unterschiedliche Gruppierungen und Regionen bezogenen Beiträge verdeutlichten, wie unterkomplex gegenwärtige Migrationsdebatten geführt werden. Die Tagung zeigte, dass Erfahrungen und Formen von Exil, Flucht und Verfolgung fundamental mit der Geschichte und Gegenwart verschiedener Gesellschaftskontexte verwoben sind. Soziologische Theoriebildung steht gegenüber vielen Facetten dieser Themen noch recht am Anfang. Die Konferenzbeiträge lassen sich als deutliches Plädoyer für eine soziohistorische, vergleichende und machtsensible Sozialforschung unter Einbezug der Erfahrungen der beteiligten Akteure zusammenfassen.

Arne Worm, Maria Pohn-Lauggas

Sektion Familiensoziologie

Herbsttagung am 10. und 11. Oktober 2019 in Bamberg

Die erste Session behandelte das Thema »Familie und Wohlergehen«. *Lara Augustijn* (Duisburg-Essen) stellte ein gemeinsames Papier mit Anja Steinbach und Gerrit Corkadi zum Thema »Die Auswirkungen des Wechselmodells auf die Lebenszufriedenheit von Kindern« vor. Ihre Analyse der *Health Behaviour in School-aged Children* Studie zeigte, dass es bei Kontrolle von kinder- und familienbezogenen Merkmalen keine Unterschiede in der Lebenszufriedenheit von Kindern in Abhängigkeit vom Betreuungsmodell gibt. *Christine Entleitner-Phleps* (München) präsentierte eine gemeinsame Studie mit Sabine Walper zum Thema »Familienleben nach Trennung und Scheidung: Ein Blick auf komplexe Stieffamilien und kindliches Wohlbefinden in zwei Datensätzen«. Sie zeigte anhand der Daten von AID:A I und AID:A II, dass die Bildung, die subjektive finanzielle Belastung, die Familienform und vor allem das Familienklima prädiktiv für kindliches Wohlbefinden sind und gerade Kinder aus komplexen Stieffamilien über ein schlechteres Wohlbefinden berichten. *Laura Castiglioni* (München) referierte über ein gemeinsames Projekt mit Ulrike Lux und Johanna Schütz zum Thema »Familiale Arrangements und Partnerschaftsqualität von Familien mit chronisch erkrankten oder beeinträchtigten Kindern«. Mit pairfam-Daten zeigte sie, dass Mütter und Väter von geringerem Wohlbefinden und negativem Konfliktverhalten in Partnerschaften berichten, wenn ihre Kinder von chronischer Krankheit betroffen sind.

Die zweite Session behandelte das Thema »Work-life-balance«. *Ayhan Adams* (Osnabrück) sprach über eine gemeinsame Studie mit Katrin Golsch zum Thema »Partnerschaftliche Unterstützung und Work-Family Conflicts«. Er zeigte mit pairfam-Daten, dass partnerschaftliche Unterstützung insgesamt nur einen geringen Einfluss auf die Wahrnehmung von work-family-conflicts hat, jedoch den wahrgenommenen family-to-work-conflict für Frauen stärker reduziert als für Männer. *Daniele Florean* (Bamberg) berichtete über eine gemeinsame Studie mit Henriette Engelhardt zum Thema »His and her working hours and wellbeing in Germany«. Er zeigte mit SOEP-Daten, dass die Lebenszufriedenheit von Frauen größer ist, wenn ihre männlichen Partner tendenziell länger arbeiten. *Laura Lükemann* (Bielefeld) berichtete von einer gemeinsam mit Anja Abendroth bearbeiteten Studie zum Thema »Männer: Wunsch & Wirklichkeit familiär bedingter Arbeitszeitreduktion«. Mit den Daten des LEEP-B3 zeigte sie, dass Männer

mit Kindern ihre Arbeitszeit in geringerem Ausmaß reduzieren als Mütter und dass eher betriebliche als berufliche Arbeitszeitnormen die Männer in ihrer Reduktionsneigung hemmen.

In der dritten Session zum Thema »Familie im Lebenslauf« referierte *Richard Preetz* (Oldenburg) eine gemeinsam mit Andreas Filser durchgeführte Analyse der pairfam-Daten zum Thema »How alternatives affect the development of living apart together partnerships: A multidisciplinary perspective«. Er zeigte, dass in Living Apart-Beziehungen im jungen Erwachsenenalter die Neigung zur Kohabitation umso größer ist, je mehr Alternativen die Frauen und je weniger Alternativen die Männer auf dem Partnermarkt haben. *Inga Laß* (Melbourne) referierte abschließend zum Thema »Der Effekt atypischer Beschäftigung auf Heiratsneigung und Trennungsrisiko nichtehelicher Lebensgemeinschaften: Ein Vergleich Deutschlands und Australiens«. Sie zeigte auf Basis des SOEP und des australischen HILDA-Datensatzes, dass sowohl in Deutschland als auch in Australien atypische Beschäftigung die Heiratsneigung von Frauen und Arbeitslosigkeit die Heiratsneigung von Männern reduziert.

Die vierte Session thematisierte die »Arbeitsteilung in der Familie«. *Miriam Trübner* und *Natascha Nisic* (Paderborn) referierten über »Die Rolle von Kompetenzen und Präferenzen für die Aufteilung und Auslagerung von Hausarbeit«. Auf Basis eines speziellen Moduls in pairfam 10 arbeiteten sie heraus, dass der Beitrag der Partnerin oder des Partners zur Hausarbeit größer ist, je kompetenter sie bzw. er von der befragten Person wahrgenommen wird. Zudem wurde gezeigt, dass die Neigung, eine bezahlte Haushaltshilfe einzustellen, geringer ist, wenn das als zu teuer empfunden wird oder wenn man nur geringes Vertrauen in eine solche Konstellation hat. *Nina Klünder* (Gießen) präsentierte ihre Studie »Zwischen selbst Gekochtem, Thermomix und Schulverpflegung: Eine Mixed-Methods Untersuchung zur Ernährungsversorgung in Familien«. Sie zeigte anhand von Daten der Deutschen Zeitverwendungserhebung sowie eigener Interviews, dass die Beköstigungsarbeit in Familien nach wie vor stark geschlechtsspezifisch aufgeteilt wird und dass gemeinsame Mahlzeiten ein wichtiger Bestandteil des Familienlebens in Deutschland sind. *Natascha Nisic* und *Constantin Schüle* untersuchten die »Entwicklung der Nachfrage nach Haushaltsdienstleistungen von 1983 bis 2013«. Mit den Daten der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe zeigten sie, dass die Ausgaben für haushaltsbezogene Dienstleistungen in Deutschland in den vergangenen zwei Jahrzehnten angestiegen sind. Das trifft insbesondere auf die Ausgaben für externe Kinderbetreuung zu, was

nach ihren Modellen vornehmlich auf eine entsprechende Verhaltensänderung im gleichen Zeitraum zurückzuführen sei.

Die fünfte Session der Tagung verhandelte Beiträge zum Thema »Normative Aspekte des Familienlebens«. *Hannah Zagel* (Berlin) präsentierte »Eine theoretische Annäherung« zur Analyse der »Famliengründungspolitik« entlang der Dimensionen »sexuelle Autonomie« und »Familienplanung«. Deutschland verortete sie dabei als »traditionalistisches« Regime. *Dirk Hofäcker* (Duisburg-Essen) referierte über die gemeinsam mit Simone Braun durchgeführte Studie »Konvergenz in Richtung eines Dual Earner-Modells? Die Entwicklung erwerbsbezogener Einstellungen und familienpolitischer Unterstützungsprogramme im europäischen Vergleich«. Mit ISSP-Daten zeigte er, dass die Zustimmung zum normativen Ernährermodell wie auch die weibliche Erwerbstätigkeit in den osteuropäischen Ländern vergleichsweise hoch und teilweise in den letzten Jahren angestiegen ist. Zudem bestätigte er den bekannten Befund, dass die Abkehr von traditionellen normativen Modellen mit steigender Bildung zunimmt. Zum Thema »Vorstellungen Jugendlicher und junger Erwachsener zur idealen Hausarbeitsteilung von Elternpaaren: Welche Rolle spielen Sozialisationserfahrungen im Elternhaus?« präsentierte *Janine Bernhardt* (München) ihre gemeinsam mit Leonie Kleinschrot verfasste Studie. Mit AID:A-Daten verdeutlichte sie, dass die Einstellungen der Kinder, im Speziellen der Töchter, zur Aufteilung der Hausarbeit durch die elterlichen Prozesse des »doing und saying gender« beeinflusst werden. Schließlich stellte *Carmen Friedrich* (Bamberg) ihre gemeinsam mit Florian Schulz und Henriette Engelhardt durchgeführte Arbeit zum Thema »Women's agency in Egypt, Jordan, and Tunisia: The role of parenthood and education« vor. Sie zeigte, dass die weibliche Handlungsfähigkeit der Frauen in diesen Ländern größer ist, wenn die Frauen Kinder haben, als wenn sie keine Kinder haben und wenn die höher gebildet sind.

Die gemeinsame Abendveranstaltung am Ende des ersten Tages fand diesmal im Rahmen eines Festaktes anlässlich des fünfundzwanzigjährigen Bestehens des Staatsinstituts für Familienforschung an der Universität Bamberg statt, zu dem alle Teilnehmerinnen und Teilnehmer an der Tagung eingeladen waren.

Florian Schulz

Sektion Medizin- und Gesundheitssoziologie

Dreiländerkongress »Krankheit und Gesundheit im Lebensverlauf« am 27. und 28. August 2019 in Winterthur/Schweiz

Der Kongress der deutschsprachigen Vertretungen für Gesundheits- und Medizinsoziologie findet seit 15 Jahren im meist zweijährigen Rhythmus statt und wird nach dem Rotationsprinzip von der Sektion Medizin- und Gesundheitssoziologie der DGS, der Sektion Gesundheits- und Medizinsoziologie der Österreichischen Gesellschaft für Soziologie und dem Forschungskomitee Gesundheits- und Medizinsoziologie der Schweizerischen Gesellschaft für Soziologie veranstaltet. Seit 2016 ist auch die Deutsche Gesellschaft für Medizinische Soziologie e.V. im Organisationsteam vertreten.

Der diesjährige Dreiländerkongress trug den Titel »Krankheit und Gesundheit im Lebensverlauf«. Rund 90 Personen nahmen teil. Der Kongress wurde mit einem Plenarvortrag von *Nico Dragano* (Düsseldorf), Stellvertreter der Vorsitzender der Deutschen Gesellschaft für Medizinische Soziologie, eröffnet. Einleitend präsentierte er Eindrücke aus dem berühmten Werk »Children of the Great Depression« von Russell Freedman, um anschließend die vielfältigen Facetten des Wechselspiels von Bildung bzw. sozioökonomischem Status und Gesundheit über Abschnitte des Lebensverlaufs hinweg zu zeigen.

In 18 Sessions wurde während der beiden Kongresstage in insgesamt 61 Referaten über Krankheits- und Gesundheitsverläufe mit Blick auf den Lebenslauf als Ganzes, aber auch mit Blick auf einzelne Entwicklungsphasen und biographische Übergänge verhandelt und die Einflüsse institutioneller Regulierungen sowie gesamtgesellschaftlicher Veränderungen standen zur Diskussion. Die thematischen Schwerpunkte und zugehörigen Sessions mit ihren Verantwortlichen waren:

Ungleichheit über den Lebensverlauf und Krankheit/Gesundheit

- »Wann, wie lang und in welchem Kontext? Längsschnittliche Betrachtung gesundheitlicher Ungleichheit über den Lebensverlauf« (*Anja Knöchelmann* und *Katharina Loter*, beide Halle/Saale)

Jugend bzw. frühes Erwachsenenalter und Krankheit/Gesundheit

- »Gesundheitliche Bedeutung kritischer Übergänge und sensibler Lebensphasen in der Jugend und im jungen Erwachsenenalter« (*Nico Vonneilich*, Hamburg)
- »Biografische Übergangsprozesse im frühen Erwachsenenalter« (*Julie Page*, Winterthur)

(Höheres) Alter und Krankheit/Gesundheit

- »Gesundheitsungleichheiten im höheren Alter: Unterschiede in Krankheitsprävalenzen und in individuellen Folgen von Erkrankungen« (*Marc Höglinger*, Winterthur, und *Peter Kriny*, Chemnitz)
- »Gesundheitsförderung im Alter« (*Simone Grandy*, Wien)
- »Psychosoziale Ressourcen im Lebensabschnitt Alter: Versorgung und Gesundheitskompetenz« (*Julie Page*, Winterthur)

Lebensende: Medizinkultur, Versorgung, Begleitung

- »Medizinische Performanz im Kontext des Lebensendes« (*Thorsten Benkel* und *Matthias Meitzler*, Passau)
- »Sterbeprozesse: Ideale, Begleitungspraktiken, Demenz« (*Ursula Streckeisen*, Bern)
- »Rund um den Tod: Zwischen hospizlicher Deutungskunst und Hinterbliebenenbiographie« (*Ursula Streckeisen*, Bern)

Arbeit, Beruf, Betrieb und Krankheit/Gesundheit

- »Gesund durch Arbeit?« (*Heike Ohlbrecht* und *Stefan Dreßke*, Magdeburg)
- »Arbeit und Gesundheit von Gesundheitsfachpersonen« (*Michael Gemperle* und *René Schaffert*, Winterthur)
- »(Erzwungene) Veränderungen? Betriebliche Praxen und deren Folgen für Arbeit und Gesundheit im Lebensverlauf« (*Thomas Geisen*, Olten)

Krankheit/Gesundheit im technologischen Wandel

- »Gesundheit im technologischen Wandel: Digitalisierung und Medizintechnologien« (*Andreas Bänziger*, Zürich).

Soziale Konstruktion, Pathologisierung, Psychiatrie

- »Soziale Konstruktionen und subjektive Definitionen von Gesundheit« (*Andreas Bänziger*, Zürich).
- »Soziale Konstruktion abweichenden Verhaltens bei psychiatrischen Diagnosen« (*Dominik Robin*, Winterthur)
- »Psychiatrische Krankheitskategorien zwischen Lebensproblemen und Pathologisierung« (*Dominik Robin*, Winterthur)

Varia

- »Versorgungsangebote und -strukturen im Gesundheitswesen« (*Isabel Baumann*, Winterthur)
- »Studentische Session: Aktuelle gesundheits- und medizinsoziologische Fragen« (*Ursula Meidert*, Winterthur)

Mit einer Podiumsdiskussion zum Thema »Chronische Krankheit: Verläufe, Bewältigung, Versorgung«, moderiert von Ursula Streckeisen, ging der erste Kongresstag inhaltlich zu Ende. Am Podium nahmen VertreterInnen aus Politik und Wissenschaft teil: Johann Behrens (Soziologie, Halle-Wittenberg), Christoph Junker (Sozialepidemiologie, Bundesamt für Statistik, Neuchâtel), Jörg Kündig (Gesundheitspolitik, Gossau ZH), Oliver Radinger (Soziologie, Wien) und Erika Ziltener (Gesundheitspolitik, Zürich). Zentrale Punkte der Diskussion fokussierten die aktuellen Herausforderungen der Gesundheitsförderung, das Thema Komplexpauschalen, die Betreuung im vierten Lebensalter sowie die Frage nach der Zuweisung von Definitionsmacht bei der Bestimmung des Nutzens von Behandlungen. In diesem Zuge wurde auch die Überversorgung am Lebensende thematisiert. Weitere Diskussionspunkte waren Regelungen zum Bereich Digitalisierung, Kooperationsverflechtungen, Transitionsmedizin und die Dauer gelungener Pflege.

Auf der Dachterrasse der Zürcher Hochschule für Angewandte Wissenschaften Winterthur fand danach bei schönstem Wetter ein Apéro statt mit anschließendem geselligem Abendessen.

Am zweiten Tag folgten – im Anschluss an die Sessionen – drei Plenarvorträge mit dem Hauptfokus Kindheit, Lebenslauf und Gesundheit. Sie richteten sich sowohl an Teilnehmende des Dreiländerkongresses als auch an Teilnehmende der gleichzeitig stattfindenden *Swiss Public Health Conference 2019*, die dem Thema »Child and Adolescent Public Health« gewidmet war. Es sprachen *Julia Dratva* (Winterthur) zum Thema »Introduction to the life course approach«, *Claudine Burton-Jeangros* (Genf) über »Parcours de vie et santé: effets des conditions de vie dans l'enfance et l'adolescence sur les trajectoires de santé« und *Cecilie Svanes* (Bergen) zu »How do lifestyle and environment of previous generations impact on the health of our children today?«.

Mit einer Abschlussdiskussion, die Andreas Bänziger moderierte, ging der Dreiländerkongress zu Ende. Auf dem Podium waren die VertreterInnen der beteiligten Fachgesellschaften Simone Grandy (ÖGS), Peter Kriwy (DGS), Julie Page (SGS) und Nico Vonnelich (DGMS). Mit Blick auf die künftige Arbeit wurde diskutiert, ob und inwieweit die Medizin- und Gesundheitssoziologie der theoretischen Diskussion und den innersoziologischen Auseinandersetzungen mehr Raum geben sollte, ob Kritik wieder höher zu gewichten sei, aber auch, ob einer salutogenetischen Perspektive mehr Aufmerksamkeit gebührt.

Der nächste Dreiländerkongress Medizin- und Gesundheitssoziologie findet am 4. und 5. März 2021 in München in der Carl Friedrich von Siemens Stiftung statt.

Peter Kriwy, Ursula Streckeisen und Andreas Bänziger

Sektion Organisationssoziologie

Herbsttagung »Organisationsgesellschaft *reloaded*. Empirische Einsichten und konzeptionelle Herausforderungen« am 5. und 6. Dezember 2019 an der Universität Luzern

Veranstalter der Sektionstagung waren Nadine Arnold, Raimund Hasse und Hannah Mormann. *Raimund Hasse* (Luzern) eröffnete die Veranstaltung mit einem Vortrag über die aktuellen Herausforderungen in der Organisationssoziologie. Im Fokus stand das Update organisationssoziologischer Klassiker sowie die Berücksichtigung neuerer, institutionentheoretischer Ansätze, um der grundlegenden Frage nachzugehen, welche Rolle Organisationen für gesellschaftliche Entwicklungen spielen und wie die hierdurch ausgelösten Dynamiken wiederum auf Organisationen zurückwirken.

Die erste Session war neuartigen Denkansätzen in der Organisationsforschung gewidmet. *Michael Grothe-Hammer* (Hamburg) illustrierte am Beispiel der »International Whale Commission«, dass Meta-Organisationen als besondere Organisationsform in Bezug auf die Bewältigung globaler Herausforderungen eine zentrale Rolle einnehmen, weil sie in besonderer Weise Mitgliederorganisationen zu Handlungen befähigen. *Sven Kette* (Luzern) illustrierte die Homogenisierung einzelner Organisationen oder deren vertikale Autonomisierung als mögliche Entwicklung, die eine Organisation unter dem Druck der ökonomisierten Gesellschaft einschlagen kann. *Kurt Rachlitz* (München) formulierte einen Thesenkomplex, in dem Online-Plattformen und ihre Beziehung zu Organisationen sowie zur Gesellschaft neuartig beleuchtet wurden.

Den Auftakt in der parallel stattfindenden Session machte *Rena Schwarting* (Berlin) mit einem Beitrag über gesellschaftliche Erwartungen an die ökonomische Effizienz und die Neutralität von Technologien in Organisationen. Sie untersuchte die sogenannte *algorithmic discrimination* an Hand des COMPAS-Scores, der im US-amerikanischen Strafvollzug eingesetzt wird. Am

Fallbeispiel konnte sie zeigen, dass diese Erwartungen und der Einsatz von *scores* eher selektiv und von der Praxis entkoppelt sind. Anschließend referierte *Hannah Mormann* (Luzern) über die Professionalisierungsgeschichte von PersonalexpertInnen am Beispiel von *Diversity Management*. Ihr Interesse lag einerseits auf den Einflüssen der Gesellschaft auf Organisationen und andererseits auf Effekten der professionalisierten Personalarbeit in Organisationen und ihren Rückwirkungen auf die Gesellschaft.

Schwerpunkt der dritten Session war das Thema Digitalisierung in seinen unterschiedlichen Facetten. *Stefan Kirchner* (Berlin) analysierte die Plattformökonomie und den daraus resultierenden Wandel, der als Erosion der Organisationsgesellschaft verstanden werden kann. *Cristina Besio* (Hamburg) und *Uli Meyer* (München) referierten über die Re-spezifizierung und die Re-kombination gesellschaftlicher Rationalitäten. Sie gingen davon aus, dass Organisationen Rationalitäten aufnehmen und sie neu für sie passend kombinieren und wiederum so auf die Gesellschaft zurückwirken. *Raimund Hasse* und *Sophie Mützel* (Luzern) führten Überlegungen von James Coleman zur Asymmetrischen Gesellschaft ins 21. Jahrhundert. Organisationen haben sich zu handlungsfähigen korporativen Akteuren entwickelt und es sind vor allem internationale Organisationen, die Aufgaben von nationalen Institutionen übernommen haben. Diese und andere Organisationen setzen Big Data-Technologien mittlerweile weniger für Meinungsforschung, sondern vielmehr für Verhaltensanalysen ein.

Maja Apelt und *Ines Michalowski* (Potsdam) eröffneten die vierte Session, die sich mit speziellen Organisationstypen und Organisationsvergleichen auseinandersetzte. Die Organisationssoziologinnen untersuchten Schwimmbäder als besonderen Organisationstypus, der auf gesellschaftliche Effekte der Migration reagiert und diese gleichzeitig auch beeinflusst. Danach wurden von *Oliver Schmidt* (Potsdam) die Organisationen des Kirchenasyls und der Seerettung verglichen. Er zeigte, dass verschiedene Organisationen mit unterschiedlichen Logiken auf die Flüchtlingsdiskussion in der Gesellschaft reagieren und diese so mitformen. Abschließend präsentierten *Roman Gibel* und *Judith Nyfeler* (Luzern) empirische Resultate zur Frage, wie die sehr unterschiedlichen Organisationstypen – Modefirmen und Mitgliederorganisationen wie Zünfte – mit der gesellschaftlichen Forderung nach Transparenz umgehen. Eine weitere Session war interorganisationalen Dynamiken und Formen der Regulierung gewidmet. *Leopold Ringel* (Bielefeld) präsentierte dazu seine Ergebnisse über die gesellschaftliche Wirkungsmacht quantifizierter Leistungsvergleiche und betonte dabei die Bedeutung sozialer

Beziehungen zwischen Rankingorganisationen und Gerankten. *Marvo Jöstingmeier* (Berlin) nutzte sein Referat, um auf die Bedeutung von Systemrisiken zwischen Organisation und Gesellschaft aufmerksam zu machen, und entlarvte die Organisation dabei als Interdependenzverstärker. Zum Abschluss präsentierte *Nadine Arnold* (Luzern) eine Studie über Produzentenorganisationen im Agrarsektor und ihre Interpretationen von Gesellschaft. Es wurde gezeigt, wie die Organisationen Entscheidungen über Prämienfelder auf unterschiedliche Weise organisieren.

In der abschließenden Session zum Thema Recht und soziale Gerechtigkeit analysierte *Henrik Dossdall* (Potsdam), inwiefern das sogenannte »Kreil-Urteil« die deutsche Bundeswehr veränderte, und erläuterte, welche Einsichten für die Organisationssoziologie daraus gewonnen werden können. So illustrierte er am oben genannten Fall, wie die Bundeswehr Einfluss auf die deutsche Gesetzgebung nahm und nicht etwa umgekehrt. *Julia Dommanovich* (Wien) stellte ihr Forschungsprojekt zur Institutionalisierung nachhaltiger Arbeits- und Beschäftigungsbedingungen in österreichischen Unternehmen vor. Sie entwickelte dafür eine theoretische Rahmung und präsentierte erste empirische Einsichten. *Pascal Goeke* (Berlin) arbeitete abschließend die Besonderheiten von Stiftungen heraus (Ressourcenunabhängigkeit, die Gabe als Instrument der Zielerreichung) und rief dazu auf, diesen Organisationstypus in gesellschaftlichen Analysen stärker zu berücksichtigen.

Die auf der Tagung gezeigten Einsichten über die Wechselwirkungen zwischen Organisation und Gesellschaft wurden in einer offenen Abschlussdiskussion als das zentrale Thema der Organisationssoziologie ausgewiesen. Die Auseinandersetzung mit entsprechenden Fragen zur Organisationsgesellschaft wurde folglich als entscheidend für die Zukunft und Weiterentwicklung des Forschungsfeldes und für Möglichkeiten der Profilierung der Organisationssoziologie identifiziert. Um diese Entwicklung vorwärts zu treiben, wird es die Aufgabe von Organisationssoziologinnen und -soziologen sein, primär die unterschiedlichen gesellschaftlichen Effekte von Organisationen zu zeigen und zu erklären.

Arina Mischol, Carmen Gloggnier und Caroline Walpen

Sektion Politische Soziologie

Workshop »Herausforderungen der Demokratie. Zur gegenwärtigen politischen Situation Deutschlands« am 8. November 2019 in Trier

Lässt sich angesichts aktueller populistischer Herausforderungen von einer Krise der Demokratie in Deutschland sprechen? Und woran lässt sich dies gegebenenfalls festmachen? Oder wird der Befund der Krise für die deutschen Verhältnisse voreilig bemüht, gerade auch im internationalen und im historischen Vergleich? Dass Demokratien jenseits der Rede von Krisen stets Veränderungen unterliegen, gehört zu ihren konstitutiven Merkmalen, so *Martin Endreß* (Trier) in der Einführung zum von ihm in Kooperation mit der Sektion Politische Soziologie veranstalteten Workshop. Mehr noch: Die Stabilität von Demokratien sei gar nicht denkbar ohne ihren kontinuierlichen Wandel. Zu fragen sei aber, so Endreß weiter, ob bestimmte aktuelle Entwicklungen von historisch und komparativ besonderer Qualität sind und einen grundlegenden Umbruch für die deutsche Demokratie bedeuten würden oder könnten. Im Sinne von M. Rainer Lepsius sei es deswegen – gerade auch für die Politische Soziologie – von zentraler Bedeutung zu analysieren, welche die sozialen Strukturbedingungen von Demokratie in Deutschland sind und wie sich diese gegebenenfalls verändern. Diesen Fragen nahm sich der Workshop insbesondere mit Blick auf die Phänomene des Populismus und der Partizipation an.

Vor diesem Hintergrund diskutierte zunächst *Georg Vobruba* (Leipzig, Wien) in seinem Vortrag »Populismus in der Demokratie« die Frage, welcher Strategien sich der Populismus bedient und weshalb er damit in gegenwärtigen gesellschaftlichen Kontexten zumindest kurz- und mittelfristig so erfolgreich ist. Von zentraler Bedeutung ist dabei, so Vobruba, dass soziale Prozesse nicht länger als klare Ursache-Wirkungs-Zusammenhänge zu verstehen sind (falls sie es denn je waren), in denen Intentionen und ihre Effekte ein Eins-zu-eins-Verhältnis aufweisen. Stattdessen prägt eine umfassende Unübersichtlichkeit das Bild, und der Bezug auf Akteure und ihre Intentionen, oder gar die klare Zuschreibung von Verantwortung, ist im Sozialen im Allgemeinen und in der Politik im Besonderen in komplexen Gegenwartsgesellschaften nur noch bedingt möglich. Demgegenüber wirbt der Populismus gerade mit einem radikalen Vereinfachungsversprechen: Klar identifizierbare Akteure, ihre Intentionen und Verantwortlichkeiten werden hier wieder in den Mittelpunkt gestellt und als zentrale Topoi dabei »das Volk« und die »Volksouveränität« im politischen Diskurs platziert – und somit eine

Eindeutigkeit der komplex gewordenen Welt vermeintlich wiederhergestellt. Davon ausgehend, dass das Phänomen des Populismus systematisch auf demokratische Strukturen angewiesen, aber an der Grenze der Demokratie angesiedelt ist, erweist sich der Populismus damit Vobruba zufolge zwar als wirkmächtig, aber letztlich – verstanden als Teil der Demokratie – auch als erfolglos. Denn das Vereinfachungsversprechen des Populismus führt in einen Teufelskreis: Populistische Maßnahmen haben nicht den versprochenen Effekt – weil die Wirklichkeit eben doch komplexer ist als versprochen –, daraus folgt aber nicht die Verabschiedung dieser Maßnahmen, sondern oftmals ihre Radikalisierung – mehr vom selben also. In dieser Logik kann der Populismus aber letztlich in einem demokratischen Rahmen nicht erfolgreich sein, da er systematisch ausgrenzt, so Vobruba abschließend, und er sich so allenfalls hin zum Autoritarismus wandelt.

Im Anschluss befasste sich *Sylke Nissen* (Leipzig) in ihrem Vortrag »Austausch auf Augenhöhe. Wunsch und Wirklichkeit in politischen Beteiligungsprozessen« mit – für Demokratien konstitutiven – Partizipationsformen und -prozessen. Hier stellen sich, so Nissen, die Fragen, was der langfristige Rückgang des Engagements im Rahmen von konventionellen Partizipationsformen (unter anderem bei Wahlen) für die Demokratie bedeutet und ob Gegenbewegungen auszumachen sind. Nissen identifizierte in ihrem Beitrag insbesondere zwei Gegenbewegungen zum Rückgang klassischer Beteiligung: einerseits den Top-down-Versuch, systematisch Partizipationsmöglichkeiten im Zuge politischer Prozesse zu institutionalisieren, und andererseits die Zunahme unkonventioneller Partizipationsformen (vom zivilen Ungehorsam und Demonstrationen bis hin zu beispielsweise den von Heiner Geißler moderierten Stuttgart 21-Schlichtungsgesprächen in den Jahren 2010 und 2011). Zwar führten diese Entwicklungen zumindest teilweise zu einem erneuten Anstieg der Partizipation, sie sehen sich zugleich aber verschiedenen Kritiken gegenüber. So wird vor allem die politische Instrumentalisierung der Partizipationsverfahren, die Frage danach, ob sie wirklich ergebnisoffen sind, sowie die hohe Selektivität kritisiert, die in der Teilnehmerstruktur solcher Verfahren zum Ausdruck kommt. Vor diesem Hintergrund schloss der Vortrag mit einem ambivalenten Fazit: Ein Zurück in Vor-Partizipations-Zeiten ist kaum denkbar, zugleich sind aber realistische Erwartungen gegenüber Beteiligungsverfahren notwendig, die eine Distanzierung von der vermeintlichen »Heilsbotschaft« partizipativer Verfahren für die Demokratie ermöglichen.

Im dritten Vortrag des Workshops beschäftigte sich *Martin Endreß* (Trier) unter dem Titel »Gesellschaft und Demokratie in Deutschland heute« mit der Frage, ob und inwiefern der Befund »Weimarer Verhältnisse« in gegenwärtigen politischen Konstellationen zutrifft, welcher spätestens nach der Landtagswahl Thüringen am 27. Oktober 2019 als ein zentrales Diskursformat zur Lage der Demokratie in Deutschland gelten kann. Dem ging Endreß nach, indem er systematisch Parallelen und Differenzen in sozialer, politischer, kultureller und ökonomischer Hinsicht zwischen der Weimarer Republik einerseits und der Berliner Republik andererseits analysierte. Der Vergleich verdeutlichte, dass die Weimarer Republik im Kontrast zur Berliner Republik als von vielfältigen Strukturproblemen deutlich belasteter gelten kann und entsprechend diese aktuellen historischen Vergleiche ob ihrer vielfältigen Überzeichnungen in ein kritischeres Licht zu rücken sind. Für Endreß lässt sich daraus aber umgekehrt kein uneingeschränkt positives Fazit für gegenwärtige politische Konstellationen ableiten. Vielmehr identifizierte er auch für die Berliner Republik vielfältige Ambivalenzen in sozio-politischer, sozio-struktureller und sozio-kultureller Hinsicht, die die umfassenden aktuellen politischen Herausforderungen Deutschlands verdeutlichen. In einem Resümee konstatierte er schließlich die Aktualität von Tendenzen zur Entkernung der Demokratie – insbesondere hinsichtlich des strategischen Abstellens auf eine imaginierte »Mitte« des politischen Diskurses und damit verbundene Politiken der vermeintlichen Alternativlosigkeit –, welche als Gefahren für eine »Selbstaushöhlung von Demokratien« ernst genommen werden müssen, will man populistischen Dynamiken systematisch entgegenzutreten.

Die Themen der drei Vorträge verbindend wurde in einer gemeinsamen Abschlussdiskussion die Frage nach den Möglichkeiten eines produktiven Umgangs mit dem Phänomen des Populismus und populistischen Akteuren erörtert. Auch in diesem Zusammenhang erwiesen sich Ambivalenzen und die Notwendigkeit, sie auszuhalten und mit ihnen umzugehen, angesichts der Komplexität aktueller sozialer und politischer Prozesse als allgegenwärtig: Einfache Lösungen, wie sie der Populismus verspricht, gibt es eben auch im Umgang mit dem Populismus selbst nicht.

Benjamin Rampp

Sektion Religionssoziologie

Jahrestagung »Religion und Populärkultur« am 28. und 29. November 2019 in Berlin

Unter Beteiligung von etwa 30 TeilnehmerInnen aus Deutschland, Österreich und der Schweiz fand die Jahrestagung der Sektion Religionssoziologie in Kooperation mit dem Fachgebiet »Theorien moderner Gesellschaften« des Instituts für Soziologie der Technischen Universität in den Räumlichkeiten der TU Berlin statt. Der Ausrichtung der Tagung entsprechend behandelten die Beiträge die Bedeutung populärkultureller Formen in der Sphäre des Religiösen einerseits und die Übernahme religiöser Themen in der Populärkultur andererseits.

Nach einleitenden Worten der OrganisatorInnen beschäftigte sich die erste Session mit dem komplexen und historisch variablen Verhältnis zwischen Religion und populärkulturellen Medien. Ausgehend von Bourdieus Theorien des Kunstfeldes zeichnete *Uta Karstein* (Leipzig) die Ausgrenzung industriell produzierter religiöser Artefakte durch sich als Proponenten eines legitimen Geschmacks verstehende christliche Kunstvereine im 19. Jahrhundert nach, wobei die Auswirkungen der Ästhetik eines Kunstwerks auf die Moral seiner BetrachterInnen häufig im Zentrum der Diskussionen stand. Im zweiten Beitrag arbeitete *Jens Jetzkowitz* (Marburg) anhand des Blockbusters »Avatar« religiös kodierte narrative Strukturen im Film heraus. Dabei identifizierte er einen Konflikt zwischen Wissenskonzeptionen der Akteure, die sich auf eine natürliche Ordnung einerseits, auf ökonomische Zwänge andererseits berufen, sowie das »Erwähltwerden« des Protagonisten durch eine Naturgöttin als zentrale Elemente der »hollywood-typischen Kapitalismuskritik«. *Carsten Heinze* (Hamburg) behandelte in seinem Beitrag religiöse Fragestellungen in der Filmtheorie Siegfried Kracauers, die sich mit Erlösungsmomenten des Mediums Film im Kontext einer durch Sinnverlust charakterisierten Kultur der Moderne auseinandersetzt.

Gabriel Malli (Graz, Erfurt) präsentierte erste Befunde aus Untersuchungen zur diskursiven Konstruktion vergeschlechtlichter Subjektpositionen und Modellpraktiken in salafistischen Medien auf der Video-Plattform YouTube. Dabei konnte er feststellen, dass Produzenten Vermittlungsformen und Symbole einer als westlich markierten Populärkultur übernehmen. *Adrian Totaro* (Koblenz-Landau) beschäftigte sich in seinem Beitrag mit Internet-Auftritten evangelikaler Organisationen. In diesem Zusammenhang

machte er auf eine Bedeutungssteigerung des Visuellen für religiöse Kommunikation aufmerksam und plädierte für eine Offenheit der Religionssoziologie gegenüber Konzepten der visuellen Soziologie.

Auch in den Vorträgen des zweiten Blocks standen die vielfältigen wechselseitigen Beeinflussungsverhältnisse zwischen Religion und Populärer Kultur im Fokus. Am konkreten Fall einer Gemeinde der Evangelisch-Lutherischen Kirche in Denver zeigte *Maren Freudenberg* (Bochum) Formen eines Dialogs zwischen Religion und Populärkultur, wobei das »house for all sinners and saints« unter Rückgriff auf populär- und subkulturelle Elemente inklusive und anti-hegemoniale christliche Identitätsentwürfe anbietet. Im Abendvortrag stellte *Hubert Knoblauch* (Berlin) schließlich theoretische Überlegungen zur Refiguration der Religion an, die von einer Aneignung populärkultureller Inhalte durch religiöse Organisationen einerseits und einer Übernahme von Formen religiöser Kommunikation durch Akteure der Populärkultur andererseits geprägt ist. Das Konzept einer populären Religion, die Prozesse der Subjektivierung, Eventisierung und Spiritualisierung religiöser Praxis impliziert, weist zudem das Potenzial auf, konzeptuelle Differenzen der Religionssoziologie – wie beispielsweise unsichtbare versus öffentliche Religion, oder Säkularisierung versus Re-Sakralisierung – zu überwinden.

Der zweite Tag begann mit einem Beitrag von *Marv Breuer* (Paderborn), der sich mit Diskursen zur Altenpflege für muslimische MigrantInnen auseinandersetzte. Es wurde deutlich, dass muslimische Pflege in Fremdbeschreibungen ethnisch und religiös kodiert ist. In Selbstbeschreibungen von MuslimInnen wurden dagegen ethnisch-normative Erwartungen an Pflege ebenso sichtbar wie assimilativ-pragmatische Zugänge. Im Anschluss präsentierten *Thorsten Benkel* und *Matthias Meitzler* (Passau) empirische Befunde zur Refiguration der Religion in zwei Feldern religiöser Praxis: Zum einen zeigten sie einen Wandel der westeuropäischen Friedhofskultur, wobei Grabstätten zunehmend populärkulturelle Gestaltungselemente mit Bezügen zur Lebenswelt der Verstorbenen aufweisen. Zum anderen wurde das auf »große Transendenzen« ausgerichtete Erlebnisangebot einer Heilpraktikerschule als Evidenz einer Spiritualisierung medizinischer Praxis gedeutet. *Bernt Schnettler* (Bayreuth) stellte in seinem Vortrag ethnographische Befunde zu elaborierten Ritualen zur Bestattung nicht-identifizierbarer Mordopfer als Form eines abseits kirchlicher Institutionen praktizierten Totenkultes in Kolumbien vor, der insbesondere in marginalisierten sozialen Gruppen verbreitet ist und populärkulturelle mit volksreligiösen Elementen vereint.

Der letzte Themenblock der Tagung fokussierte auf räumliche und zeitliche Dimensionen populärer Religion und versammelte Beiträge zu religiösen Orten und Events. Ausgehend von einer Diskussion zentraler Charakteristika US-amerikanischer Megakirchen präsentierte *Udo Kelle* (Hamburg) empirische Befunde aus dem Feld evangelikaler Kirchen in einer deutschen Großstadt, wobei Konkurrenzbeziehungen ebenso sichtbar wurden wie institutionelle Isomorphien, etwa im Hinblick auf populärreligiöse Elemente. *Meike Haken* (Berlin) stellte Ergebnisse videographischer Erhebungen zu christlichen Celebrations – verstanden als Großveranstaltungen mit Eventcharakter – in Deutschland vor, die, unterstützt durch multisensorische räumlich-materielle Kommunikationstechniken, einerseits individuelles Erleben von Religion, andererseits intensive Gemeinschaftserfahrungen ermöglichen. Im letzten Beitrag der Tagung zeichnete *Marian Burghardt* (Leipzig) am Fall des »House of One« die Popularisierung religiöser Diversität nach. Dabei handelt es sich um einen im Zentrum Berlins geplanten und international beachteten multireligiösen Raum für christliche, jüdische und muslimische Gläubige, der als Objektivation sozialer Aushandlungsprozesse betrachtet werden kann und religiöse Diversität als Norm konstituieren soll.

Insgesamt bot die Tagung vielfältige Einblicke in das aktuelle Forschungsgeschehen der deutschsprachigen Religionssoziologie und unterstrich die Relevanz wissenschaftlicher Auseinandersetzung mit dem Verhältnis von Religion und Populärkultur. Die Beiträge und Diskussionen vermittelten den Eindruck eines lebendigen Feldes, das sich dem Gegenstand mit innovativen theoretischen und methodischen Zugängen annähert.

Gabriel Malli

Global Center of Spatial Methods for Urban Sustainability (GCSMUS)

Das Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) fördert seit dem 1. Januar 2020 im Rahmen des »DAAD exceed – Hochschulexzellenz in der Entwicklungszusammenarbeit« das »Global Center of Spatial Methods for Urban Sustainability« (GCSMUS) der Technischen Universität Berlin (Sprecherinnen: Nina Baur und Angela Million, Koordinator: Ignacio Castillo Ulloa). Das GCSMUS bringt 48 institutionelle Partner aus 48 Ländern und 8 Weltregionen zusammen und kooperiert unter anderem eng mit dem Sonderforschungsbereich »Re-Figuration von Räumen« (Sfb 1265), dem »Leibniz-Institut für Raumbezogene Sozialforschung« (IRS), dem Research Committee »Logic and Methodology in Sociology« (RC33) der »International Sociological Association« (ISA) und dem Research Network »Quantitative Methods« (RN21) der »European Sociological Association« (ESA).

Die Partner streben eine stärkere Nutzung sozialwissenschaftlicher Methoden und Methodologien zur Entwicklung von Nachhaltigkeit in Städten und Siedlungen an, indem mittels Wissenstransfer, -austausch und -implementation Methoden der empirischen Sozialforschung mit Städtebau, Stadtplanung und Politikberatung verknüpft werden. Der Fokus liegt dabei auf dem Entwicklungsziel 11 (»Städte und Siedlungen inklusiver, sicherer, widerstandsfähiger und nachhaltiger machen«) der Agenda 2030 der Vereinten Nationen.

Zwischen 2020 und 2024 will das Zentrum mit Hilfe von fünf strategischen Maßnahmen einen Beitrag zum Entwicklungsziel 11 leisten:

Education: Aufbau eines globalen Methoden-Netzwerks mittels internationaler Tagungen,

Experience: Vertiefung von transdisziplinären Methodenkenntnissen durch Lehrforschungsprojekte,

Evaluate: Methodenreflexion im Rahmen von Promotionen und der Entwicklung von Projektanträgen für Post-Doc-Projekte,

Exchange: Erwerb von Praxiserfahrung durch anwendungsbezogene Projekte,

Enhancement: Workshops zur Vermittlung zwischen Grundlagenforschung und Praktiker*innen.

Die Maßnahmen werden von Nina Baur (TU Berlin), Gabriel Faimau (University of Botswana, Botswana), Fraya Frehse (University of São Paulo, Brasilien), Angela Million (TU Berlin) und Gaurav Raheja (IIT Roorkee, Indien) koordiniert und zielen insgesamt auf folgende Ergebnisse ab:

- a) Exzellenz in der universitären Ausbildung in den raumbezogenen Disziplinen (zum Beispiel Soziologie, Stadt-, Landschafts- und Verkehrsplanung, Geographie und Architektur) und
- b) Verbesserung der Praxis der planenden und gestaltenden Disziplinen (zum Beispiel Stadt-, Verkehrs- und Landschaftsplanung, Städtebau, Architektur und Landschaftsarchitektur) sowie von Städtebau, Stadtplanung und Politikberatungsinitiativen, die sich mit Dynamiken der Inklusion/Exklusion, Sicherheit und Resilienz in Städten im globalen Süden befassen.

Inbesondere verfolgt GCSMUS eine innovative methodologische Strategie, indem Methoden der empirischen Sozialforschung mit Methoden der Design-Forschung, Methoden des Städtebaus und politikwissenschaftlichen Methoden verbunden und zu Methoden der Raumforschung weiterentwickelt werden, um Nachhaltigkeit in Städten und Gemeinden mittels evidenzbasierter Planung und *low-impact urban development* (LIUD) zu verbessern.

Da sowohl im globalen Süden, als auch im globalen Norden ein großer Bedarf besteht, LIUD-Ansätze mit Hilfe von transdisziplinären Methodologien sinnvoll anzuwenden, ist diese Integration und Weiterentwicklung von Wissensbeständen bewusst als Peer-Learning-Prozess gestaltet, wobei ein Großteil der Maßnahmen in Brasilien, Botswana, Deutschland und Indien stattfinden werden. Maßnahmen, an denen Forschende aus dem globalen Norden teilnehmen können, werden über die E-Mail-Verteiler der jeweiligen Fachgesellschaften angekündigt. Methodisch und methodologisch interessierte Forschende sind herzlich eingeladen, sich an diesem Diskurs zu beteiligen. Ausführlichere Informationen sind verfügbar unter:

www.mes.tu-berlin.de/spatialmethods

Habilitationen

Dr. Sascha Dickel hat sich am 17. Juli 2019 an der Technischen Universität München habilitiert. Die Habilitationsschrift trägt den Titel »Die soziale Expansion der Wissenschaft«. Die *venia legendi* lautet Soziologie.

Die Rudolf-Goldscheid-Werkausgabe

Ein längst überfälliger Beitrag zur Rekonstruktion verdrängter Wurzeln in der Entstehungsgeschichte soziologischen Denkens

Die Soziologie wurde zu Beginn des 20. Jahrhunderts als Krisenwissenschaft aus sozialreformerischer Notwendigkeit in der Krise geboren (Neef 2012). Sie war die institutionelle Antwort auf das Versagen der akademischen Philosophie bei der Lösung substantieller gesellschaftlicher Problemlagen (Tönnies 1989). Eine Entwicklung der Soziologie in zwei Richtungen schien möglich: entweder als soziale Gestaltungskraft, handlungspraktisch wirksam zu werden durch Interventionen in den gesellschaftlichen Alltag hinein, eine Option, die wesentlich von Frauen getragen wurde, die in der Dogmengeschichte des Faches heute kaum noch Erwähnung finden (Hilde Lion, Alice Salomon, Marianne Weber, Hilde Adler, Marie Luise Rehm, Gertrud Bäumer); oder als wertfreie und vom gesellschaftlichen Alltagsgeschehen abgehobene, sich immer stärker davon distanzierende Profession, eingebunden in die tradierte, sich selbst genügende Akademia.

Für die erste Option steht der Name Rudolf Goldscheid (1870–1931), er war die treibende Kraft hinter der Gründung der Deutschen Gesellschaft für Soziologie; für die zweite der Name Max Weber (1864–1920). Beide standen einander, darin Gabriel Tarde und Emile Durkheim vergleichbar, unversöhnlich gegenüber. Max Weber setzte sich durch; er hatte das wissenschaftshistorische Recht auf seiner Seite, als es darum ging, die Soziologie als akzeptierte eigenständige Fachdisziplin im traditionellen Universitätssystem zu verankern. Rudolf Goldscheid, obwohl er zu Beginn der dreißiger Jahre international präsent war, geriet in Vergessenheit. Das hatte vor allem zwei Gründe: Als Abkömmling des jüdischen Großbürgertums in Wien wurde er in der Ära des Nationalsozialismus zur persona non grata; ein Schicksal, das die Nachkriegszeit überdauerte und beinahe auch Ferdinand Tönnies widerfahren wäre (König 1955); der zweite Grund war die Engführung der Soziologie als innerakademische Fachdisziplin, so dass Personen, die dieser Selbstzuschreibung nicht entsprachen, aus ihrer Dogmenhistorie entfernt wurden (Mikl-Horke 2007).

Die damit einhergehenden Etikettierungen sind zwischenzeitlich, nicht zuletzt durch Michael Burawoys Redefinition und Neuorientierung der Soziologie (2015), brüchig geworden. Aus heutiger Sicht enthalten die Beiträge der soziologischen Evolutionstheorie Goldscheids grundlegendere und ak-

tuellere Einsichten zur gegenwärtigen Krisensituation der sich konstituierenden Weltgesellschaft, als die sich selbst genügende innerakademische Mainstream-Soziologie mehrheitlich anzubieten vermag.

Aus diesem Grunde wird von der Ferdinand-Tönnies-Arbeitsstelle an der Alpen-Adria-Universität in Klagenfurt eine fünfbändige Rudolf-Goldscheid-Werkausgabe vorbereitet, die im Wesentlichen seine großen Monographien zur Gründungsphase der Soziologie enthalten und bei Profil in München und Wien, die dortige Ferdinand-Tönnies-Werkausgabe flankierend (SOZIOLOGIE, Heft 2, 2019, 251 f.), erscheinen wird. Den einzelnen Bänden ist ein umfangreiches Nachwort beigegeben, das die Texte aus heutiger Sicht deutend erschließen soll. Der erste Band mit dem Titel »Zur Ethik des Gesamtwillens. Eine sozialphilosophische Untersuchung« (1902), der die Soziologie als normative und ethische Sozialwissenschaft willentheoretisch, darin Ferdinand Tönnies vergleichbar, begründet, ist soeben erschienen. Es folgen Band 2 »Grundlinien zu einer Kritik der Willenskraft. Willentheoretische Betrachtung des biologischen, ökonomischen und sozialen Evolutionismus« (1905), Band 3 »Entwicklungswerttheorie, Entwicklungsökonomie, Menschenökonomie. Eine Programmschrift« (1908), Band 4 »Höherentwicklung und Menschenökonomie. Grundlegung der Sozialbiologie« (1911) und Band 5 »Monographien zur Finanzsoziologie« (1917, 1919, 1928).

Arno Bammé

Literatur

- Burawoy, M. 2015: Public Sociology. Öffentliche Soziologie gegen Marktfundamentalismus und globale Ungleichheit. Weinheim, Basel: Beltz Juventa.
- König, R. 1955: Die Begriffe Gemeinschaft und Gesellschaft bei Ferdinand Tönnies. *KZfSS*, 7. Jg., 349–420.
- Mikl-Horke, G. 2007: Vergessene Hoffnungen. Rudolf Goldscheids Soziologie. In W. Fritz, G. Mikl-Horke, Rudolf Goldscheid – Finanzsoziologie und ethische Sozialwissenschaft. Wien: LIT, 87–223.
- Neef, K. 2012: Die Entstehung der Soziologie aus der Sozialreform. Eine Fachgeschichte. Frankfurt am Main, New York: Campus.
- Tönnies, F. 1989: Brief an Harald Höffding vom 15.12.1895. In C. Bickel, R. Fechner (Hg.), Ferdinand Tönnies. Harald Höffding. Briefwechsel. Berlin: Duncker & Humblot, 46–47.

In memoriam Joachim Bergmann (13. Juli 1933–18. Dezember 2019)

Joachim Bergmann, dessen hier zu gedenken ist, starb am 18. Dezember 2019 mit 86 Jahren in Frankfurt am Main nach einer mehrjährigen schweren Krankheit. Er war bis zu seiner Emeritierung Professor für Soziologie an der Technischen Hochschule/Universität Darmstadt. Hinter ihm liegt ein reiches und wechselvolles wissenschaftliches Lebenswerk, kontrastierend zu seinem realen, eher bruchlosen Lebensverlauf.

Geboren wurde er am 13. Juli 1933 in Offenbach am Main. Der Vater war Volksschullehrer und avancierte nach dem Zweiten Weltkrieg zum Direktor einer Volksschule (was er wohl seiner unbelasteten Haltung im NS-Staat zu verdanken hatte). Die Mutter hatte ihren Beruf als Hauswirtschaftslehrerin nach der Geburt der Kinder aufgegeben. Zusammen mit drei Schwestern wuchs er in dem streng katholischen Elternhaus auf. Nach dem Abitur 1953 in Groß-Umstadt immatrikulierte er sich im Wintersemester 1953/54 an der Technischen Hochschule Darmstadt für den Studiengang Bau- und Ingenieurwissenschaften. Es war Eugen Kogon, der ihn nach zwei Semestern zum Studien- und Universitätswechsel motivierte. An der Universität Frankfurt belegte er von 1955 bis 1960 den neu eingerichteten Studiengang für Soziologie. Er gehörte zur frühen Generation von Diplom-Soziologen, deren Lehrer Max Horkheimer und Theodor W. Adorno die intellektuelle Physiognomie prägten, die ihn im persönlichen Verkehr überzeugend und unverfälscht auftreten ließ.

Seine wissenschaftlichen Ambitionen zeigten sich schon bei der Wahl des Themas seiner Diplomarbeit, die er über Max Webers Verhältnis von Wirtschaft und Gesellschaft schrieb. Danach wechselte er an die Universität Marburg, wo er als Assistent bei Professor Heinz Maus tätig wurde. Für seine Dissertation wählte er den schwierigen Theoretiker Talcott Parsons als Thema. Zu dieser Zeit war Parsons nur mit wenigen Texten ins Deutsche übersetzt und nur sporadisch rezipiert worden. Wenn ich richtig gezählt habe, wertete er von Parsons nicht weniger als 47 Literaturtitel aus, bis auf vier ausschließlich englischsprachige. Dass die Arbeit »Die Theorie des sozialen Systems von Talcott Parsons«, 1967) als 20. Band in die ehrwürdige Reihe der »Frankfurter Beiträge zur Soziologie« mit einem Vorwort von Theodor W. Adorno und Ludwig von Friedeburg aufgenommen wurde, kam einem wissenschaftlichen Ritterschlag gleich. Nur wenigen Doktoranden (unter ihnen Alfred Schmidt, Oskar Negt und Helge Pross) wurde diese Ehre zuteil.

Nach seiner Promotion kehrte er 1965 an das Frankfurter Institut für Sozialforschung zurück und leitete dort als wissenschaftlicher Mitarbeiter (*senior researcher* würde man heute sagen) industrie- und gewerkschaftssoziologische Untersuchungen, die ihm die Wertschätzung seiner Fachkollegen eintrugen. Maßgeblich hatte er die Leitung der ersten großen Gewerkschaftsstudie übernommen, die nach langer Inkubationszeit zu einem Standardwerk der Gewerkschaftssoziologie werden sollte (»Gewerkschaften in der Bundesrepublik«. Frankfurt am Main 1975, 2. Aufl. 1976, 3. Aufl. 1979).

Nachdem er 1972 als Hochschullehrer an die TH Darmstadt berufen worden war, zollte er dem regulären Lehrbetrieb mit engagiertem Elan und akademischem Ernst seinen Tribut, setzte ihm aber mit seinen Forschungsprojekten und Publikationen ein Gegengewicht. Der industriesoziologischen Thematik im weitesten Sinne blieb er zunächst treu, wie seine Aufsätze und Bücher über Gewerkschaften, Rationalisierung in Industriebetrieben, neue Technologien oder japanische Unternehmensorganisation ausweisen. Hervorgehoben seien hier die Studie »Rationalisierung, Technisierung und Kontrolle des Arbeitsprozesses« (1986) und sein noch heute – in Zeiten ubiquitären Digitalisierungspalavers – mit Gewinn zu lesender Vortrag »Technik und Arbeit«, in dem er den Forschungsstand auf dem 23. Soziologentag 1986 in Hamburg kenntnisreich zusammenfasste. Es blieb nicht dabei. Auf Einladung seiner historischen Kollegen vertiefte er sich für einen Beitrag zu der Vorlesungsreihe anlässlich der 500jährigen Wiederkehr der Entdeckung Amerikas in die historische Fachliteratur über die mörderische Dynamik der Conquista, das heißt über die mit großer Brutalität durchgeführte Unterwerfung der indigenen Bevölkerung Mittel- und Südamerikas, mit dem Ergebnis eines profunden Aufsatzes über die »Dynamik der Conquista« (Leviathan, Heft 4/1992). Hinzu kamen gescheite Analysen über den Neoliberalismus und die Verteilungsproblematik in Deutschland.

Mit japanischen Kollegen baute er eine enge Forschungskoooperation auf, die zu gemeinsamen Konferenzen und Workshops führte und Bergmann zu einem längeren Forschungsaufenthalt an der Tohoku University im japanischen Sendai veranlasste, der zu einer engen und dauerhaften Freundschaft mit seinem Kollegen Shigeyoshi Tokunaga führte. Einen publizistischen Niederschlag fanden diese Aktivitäten in der Herausgabe von Konferenzbänden (Tokunaga, Bergmann: »Industrial Relations in Transition«, 1984, und Bergmann, Tokunaga: »Economic and Social Aspects of Industrial Relations«, 1987) und in seiner Buchpublikation über die japanischen Betriebsgewerkschaften (»Rationalisierungsdynamik und Betriebsgemeinschaft. Die

Rolle der japanischen Betriebsgewerkschaften«, 1990). Zudem war er Gründungsmitglied der 1988 gebildeten »Vereinigung für sozialwissenschaftliche Japan-Forschung« (VSJF), die einen regelmäßigen wissenschaftlichen Austausch zwischen Sozialwissenschaftlern und Japanologen zu Fragen der japanischen Gesellschaft organisierte.

In seiner Rolle als Gutachter bei der Deutschen Forschungsgemeinschaft für zwei industriesoziologische Schwerpunktprogramme und später in der »Kommission für die Erforschung des sozialen und politischen Wandels in den Neuen Bundesländern« nahm er Einfluss auf zukunftsrelevante Untersuchungen. In den letzten Jahren vor seiner Emeritierung war seine Expertise in der Transformationsforschung im östlichen Deutschland gefragt. Neben der Begutachtung von Projektanträgen vieler Forschungsprojekte, die an ostdeutsche Wissenschaftler vergeben wurden, beteiligte er sich auch an der Forschung mit eigenen Publikationen.

Es gab auch – um mit Brechts »Legende von der Entstehung des Buches Taoteking« bildlich zu sprechen: – die »Zöllner«, die ihm das Wissen abverlangten, also die Vertrauensleute und Betriebsräte, die von ihm dankbar das Orientierungswissen für ihre Aufgaben entgegennahmen. Auch als Mitglied des wissenschaftlichen Beirats zur Evaluierung der Begleitforschung zur »größten Tarifreform der Nachkriegsgeschichte« der IG Metall, der Angleichung der Entgeltstrukturen von Arbeitern und Angestellten, wurde sein Rat gefragt.

Nein, ein abgehobener, der politischen Praxis abholder Wissenschaftler war er wirklich nicht. Aus seinen Forschungsprojekten und seiner engagierten Betreuung von Doktoranden und Habilitanden hatte sich ein Schülerkreis herausgebildet, aus dem Hochschullehrer und Sozialforscher renommierter Institute hervorgingen. Mit ihnen, den »Darmstädter Ehemaligen«, traf er sich zweimal jährlich zu Diskussionsrunden, auf denen politische Kernfragen und aktuelle Reibungspunkte teils hoch kontrovers diskutiert wurden.

Als sein jüngerer Kollege und Freund habe ich Joachim Bergmann während unserer gemeinsamen Arbeit als einen Wissenschaftler kennengelernt, der seine erstaunliche Belesenheit und seinen intellektuellen Scharfsinn keineswegs ausspielte, sondern besonnen, ja zurückhaltend und überaus kollegial agierte; an kontroversen Diskussionen beteiligte er sich gleichwohl mit großem Vergnügen. Dominantes Verhalten konnte er analysieren, es zu praktizieren, widersprach völlig seiner unprätentiösen Art.

Walther Müller-Jentsch

In memoriam Otthein Rammstedt (26. Januar 1938–27. Januar 2020)

Es gibt unterschiedliche Gattungen von Wissenschaftlern. Zweifelsohne gehörte Otthein Rammstedt zum Typus des selbstbewussten und eigenwilligen Einzelgängers. Unvergesslich ist bei seinen Mitarbeitern der Satz: »Das kann gar nicht anders sein!« Woher Rammstedt seine Gewissheiten hatte, blieb ein Rätsel. So ging man in die weite Welt und versuchte anhand langwieriger Archivarbeit seine Intuitionen zu bestätigen. Einer Aufgabe zuliebe hatte Rammstedt seine Neigung zur intellektuellen Autarkie gemäßigt. Es war das Projekt einer Gesamtausgabe des geächteten und vergessenen Klassikers der Soziologie Georg Simmel.

Rammstedt studierte in Frankfurt, unter anderem bei Adorno. Dort lernte er auch dessen Lehrer Gottfried Salomon-Delattre kennen. Er war Simmels letzter Promovend in Strasbourg gewesen. Salomon-Delattre konnte Rammstedt zwei seiner Hauptinteressen weitergeben: die Simmel-Forschung und die Geschichte des Sozialismus und Anarchismus. Bis zur Emeritierung 2003 hielt Rammstedt nebst Vorlesungen zur Allgemeinen Soziologie jährlich eine Vorlesung zur Geschichte der sozialistischen Lehren. Simmel sollte jedoch zum Fokus seines Lebenswerks werden.

Nach dem Studium ging Rammstedt zur Promotion nach Münster und fand sich in einer völlig anderen Umgebung. So meinte er mal im Tischgespräch, dass Helmut Schelsky lautstark bekundet hatte: »Solange ich hier bin, wird der Rammstedt bei uns nicht promovieren!« Die politischen Meinungsverschiedenheiten gewannen jedoch nicht die Oberhand, sodass Schelsky ihn letztendlich mit einer soziologisch-historischen Arbeit über die Täufer in Münster promovierte. Die Kooperation mit der Münster-Schule der Soziologie setzte sich fort, sodass Rammstedt zum ersten Universitätsassistenten von Niklas Luhmann avancierte und am Gründungsprojekt der Universität Bielefeld beteiligt wurde. Dies war vor allem dem protestantischen Zug seiner Persönlichkeit zu verdanken. Er sagte immer seine Meinung und ließ sich nicht davon abbringen, klare Kante zu zeigen. Seine Haltung wurde jedoch geschätzt, weil man wusste, dass er zu seinen Verpflichtungen stand.

Das *dixi et salvavi animam meam* hat durchaus Tradition in der deutschen Sozialwissenschaft. Es birgt jedoch auch Risiken, die Rammstedt in den 1970er Jahren zu spüren bekam. So wollte er darauf hinweisen, dass es zu einer Spaltung innerhalb des aufrührerischen Milieus um Baader und Meinhof gekommen war, da einige angefangen hatten, die terroristischen Bestrebungen öffentlich in Frage zu stellen. Ihnen sollte man mit Verständnis entgegenkommen. Rammstedts

Stellungnahme wurde jedoch als Sympathiebekundung für den politischen Extremismus missverstanden. Noch zwanzig Jahre später fühlte er sich durch diese Erfahrung gebrandmarkt und ausgegrenzt. In diesem Zusammenhang mag eine Reflexion angefangen haben, die ihn von der Untersuchung sozialer Bewegungen im umkämpften politischen Alltag der Bundesrepublik Deutschland entfernte und seine Aufmerksamkeit stärker auf die Geschichte der Soziologie lenkte.

Bereits 1969 edierte Rammstedt Gottfried Salomon-Delatours Kollegmitschrift von Georg Simmels Vorlesung zur Logik. Zu Simmels hundertsten Geburtstag in 1958 hatte Michael Landmann das Projekt einer Simmel Gesamtausgabe formuliert. Bis in die 1980er Jahre hinein kam es jedoch zu keiner Konkretisierung der Pläne. Nach Landmanns unerwartetem Tod 1984 stellte sich jedoch die Frage erneut, zumal Simmels Werk im Zeitalter der »Krise großer Narrationen« steigender Aufmerksamkeit genoss. So kamen Rammstedts Pragmatismus und Organisationstalent zum Zuge. Er wusste Friedhelm Herborth, der damalige Lektor der Reihe Suhrkamp Taschenbuch Wissenschaft für das Projekt zu interessieren. Mit Luhmanns Unterstützung und nach dem Vorbild der Weber Gesamtausgabe versuchte Rammstedt eine Edition unter der Ägide der Nordrhein-Westfälischen Akademie der Wissenschaften zu initiieren. Als dieses Projekt scheiterte, erreichte er ein Gentlemen's Agreement mit der DFG. Diese hätte zwar die gesamte Edition nicht getragen, wohl aber einzelne Forschungsprojekte unterstützt, die an die Editionsarbeit gekoppelt waren. Damit fing 1989 ein Abenteuer an, das bis 2015 andauern sollte. Rammstedt wusste die wichtigsten internationalen Simmel Spezialisten für das Projekt zu begeistern, darunter Alessandro Cavalli, David Frisby und Patrick Watier, und gab einen ausschlaggebenden Impuls zur »Simmel Renaissance«. Die grundlegende editorische Arbeit wurde jedoch in Bielefeld an Rammstedts Lehrstuhl geleistet. Zu seinen wichtigsten Mitarbeitern gehörten Heinz-Jürgen Dahme, Klaus Christian Köhnke und Rüdiger Kramme sowie später viele andere mehr. Otthein Rammstedt steuerte mit entschlossener Hand die Arbeit. Das gesamte Projekt wäre jedoch ohne das Engagement seiner Frau Angela nie möglich gewesen.

Angela und Otthein Rammstedt hatten beide in Frankfurt studiert, waren einander jedoch dort nie begegnet. Sie lernten sich erst später kennen und gingen eine symbiotische Beziehung ein, die ein Leben lang anhielt. Als ausgebildete Philologin verfügte Angela Rammstedt über die notwendigen Kompetenzen, um Simmels Handschrift zu lesen und seine Briefe zu transkribieren sowie die unterschiedlichen editorischen Aufgaben zu übernehmen. Durch das steigende Outsourcing im Verlagswesen nahmen diese Aufgaben mit der Zeit ständig zu. Das Unternehmen der Simmel Gesamtausgabe – insbesondere die

Veröffentlichung der letzten Bände – wäre ohne die immense Arbeit nie möglich gewesen, die Angela und Otthein Rammstedt über fünfundzwanzig Jahre mit voller Hingabe in sie steckten. So ist es kein Wunder, wenn Rammstedt in seinem Suhrkamp Interview zur Edition in aller Deutlichkeit sagt: »Hätte ich am Anfang gewusst, was auf uns zukam, hätte ich die Editionsarbeit nie angefangen«.

Die Verdienste für die Simmel Edition überstrahlen wohl Rammstedts übriges Werk. Dennoch gibt es drei Aspekte, die nicht vergessen werden dürfen. Zusammen mit Werner Fuchs, Rüdiger Lautmann und Hanns Wienold gab Rammstedt 1973 das »Lexikon zur Soziologie« heraus. Es ist die Geschichte einer Freundschaft, sodass noch 2018 Lautmann und Wienold den Sammelband »Georg Simmel und das Leben in der Gegenwart« herausgaben und Rammstedt widmeten. Das Projekt des Lexikons war durch das Zusammentreffen junger, aufstrebender Wissenschaftler entstanden, die ihre Konzeption des Faches zum Ausdruck bringen wollten. Im freundschaftlichen Streit versuchte jeder seine Lieblingsstichworte durchzusetzen. Aus der humorvollen Selbstbeschreibung dieser Tätigkeit ist das neugeprägte Stichwort *Lexikokratie* hervorgegangen, das in das Wörterbuch Eingang fand und die Aufmerksamkeit des SPIEGEL weckte. Trotz oder vielleicht gerade wegen persönlicher Erfahrung engagierte sich Rammstedt ansonsten in der Kritik des fachinternen Konsenses. So entstand seine Untersuchung zur Normalität der Anpassung der deutschen Soziologie an das Nazi Regime von 1933 bis 1945. Das Buch stellt einen wichtigen Beitrag zur Emanzipation von den mentalen Blockaden der Nachkriegszeit dar. *Last but not least* gab es ein weiteres Engagement, bei dem Rammstedt an Simmels Lebenswerk anschließen konnte. Es war der Wiederaufbau von soliden Beziehungen der Zusammenarbeit mit drei Generationen von französischen Soziolog*innen in Straßburg sowie später in Paris, mit Freddy Raphaël, Patrick Watier und Lyliane Deroche-Gurcel.

Angela Rammstedt starb im Juni 2018. Damit bestand die Symbiose nicht mehr, auf der die gesamte Zusammenarbeit ruhte. Rammstedt plante noch eine große Simmel Biographie, um das gesamte Wissen weiterzugeben, das in fünfundzwanzig Jahren Editionsarbeit zusammengekommen war. Dazu reichten die Energien jedoch nicht mehr. In einem späten Interview für die Simmel Studies im November 2019 schilderte Rammstedt noch die Bausteine, die notwendig sind, um Simmels Biographie zusammenzustellen. Diese zu schreiben, wird jedoch die Aufgabe einer neuen Generation von Simmel Forscher*innen sein. So wie bereits die Urne von Angela Rammstedt wird die Asche von Otthein Rammstedt dem Meer vor der Küste der Bretagne übergeben.

Gregor Fitzl

Call for Papers

Neue Buchreihe:

»Soziale Probleme. Konstruieren und Verwalten«

Die Buchreihe thematisiert Soziale Probleme, indem sie sich vor allem auf die Fragen einlässt, warum und wie bestimmte Phänomene als soziale Probleme *gelten*. Noch so intensives Forschen nach deren Ursachen – von Armut oder Kriminalität zum Beispiel – beantwortet diese Fragen nicht. Zu erörtern ist vielmehr, warum und wie – um bei den Beispielen zu bleiben – ein Zustand als arm, ein Verhalten als kriminell und damit jeweils als soziales Problem verstanden wird.

Die Buchreihe orientiert sich also am soziologischen Konstruktivismus. Zwei Dimensionen sind es vor allem, entlang derer die eingangs gestellten Fragen erörtert werden sollten:

- Zum einen geht es um *Thematisierungen*: Wie und warum wurden oder werden bestimmte Phänomene – Zustände, Verhaltensweisen – als soziale Probleme zu Themen? Und wer profitiert möglicherweise von diesen?
- Zum anderen geht es um das *doing social problems*: Unter welchen Umständen wurde oder wird ein konkretes Verhalten in einer Interaktionssituation als soziales Problem definiert? Und welche Folgen des Definierens zeigen sich?

Zu erörtern sind in dieser Buchreihe also vor allem gelingende Problematisierungsvorgänge und ihre gesellschaftlichen und politischen Kontexte. Von Interesse sind aber auch das Scheitern von Problematisierungsversuchen und Entproblematisierungsvorgänge sowie deren Einlagerungen in institutionalisierte Praktiken. Darüber hinaus sind im Rahmen der neuen Reihe auch Formen und Arten von Problembearbeitungen zu erörtern, die problematisierte Personen und Gruppen vornehmen.

Viele Phänomene gelten als soziale Probleme. Im jetzt gerade herausgekommenen *Cambridge Handbook of Social Problems* zum Beispiel werden in 60 Kapiteln 44 solcher Probleme abgehandelt – und damit wird nur eine Auswahl sozialer Probleme getroffen. An Themen ist also kein Mangel.

Wir möchten Autor*innen unterschiedlicher Disziplinen einladen, Beiträge – dazu zählen auch Dissertationen – zu oben genannten Fragen vorzuschlagen. Wenden Sie sich bitte mit einer kurzen Konzeption (ca. eine halbe Seite) an:

Birgit Menzel

E-Mail: birgit.menzel@haw-hamburg.de,

Dörte Negnal

E-Mail: doerte.negnal@uni-siegen.de und

Helge Peters

E-Mail: helge.peters@uni-oldenburg.de.

Solidarity at the Crossroads: Concepts, Practices, and Prospects from an Interdisciplinary Perspective

Joint conference of the BMBF research project »Practices of Solidarity« and the Rottendorf research project »Global Solidarity«, 7th to 9th October 2020 at the Munich School of Philosophy

Both in the public debate and the scientific discourse, reference is increasingly made to »solidarity«. The popularity of the term can be understood as a response to global social, political, cultural and economic upheavals: From the increasing precarisation of certain communities, the unease regarding a neoliberal world economy, the escalation of the ecological crisis, the growing success of right-wing populist movements, to the potential collapse of the European Union. Against the background of this globalized dynamic of change, different practices of solidarity have emerged in the recent past, in the contexts of which people develop collective forms of being, feeling, and acting cooperatively.

Importantly, the various research paradigms investigating these practices imply both different conceptualisations of, and different ways of reflecting, justifying and employing solidarity. From the perspective of the history of

ideas, ›solidarity‹ analytically and empirically captures the mechanism of social integration somewhere between cohesion and fragmentation. Most research paradigms share the attempt to explain or problematize how social collectives of different sizes and objectives cohere. Conceptually, however, the analysis often remains fixed on the ›social bond‹ as a shared, habituated feeling of unity and obligation. In light of this, it seems theoretically more promising to focus on the practical dimension of solidarity and to investigate how shifting, solidarity-based initiatives interact with different institutional structures. That way, practices of social solidarity beyond the welfare state come into focus. It also provides the possibility to improve our understanding of the role temporal change plays in historical processes of negotiation, in everyday experiences, but also in conflicts involving gender-specific codes, colonialism, the environment, the interests of animals or the far future. This practice-based approach also promises to shed light on how problems are collectively perceived and processed, on the conditions of cooperative action as well as on power and resource differentials.

The conference is interdisciplinary and brings together philosophy, sociology, history, and political science. Conference questions are

- What is the conceptual core of solidarity in the different research paradigms and historical episodes?
- What are the preconditions of solidarity, i.e. who can be in solidarity with whom or what?
- What are the (geographical, temporal, systemic) limits of solidarity?
- To what extent is solidarity conceptually distinguished from ›justice‹, ›altruism‹, ›loyalty‹, ›community of interests‹, ›cooperation‹, ›humanitarian aid‹ etc.? To what extent is it related to any of these?
- Can there be a unified concept of solidarity that provides equal insight into local, national, and transnational practices of solidarity?
- How can solidarity be understood with respect to the tension between exclusion and inclusion?
- Is there a duty of solidarity, or must it be voluntary?
- To which current and historical problems do practices of solidarity react? To what extent do they become effective as alternatives to existing modes of action or institutions?
- What is the relationship between agents who act in solidarity?
- How can practices of solidarity be criticized? Does this necessarily require an external normative framework, or can criticism evolve from within the (respective) concept of solidarity?

- What role do practices of solidarity play for lived democracy?
- What contribution do practices of solidarity make to the generation of new moral norms?

Invited keynote speakers are Prof. Dr. Frank Adloff (University of Hamburg), Dr. Alasdair Cochrane (University of Sheffield), Prof. Dr. Carol C. Gould (Hunter College & CUNY), Dr. Benjamin Möckel (University of Cologne), and Prof. Dr. Sally Scholz (Villanova University).

The conference is part of the interdisciplinary research project »transnational practices of solidarity«, funded by the Federal Ministry of Education and Research (BMBF). This project is a cooperation between Prof. Dr. Stephan Lessenich (LMU Munich), Prof. Dr. Michael Reder (Munich School of Philosophy), and Prof. Dr. Dietmar Süß (University of Augsburg). The second partner of the conference is the research project »global solidarity« at the Munich School of Philosophy. It is currently led by Dr. Mara-Daria Cojocaru.

We look for contributions to the conference from philosophy, sociology, history, and political science on any of the questions raised above or on related questions. Note that the talks should be between 20 and 30 minutes long. The conference language is English. Colleagues from outside of Europe and North America as well as members of minorities in academia are encouraged to apply. Accommodation in Munich can be provided and there will be limited funding available to help with travel costs. Please state in your email whether you need either or both.

Conference delegates can submit their full papers for publication in the »Yearbook Practical Philosophy in a Global Perspective 5«. The special topic in 2020/21 will be the theme of the conference and it will feature invited papers by the keynote speakers. All other papers will undergo blind peer review. Prof. Lessenich and Prof. Süß will be guest editors for this volume. For more information see: <https://www.herder.de/jbprph/hinweise-fuer-autorinnen/>.

Deadline for the submission abstracts to the conference is **1st May 2020**. Please send your pdf of max. 1.000 words to

solidaritaet@philhist.uni-augsburg.de.

Call for Conference Bids 2023

Would you like to host the 16th ESA Conference in 2023?

The 16th Conference of the European Sociological Association will be held in late August 2023. The conferences of the ESA are biannual and take place in a different European country each time. We are currently inviting bids from parties wishing to host the conference in 2023.

As recent ESA conferences have been attended by some 3.000 delegates, the venue must have sufficient capacity in terms of meeting rooms and catering facilities. Rooms have to be granted by the hosting institution/university. Furthermore, the city should be well connected.

Eligibility

- Hosting institutions should be academic/research institutes.
- The bid should be submitted by a member of the hosting institution. He or she should be ready to act as Chair of the Local Organising Committee (LOC). He or she should have attended previous ESA conferences.
- The bid can be submitted together with the City's office for marketing / tourism etc.
- Professional Conference Organisers are not eligible and are not to be considered for the conference organisation. The conference organisation is shared between the ESA Office and the LOC, while the ESA Conference Committee is responsible for the academic programme.
- Congress centres and hotels are not to be considered for the required seminar rooms.

About the selection process

- The ESA Executive Committee (ExeC) will select the conference venue after carefully considering all bids.
- The ESA aims for geographic diversity when selecting the locations of its conference in order to reflect its European membership.
- After the deadline on 1st July, the ExeC might come back to promising bidders with specific questions.

The ExeC will decide about the winning bid at its meeting in Autumn 2020 and communicate the decision to all bidders soon after the meeting. In order to facilitate the process, please include at least all the information asked for in this call and submit your bid as a PowerPoint or PDF presentation which could be viewed during the ExeC meeting.

Bids should provide the following information:

- name and address of the hosting institution
- if several buildings will be required, please give details (if possible)
- names of the proposed Local Organising Committee (if possible; the LOC can be comprised of up to 15 members)
- why your city?
- capacity of the largest available lecture hall/auditorium (for the evening Plenaries which include the Opening and Closing Ceremony – minimum required 1.800, preferably 2.000+)
- size and number of available rooms for Semi-Plenaries (requirements: between 6 and 8 lecture rooms for 100-400)
- size and number of available rooms for Research Network and Stream sessions (requirements: between 70 and 95 seminar rooms for 20-60)
- note that all venues should be within short walking distance; all venues and rooms must be accessible; all rooms should be equipped with air-conditioning, screens, projectors, PCs or laptops and wifi)
- preliminary and provisional costs for venues and rooms as well as the catering (lunchboxes and coffee breaks)

Please also include information about:

- the coordination and training of the conference student volunteers/staff
- the potential registration area for at least 10 desks (A-Z) and the distribution of the conference bags to all delegates
- the potential exhibition area for 25-30 publishers
- the potential distribution points for lunchboxes (1.000+ lunches per break)
- the potential family room/child care area
- possibilities of additional fund-raising and sponsorship, incl. non-mone-
tary (city, public transportation, funding agencies etc.)

-
- the hosting institution’s sustainability policy and ideas for the further sustainability of the conference and its organisation
 - number, range, quality and costs of accommodation in the city
 - transportation connections (e.g. nearest major airport, railway network, underground, buses, tramways etc.)
 - ideas for sociological walks, city tours and other tourist programme points and events
 - other possible advantages/disadvantages of the conference location.

The deadline for submitting proposals is **1st July 2020**. Departments, institutes or associations who are interested in hosting the ESA 2023 conference can send their proposals and also preliminary questions to

Dagmar Danko, ESA Director

E-Mail: coordinator@europeansociology.org

Tagungen

Kritik des Eigentums? Zu einer Soziologie der Privatisierung und Vergesellschaftung

Frühjahrstagung der Sektion Wirtschaftssoziologie am 25. und 26. Juni 2020 an der Universität Hamburg

Die Kritik an neoliberaler Politik mit umfassenden Privatisierungen von Immobilien, Staatsunternehmen, Energieversorgung und Infrastruktur weitet sich in jüngster Zeit von Zweifeln an Märkten als Garanten für das Gemeinwohl zunehmend auch auf gegenwärtige Eigentumsverhältnisse aus. Denn spätestens seit der Finanzkrise 2007 und der anschließenden Bankenrettung ist klar, dass die Formel »privatizing gains and socializing losses« zu einer tragenden Säule des gegenwärtigen Kapitalismus geworden ist. Seit der Diskussion um die Vergesellschaftung von großen Immobilienunternehmen im Zuge der Bewegung »Deutsche Wohnen und Co. enteignen« sowie verschiedener Initiativen zum Rückkauf von Energienetzen rücken nunmehr auch konkrete Sozialisierungsforderungen wieder in den Vordergrund. Aber auch angesichts des Klimawandels und anderen Nachhaltigkeitsproblematiken stellt sich die Frage, ob Lösungen, die auf privaten Investitionen basieren, wie etwa bei *sustainable finance*, die richtigen Ansätze darstellen.

Diese Tagung soll Gelegenheit bieten, sich kritisch-analytisch mit Fragen zur gesellschaftlichen Rolle verschiedener Arten von Eigentum zu befassen und zu einer (Wirtschafts-)Soziologie des Eigentums beizutragen. Dabei soll Eigentum als soziale Beziehung und gesellschaftlich definierte Kategorie der Inklusion und Exklusion betrachtet werden. Sämtliches Eigentum – sei es Privat-, Gemein-, oder öffentliches Eigentum – beruht demnach auf Verhandlungen über individuelle und kollektive Ansprüche, die notwendigerweise soziale Konflikte um Eigentumsverhältnisse mit sich bringen.

Nationalstaaten und internationales Recht, aber auch die Zivilgesellschaft sind hier von entscheidender Bedeutung. Erstere definieren die verschiedenen Formen von Eigentum (Privateigentum, öffentliches Eigentum, Gemeineigentum) und setzen diese gesetzlich durch. Gleichzeitig agiert der Staat selbst nicht nur als Eigentümer inländischen öffentlichen Eigentums, sondern auch als globaler Investor – etwa von Land oder Immobilien – und wird mit der zunehmenden Bedeutung von Staatsfonds auch zu einem staatlichen Shareholder von Unternehmen. Aber auch die Zivilgesellschaft befasst sich mit (alternativen) Eigentumsformen und -verhältnissen. Während etwa Enteignung historisch meist als staatliches Top-Down-Projekt erreicht wurde, fordern nunmehr zivilgesellschaftliche Initiativen wie die »Deutsche Wohnen und Co. enteignen« Sozialisierung sozusagen Bottom-Up, mit dem Ziel, der staatlich organisierten Privatisierung explizit entgegenzuwirken.

Die Tagung will die Bedeutung von Privateigentum kritisch dekonstruieren und Eigentumsverhältnisse sowie Logiken der Privatisierung und Sozialisierung sowohl empirisch als auch sozialtheoretisch beleuchten. Schwerpunkte sollen sein:

- Fragen von Eigentum, Enteignung, Vergesellschaftung, Verstaatlichung, sowie die kollektive Verwaltung von Gemeinschafts- und öffentlichem Eigentum, Immobilienmarkt, Genossenschaften oder Anlegern,
- die Rolle des Staates in Bezug auf Eigentum (zum Beispiel Staats- und Pensionsfonds, Vergesellschaftung und Privatisierung),
- das Spannungsverhältnis zwischen staatlich gelenkter Verstaatlichung/ Sozialisierung von Eigentum und dem Schutz von Privateigentum durch internationales und Investitionsrecht
- das Verhältnis zwischen Eigentum und Markt, Ungleichheit oder Kapitalismus und
- die Rolle verschiedener Formen von Eigentum im Zuge von nachhaltiger Entwicklung.

Kontakt:

Natalia Besedovsky

E-Mail: natalia.besedovsky@uni-hamburg.de und

Joanna Kusiak

E-Mail: Jk726@cam.ac.uk.

Populism, Gender and Feminist Politics: Between the Backlash and the Resistance

Conference at the Faculty of Political and Social Science, Scuola Normale Superiore, Florence, 2nd and 3rd July 2020

In the present context of social insecurity and political realignment, populist parties and movements are everywhere on the rise, both on the left and on the right. In the abundant literature now available in the field of populism studies, there is increasing attention to the complex relationship between populism, gender and feminist politics. This 2-days international conference wants to provide a space to deepen the discussion around the diverse ways in which gender is constructed, mobilized and contested in the populist political moment.

Benefitting from a widespread sense of crisis, the populist surge also confronts neoliberal hegemony. While left-wing populism rails against economic neoliberalism, the populist right is mounting an attack on neoliberal culture, in which anti-feminism takes centre stage. As Nancy Fraser describes, *authoritarian populism* takes aim at a regime of *progressive neoliberalism*, a form of elitist liberalism that managed to co-opt and disarm the emancipatory agenda put forward by the New Social Movements since the 1970s. This diagnosis has been contested, but it raises interesting questions about the position of feminism in the populist dichotomy between the establishment and the people.

In recent years, the populist radical right has appropriated the conservative agenda on gender issues, sponsoring patriarchal social relations and heteronormativity through masculinist tropes, maternalist policies as well as by joining, supporting or creating anti-gender mobilizations. Often, gender and religion have been used as criteria to identify the people of the *heartland* and the outsider groups, in what Sara Farris calls *femonationalism*. Also, anti-gender issues create a common ground for the creation of transnational (populist) radical right identities and movements, overcoming the constraints to internationalization processes posed by the nationalist core value of radical right ideology.

Against the conservative backlash, women's and feminist movements have sprung up in many countries, defending women's rights and the gains of the feminist project. Populism, even from the right, may create unanticipated openings for women's empowerment, regardless of the actors' intentions. On the other hand, the new wave of mobilizations may also open up the possibility

of a feminist populism on the left. In the past, especially in Latin America, feminist mobilizations have often found an ally in populist formations.

Drawing on recent debates, the conference is particularly turning to the following themes:

- *Theorizing* on the relation between populism(s) and feminism(s)
- The construction of gender in populist *discourses*
- Gendered *practices* within populist parties and movements
- *Opportunities and threats* of populist politics for the promotion of gender equality
- The impact of populist varieties on feminist and gender-friendly *policies*
- The relationship between populism and *anti-gender mobilizations*
- How *women's movements* mobilize for and against populism
- *Feminist resistance* in populist times
- The implication of feminism in *anti-establishment* as well as *elitist politics*
- The *(re)gendering of politics* in the populist moment and its effects on the gender system

Keynotes lectures will be given by *Eva Anduiza*, Universitat Autònoma de Barcelona, *Andrea Krizsán*, Central European University (tbc), *Bice Maiguashca*, University of Exeter. There is no registration fee, but accommodation and travel costs are to be covered by participants. Organizers are Manuela Caiani and Francesca Feo (E-Mail: francesca.feo@sns.it) from Scuola Normale Superiore.

Symposium

Plan S für Open Access

Plan S ist ein wissenschaftspolitisches Projekt mit dem Ziel, ab 2021 alle Resultate wissenschaftlicher Studien, die mit öffentlicher Förderung durchgeführt wurden, unmittelbar Open Access, also zugangsfrei zu publizieren. Die Autor*innen des Symposiums diskutieren aus verschiedenen Perspektiven, was dieser Plan für das soziologische Publizieren bedeutet. Cori Mackrodt von Springer VS erläutert die Perspektive eines Großverlags, der sich zunehmend auf Open Access einrichtet, und verweist auf Ambivalenzen der Umstellung. Kathrin Ganz, Vertreterin einer Open-Access-Plattform, schildert die Probleme des bisherigen Publikationssystems unter digitalen Bedingungen und benennt wünschenswerte Alternativen. Angela Holzer, die bei der Deutschen Forschungsgemeinschaft für Open Access zuständig ist, stellt die Maßnahmen und Prinzipien der deutschen Forschungsorganisationen dar. Tilman Reitz schließlich, Soziologe an der Universität Jena, sieht das Interesse der Forschung in maximaler Zugänglichkeit, streng gedeckelten Publikationsgebühren und ergänzenden Regeln für nicht allein (sozial-)wissenschaftliche Verlage.

Plan S is a research policy project which aims to make immediate Open Access publishing mandatory for receivers of public funding from 2021 onwards. The authors of this issue discuss the impact and meaning of this plan for publishing in sociology from different perspectives. Cori Mackrodt of the publishing house Springer VS explains the perspective of a big publisher which is increasingly moving to Open Access, and highlights ambivalences of the transformation in question. Kathrin Ganz, who represents an Open Access platform, describes the problems which the old publishing system faces under digital conditions and lays out desirable alternatives. Angela Holzer, who is concerned with Open Access in the German Research Foundation, presents the guidelines and principles of research organizations in Germany. Finally, Tilman Reitz, a sociologist working at the University of Jena, argues for maximal accessibility, a rigid cost cap for publishing fees, and supplementary arrangements for publishers who offer more than just (social) science.

Wolfgang Glatzer

Traditionslinien der Frankfurter Soziologie

An der Frankfurter Universität wurde im Jahr 2019 das hundertjährige Bestehen der ersten soziologischen Professur in Deutschland gefeiert. 1919 wurde die Professur für »Soziologie und theoretische Nationalökonomie« gestiftet und mit Franz Oppenheimer besetzt. Der Fachbereich Gesellschaftswissenschaften beging das Jubiläum der Gründung eines neuen Fachs mit Vortrags- und Festveranstaltungen. Der

Beitrag resümiert die vielfältige Frankfurter Soziologietradition, die unter anderem durch die Etablierung von sozialwissenschaftlichen Professuren und die Kongresse der DGS geprägt wurde.

In 2019, Frankfurt University celebrated the centenary of the first sociological professorship in Germany. In 1919, the professorship for »Sociology and Theoretical Economics« was endowed and filled by Franz Oppenheimer. The Department of Social Sciences celebrated the anniversary of the founding of a new department with lectures and festive events. The contribution summarizes the multifaceted sociology tradition in Frankfurt, which was shaped, among other things, by the establishment of professorships in the social sciences and the DGS congresses.

**Isabell Stamm, Michael Weinhardt, Marie Gutzeit,
Matthias Bottel, Johannes Lindenau, Steffen Heth
Die Verbindung von Crowd Science und Online-Lehre**

Der vorliegende Artikel reflektiert die im Projekt »Datenspuren« vorgenommene Verbindung von Crowd Science und Online-Lehre, welche als Crowd Science mit didaktischem Anspruch bezeichnet wird. Konkret wurde eine Plattform entwickelt, auf der Studierende durch eine 45-minütige Online-Lehreinheit im Umgang mit digitalen Daten geschult werden und anschließend Rechercheaufgaben übernehmen, durch die sie einerseits das gewonnene Wissen anwenden und andererseits aktiv im Sinne von Crowd Science zu einem laufenden Forschungsprojekt beitragen. Nach einem kurzen Abriss über die Chronologie des Projektes »Datenspuren« und die getroffenen konzeptionellen Entscheidungen steht eine kritische Diskussion der Verbindung von Crowd Science und Online-Lehre im Mittelpunkt des Artikels. Trotz großer Hürden halten wir Crowd Science mit didaktischem Anspruch für aussichtsreich und arbeiten Chancen und Bedingungen für eine erfolgreiche konzeptionelle Verbindung von Crowd Science und Online-Lehre heraus.

This article reflects upon the combination of crowd science and online teaching, which we refer to as didactic crowd science and explored in our research project »Datenspuren«. Specifically, a platform was developed which provided a 45-minute online teaching unit training students in the use of digital data. By performing predefined research tasks afterwards, the students could apply their knowledge, gain insights and contribute actively to an ongoing research project. After a brief outline of the chronology of the project »Datenspuren« and key conceptual decisions, the article focuses on a critical discussion of the combination of crowd science and online teaching. Despite major challenges, we believe that didactic crowd science is a promising approach and identify opportunities and conditions for a successful conceptual combination of crowd science and online teaching.

Bitte berücksichtigen Sie bei der Fertigstellung Ihres Manuskriptes folgende Hinweise zur Textgestaltung. Bitte verwenden Sie die neue deutsche Rechtschreibung, verzichten Sie möglichst auf Abkürzungen und formulieren Sie Ihren Beitrag in einer geschlechtergerechten Sprache.

Fußnoten nur für inhaltliche Kommentare, nicht für bibliographische Angaben benutzen.

Literaturhinweise im Text durch Nennung des Autorennamens, des Erscheinungsjahres und ggf. der Seitenzahl in Klammern. Zum Beispiel: (König 1962: 17).

Bei *zwei AutorInnen* beide Namen angeben und durch Komma trennen, bei *drei und mehr AutorInnen* nach dem ersten Namen »et al.« hinzufügen.

Mehrere Titel pro AutorIn und Erscheinungsjahr durch Hinzufügung von a, b, c ... kenntlich machen: (König 1962a, 1962b).

Mehrere aufeinander folgende Literaturhinweise durch Semikolon trennen: (König 1962: 64; Berger, Luckmann 1974: 137)

Literaturliste am Schluss des Manuskriptes: Alle zitierten Titel alphabetisch nach Autorennamen und je AutorIn nach Erscheinungsjahr (aufsteigend) geordnet in einem gesonderten Anhang aufführen. Hier bei mehreren AutorInnen alle namentlich, durch Kommata getrennt, nennen. Verlagsort und Verlag angeben.

Bücher: Luhmann, N. 1984: Soziale Systeme. Grundriss einer allgemeinen Theorie. Frankfurt am Main: Suhrkamp.

Zeitschriftenbeiträge: Müller-Benedict, V. 2003: Modellierung in der Soziologie – heutige Fragestellungen und Perspektiven. Soziologie, 32. Jg., Heft 1, 21–36.

Beiträge aus Sammelbänden: Lehn, D. von, Heath, Ch. 2003: Das Museum als Lern- und Erlebnisraum. In J. Allmendinger (Hg.), Entstaatlichung und soziale Sicherheit. Opladen: Leske + Budrich, 902–914.

Im Literaturverwaltungsprogramm **Citavi** können Sie unseren **Zitationsstil** »Soziologie – Forum der Deutschen Gesellschaft für Soziologie« nutzen.

Fügen Sie Ihrem Manuskript bitte eine deutsche und eine englische **Zusammenfassung von maximal je 15 Zeilen**, sowie **Name, Titel und Korrespondenzadresse** bei. Schicken Sie Ihren Text bitte als .doc oder .docx **per e-mail** an die Redaktion der Soziologie.

Für **Sektionsberichte** beachten Sie bitte, dass einzelne Tagungsberichte 7.500 Zeichen (inkl. Leerzeichen) nicht überschreiten sollten. Für Jahresberichte stehen max. 15.000 Zeichen zur Verfügung.